

Eine starke Stimme für die
Interessen der ganzen Branche.
Geschäftsbericht 2012.



ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUWERBE **ZDB**

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.

Verantwortlich:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Ilona K. Klein

Kronenstraße 55–58
10117 Berlin-Mitte
Telefon 030 20314-0
Telefax 030 20314-419
www.zdb.de
E-Mail: bau@zdb.de

Gestaltung:

Helmut Vandenberg, Neuss
Sebastian Simonis, Düsseldorf
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, Berlin

Druck:

Ludwig Austermeier Offsetdruck OHG, Berlin

Bildnachweis:

BMAS (S. 21)
BMJ (S. 16)
HDB/Lammel (S. 10)
SOKA-BAU/Detlef Gottwald (S. 37)
Stellbrink (Grafik S. 11)
Tom Maelsa/Messe Berlin (S. 14)
ZDB/Till Budde (S. 8, 27, 40, 41 o., 43 u., 44, 45, 52 o.)
ZDB/Gerhard Kassner (S. 4)
ZDB/Küttner (S. 42 u., 47, 52 u., 53)
ZDB (S. 15, 41, 42, 43, 46, 57, 58)

April 2013
ISSN 1869-2508

Geschäftsbericht 2012.

Inhalt.

Konjunktur	6
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	8
Bauwirtschaft 2012	9
Beschäftigtenentwicklung	11
Bauprognose 2013	11
Lobbyarbeit	12
Wirtschaftspolitik	14
Rechtspolitik	15
Steuerpolitik	19
Sozialpolitik	20
Europapolitik	23
Unternehmensentwicklung	28
Betriebswirtschaft	30
Innovative Geschäftsfelder	33
Tarifpolitik	34
Tarifverhandlung 2012	36





Öffentlichkeitsarbeit	38
Veranstaltungen	40
Messeauftritte	46



Aus- und Weiterbildung	48
Berufsbildung	50
Berufswettbewerbe	52



Technik	54
Technik	56
Bundesfachgruppen	57



Daten und Fakten	64
Organigramm	66
Vorstand	68
Ehrenringträger	70
Mitgliedsverbände	72
Publikationen	76

Vorwort.



*Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein,
Präsident des Zentralverbandes des
Deutschen Baugewerbes.*

Meine Damen und Herren,

seit zwei Jahren nimmt die Öffentlichkeit die konjunkturelle Entwicklung der Bauwirtschaft positiv wahr. Dennoch fällt die Bilanz des Baujahres 2012 gemischt aus: Zwar hat sich der Branchenumsatz stabilisiert, nach dem starken Umsatzwachstum in 2011 war keine nochmalige, deutliche Steigerung zu erwarten. Da die Entwicklung der Baupreise mit der Umsatzentwicklung aber nicht Schritt gehalten hat, ist das Jahr 2012 für die Ertragssituation der Unternehmen ein verlorenes Jahr. Die Stimmung könnte besser als die Lage zu sein.

Die Trendumkehr beim Wohnungsbau sorgt auch in diesem Jahr für eine deutliche Belebung der Neubautätigkeit, aber eben nur dort. Anhaltende Sorge bereitet die Entwicklung bei den öffentlichen Bauinvestitionen. Diese fielen in 2012 so niedrig aus wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Insgesamt blicken wir gleichwohl optimistisch auf das vor uns liegende Baujahr.

Unter verbesserten politischen Rahmenbedingungen könnte unsere Branche allerdings wesentlich mehr für Wohlstand in Deutschland leisten, als sie dieses ohnehin tut. Denn – und das ist der Unterschied zu anderen wichtigen Branchen – die Bauwirtschaft produziert standortgebunden im Inland. Sie produziert keine Konsumgüter, sondern langfristig wirkende Investitionsgüter für den Standort Deutschland. Sie ist zudem maßgeblich für die gute Binnenkonjunktur verantwortlich. Und das mit heimischen Arbeitnehmern, die genau wie wir Unternehmer hier ihre Steuern und Abgaben zahlen.

Die Bauwirtschaft ist die Branche, deren Leistungen ganz wesentlich dazu beitragen, dass die Klimawende gelingt. Energieeffizienz ist das Gebot der Stunde, daher müssen wir in unseren Gebäudebestand investieren. Diesen wichtigen Ansatz hat die Politik im vergangenen Jahr wenig voran gebracht. Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung wurde vom Vermittlungsausschuss endgültig begraben, die Förderprogramme stagnieren bei 1,5 Mrd. Euro. Die EnEV 2012 wurde noch nicht verabschiedet, sie wird aber mit ihren Referenzwerten für den Neubau das Bauen verteuern.

Aber nicht nur die Energiewende, auch der demografische Wandel unserer Gesellschaft wird zukünftig für Bauaufgaben sorgen. Auch hier setzt die Politik falsche Akzente. Dass das mit nur 100 Mio. Euro ausgestattete KfW-Förderprogramm zum altersgerechten Umbau im Bundeshaushalt 2012 auf Null gesetzt wurde und auch im Haushalt 2013 nicht mit entsprechenden Mitteln ausgestattet wurde, passt in die Reihe von politischen Hemmnissen und Fehlallokationen.

Auch die Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur liegt seit Jahrzehnten im Argen. Dabei ist allen Fachkundigen klar, dass sowohl der Individual- wie auch der Güterverkehr weiter zunehmen werden. Die Mittel, die für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen, reichen seit Jahren bei weitem nicht aus. Das von der „Daehre-Kommission“ ermittelte jährliche Investitionsdefizit liegt bei 7,2 Mrd. Euro für die Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße und zeigt mehr als deutlich den Handlungsbedarf bei allen Gebietskörperschaften, hier entsteht ein anhaltender volkswirtschaftlichen Schaden. Besonders betroffen ist der kommunale Bereich: Winterschäden, die ja nur die Spitze des Eisbergs zeigen, werden provisorisch geflickt. Da den Kommunen oft selbst dafür die Mittel fehlen, können Bürger Patenschaften für Schlaglöcher übernehmen. Dabei wissen alle Sachkundigen, dass dies nur teure kosmetische Tünche ist, die den tiefgehenden strukturellen Schäden nicht abhelfen wird. Insgesamt ist der so erfolgreiche Bau-Mittelstand in unserem Land derzeit vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Insbesondere von europäischer Ebene droht Ungemach, sicher auch, weil in vielen europäischen Staaten die Vorzüge des Modells „German Mittelstand“ unbekannt sind. Hier droht der europäische Anpassungsprozess für Deutschland in eine soziale und wirtschaftliche Abwärtsspirale zu münden. Ob Aufweichungstendenzen bei der Entsenderichtlinie, ob Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten unterhalb unserer Arbeitsstandards, ob drohende Verschlechterung der Zahlungsfristen, all dies wird den mittelständischen Familienunternehmen, ihren Mitarbeitern und dem Wohlstand unserer Bürger schaden. Mit diesen Themen haben wir uns im vergangenen Jahr intensiv befasst und werden dies auch in diesem Jahr weiter tun müssen.

Die Inhaber und ihre Familien sind und fühlen sich persönlich verantwortlich für ihre Beschäftigten und ihr Unternehmen. Sie tragen Verantwortung für die Zukunft. Rund 600 Mio. Euro jährlich investiert die Branche in die Ausbildung von jungen Leuten. Dass wir dabei vielen Menschen mit Migrationshintergrund bereits seit Jahrzehnten zu einer soliden Erwerbsgrundlage verhelfen, ist nicht allseits bekannt, aber Realität.

Die mittelständisch geprägte deutsche Bauwirtschaft ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Volkswirtschaft. Sie ist Garant für viele Hunderttausend Arbeits- und Ausbildungsplätze und damit für Wohlstand in Deutschland. Die Politik ist aufgefordert, Gefährdungen dieses Modells abzuwenden. Die negativen Erfahrungen mit multinationalen Mega-Strukturen in der europäischen Finanz- und Schuldenkrise geben ausreichend Grund dazu.

Mit diesem Geschäftsbericht zeigen wir die vielfältigen Themenfelder auf, mit denen wir uns im vergangenen Jahr befasst haben. Viele davon werden uns auch in diesem von der Bundestagswahl geprägten Jahr weiter beschäftigen. Wir waren darüber hinaus mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen in der Öffentlichkeit präsent und haben auf die Anliegen unserer Branche aufmerksam gemacht.

Aber lesen Sie selbst!

Ihr



Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein
Präsident
Zentralverband Deutsches Baugewerbe

Konjunktur.



**„Die Welt ist eine Baustelle,
Europa ist im Augenblick auch eine.
Und es ist gut, dass wir Sie haben,
die etwas vom Bauen verstehen.“**

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

auf dem Deutschen Baugewerbetag im November 2012

INVESTITIONSLINIE VERKEHR
IM BUNDESHAUSHALT 2012:

10,5 MRD. €



Konjunktur. Bauwirtschaft 2012.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im Jahresverlauf 2012 weiter gewachsen, wenngleich in bescheidenerem Tempo als in den beiden Vorjahren. In 2012 wurde ein reales Wachstum des BIP bei knapp +1 %; nach +3 % in 2011 erreicht.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel kam zum Deutschen Baugewerbetag 2012. ZDB-Präsident Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein bei der Begrüßung.

Das Wachstumstempo war von der anhaltenden Unsicherheit und nachlassenden Nachfrage im Euro-Raum gezeichnet. Die schwer zu kalkulierende Entwicklung in den kommenden Monaten hat die Investitionsneigung der Unternehmen gebremst. So sind die Unternehmensinvestitionen in Ausrüstungen in 2012 um 7,5 % rückläufig und die in Wirtschaftsbauten um 2 %. Unter Berücksichtigung der sonstigen Anlageinvestitionen wird ein Gesamtrückgang der Unternehmensinvestitionen in 2012 um 3 % erwartet.

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung hatte auf den Beschäftigtenstand keine negativen Auswirkungen. Im Gegenteil, trotz eines Rückgangs der geleisteten Stunden je Beschäftigten im Jahresverlauf gegenüber dem Vorjahr, erhöhte sich der Beschäftigtenstand von Quartal zu Quartal weiter. Angesichts eines wachsenden Wettbewerbs um Fachkräfte, in und zwischen den Branchen, sind die Unternehmen bemüht, diese Ressourcen zu halten. Jahresdurchschnittlich wurden in 2012 ca. 41,6 Mio. Erwerbstätige erreicht. Aber nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen steigt seit Jahren, auch ihre verfügbaren Einkommen.

Die ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen für die deutsche Wirtschaft, die öffentliche Hand und private Häuslebauer dauern seit vier Jahren an. Auch das historisch niedrige Zinsniveau hält an. Im Oktober mussten private Haushalte für Wohnungsbaukredite im Schnitt über alle Laufzeiten 2,9 % bezahlen, Unternehmenszinsen lagen bei 2,2 %.¹

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist die wichtigste Bestimmungsgröße für Investitionen der öffentlichen Auftraggeber.

Bereits für das Jahr 2012 rechnet das Bundesministerium der Finanzen für den wichtigsten öffentlichen Auftraggeber von Bauinvestitionen – den Kommunen – mit einem positiven Finanzierungssaldo. Es wird aufgrund der positiven Entwicklung der Einnahmen mit einem Überschuss von 2 ½ Mrd. € gerechnet der sich im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2016 bei rund 5 ½ Mrd. € stabilisiert.² (Bild 1)

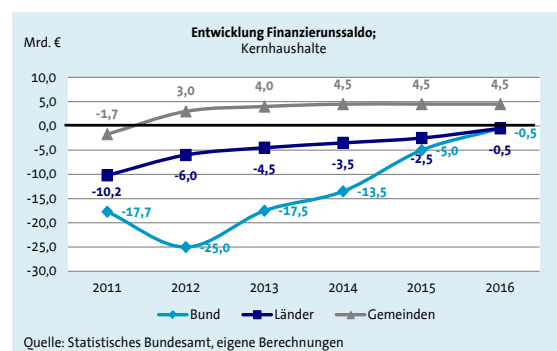


Bild 1 - Finanzierungssaldo 2005 bis 2016 Gebietskörperschaften

Die Bauausgaben sind bei den Kommunen nach Angaben des Deutschen Städtetages allerdings in 2012, nach der Wirksamkeit des Konjunkturprogramms II in den Jahren 2009-2011, um 14 % eingebrochen. Der Deutsche Städtetag verweist auch darauf, dass trotz sinkender Finanzierungsdefizite die Kassenkredite zur Finanzierung des Verwaltungshaushaltes weiter zugenommen haben, dies zulasten der Investitionen. Vielerorts könnten nicht einmal Ersatzinvestitionen gestemmt

werden. Nur durch Verzicht auf Investitionen kann in vielen Gemeinden der geforderte Haushaltsausgleich erzielt werden.³

Bauwirtschaft 2012

Wohnungsbau

Die im Jahr 2011 angesprungene Neubautätigkeit ist zunächst Folge der unzureichenden Bedarfsdeckung der vorangegangenen Jahre.

Der im Jahr 2012 anhaltende Aufwärtstrend im Wohnungsbau fußt neben dem Nachholbedarf auf robusten Arbeitsmarktdaten und steigenden Einkommen. Das günstige Finanzierungsumfeld und die Situation auf den Anlagemärkten animieren zu Investitionen. Auch anhaltende Zuwanderung schafft zusätzlich Nachfrage. Im Jahr 2012 wird mit einem Zuwanderungsüberschuss von ca. 350.000 Personen gerechnet, nach 280.000 in 2011.⁴

Die in 2011 insgesamt fertig gestellten 183.000 Wohnungen (inkl. Umbau) liegen weiter unter dem benötigten Gesamtsoll von etwa 230.000 bis 250.000 Wohnungen. In den letzten Jahren aufgelaufene Rückstände sind erst recht nicht aufgeholt. (Bild 2)

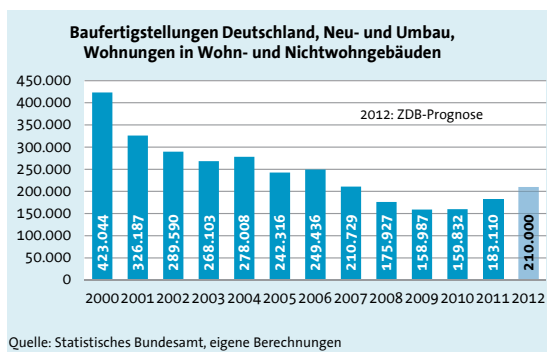


Bild 2 - Entwicklung Baufertigstellungen Wohnungsbau, Deutschland

Der Umsatz im Wohnungsbau erreicht 2012 mit 32,5 Mrd. € eine Steigerung um 5 %. Mit 6,5 % hatte der ZDB einen etwas höheren Wert prognostiziert, der auch bis zum Oktober hielt, im Dezember witterungsbedingt jedoch aber deutlich abfiel. (Bild 3)

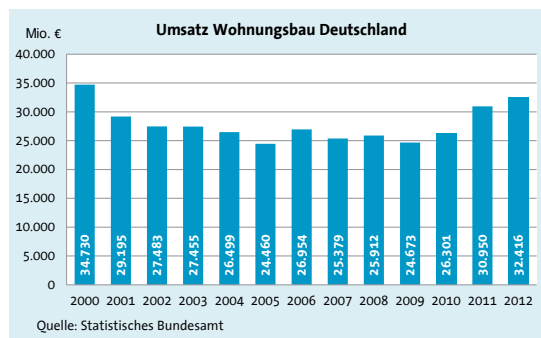


Bild 3 - Entwicklung Umsatz Wohnungsbau, Deutschland

Wirtschaftsbau

2012 erreicht der Wirtschaftsbau einen Umsatz von ca. 34,1 Mrd. € nach 33,6 Mrd. € in 2011 (+1,4 %). Der mit zwei Dritteln anteilsstarke Hochbau hatte von der Konjunktur bis zum Juli noch deutlich profitiert (+5 %), dann aber Tempo abgegeben. In 2012 werden im Hochbau ca. 21 Mrd. € erreicht; 500 Mio. € mehr als 2011 (+2,5 %). Getrieben von Investitionen in die Infrastruktur der Wirtschaft war der Anteil des Wirtschaftstiefbaus am Umsatz im Wirtschaftsbau in den letzten 4 Jahren, selbst im Krisenjahr 2009, kontinuierlich von 34 % auf 39 % angestiegen. Im Jahr 2012 konnte das erreichte Umsatzvolumen aus dem Vorjahr mit knapp 13,0 Mrd. € gehalten werden. (Bild 4)

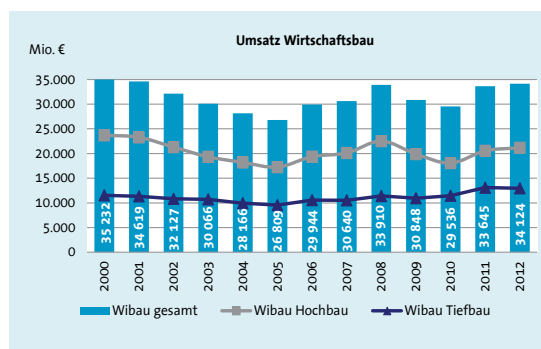


Bild 4 - Entwicklung Umsatz Wirtschaftsbau, Deutschland

¹ Ifo Konjunkturprognose 2012/2013

² BMF Monatsbericht August 2012

³ Gemeindefinanzbericht 2012

⁴ St. BA PM 171/2012 vom 16. Mai 2012

Konjunktur. Bauwirtschaft 2012.

Öffentlicher Bau

Mit 26,1 Mrd. € wurde der Umsatz des Bauhauptgewerbes im öffentlichen Bau 2012 das Vorjahr allerdings um gut 5 % verfehlt. (Bild 5)

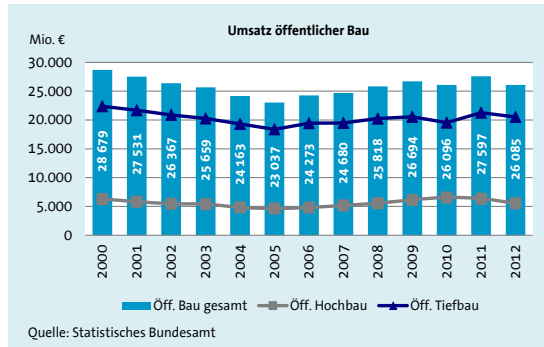


Bild 5 - Entwicklung Umsatz öffentlicher Bau, Deutschland

Im Angesicht der positiven Entwicklung der Finanzierungssalden bei Bund, Ländern und Kommunen wie auch des Investitionsbeschleunigungsprogramms (I) des Bundes war zu erwarten, dass die während der Umsetzung der Konjunkturpakete liegengelassenen Tiefbauprojekte in 2012 verstärkt angegangen würden. In der Umsatzentwicklung im öffentlichen Tiefbau hat sich dies allerdings nicht niedergeschlagen. Mit 20,5 Mrd. € ist das Niveau des Jahres 2011 in 2012 um 3,4 % verfehlt worden.

Seit vielen Jahren sind die Verkehrswege dramatisch unterfinanziert. Die Investitionsquote im Bundeshaushalt ist von 1998 bis 2012 von 13 auf 9,6 Prozent gesunken. Das Netto-Anlagevermögen der Verkehrswege verbleibt in den letzten Jahren bestenfalls auf konstantem Niveau. Die Verkehrsleistung ist aber im Zeitraum 2000 – 2008 um jährlich durchschnittlich 3,5 % gestiegen; das ist mehr als doppelt so viel als das reale Bruttoinlandsprodukt. Das heißt: Wir leben von der Substanz!

Den Substanzverlust zu stoppen, die Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht auszubauen, die Vernetzung von Straße, Schiene, Wasser- und Luftverkehr verbessern, intelligente Verkehrssysteme zu nutzen – darum geht es. Um auch künftig als Industrie- und Dienstleistungs-

standort erfolgreich sein zu können, muss Deutschland heute mehr in die Verkehrswege investieren.

Die anhaltende Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand ist ein Armutszeugnis. Das von der „Daehre-Kommission“ ermittelte jährliche Investitionsdefizit von 7,2 Mrd. € für die Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße zeigt mehr als deutlich den Handlungsbedarf bei allen Gebietskörperschaften, um volkswirtschaftlichen Schaden vom Wirtschaftsstandort Deutschland fernzuhalten. Allein auf der Ebene des Bundes wird das jährliche Finanzierungsdefizit für die Träger der Infrastruktur Straße, Schiene und Wasserstraße mit 4 Mrd. € beziffert.



Die Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer (l.) und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, auf der gemeinsamen Pressekonferenz.

Umsatz Bauhauptgewerbe gesamt

Der Umsatz im Bauhauptgewerbe hat sich in 2012 stabilisiert. Das insgesamt nur moderate Umsatzwachstum resultiert auch aus dem witterungsbedingten Verlust zum Jahresende 2012. Nach gut 92 Mrd. € in 2011 werden im Bauhauptgewerbe in 2012 ca. 93 Mrd. € umgesetzt (+1 %). Der Hochbau hat das Wachstum gezogen (+2,2 %). Dabei waren der Wohnungsbau mit +1,5 Mrd. € (+5 %) und der öffentliche Hochbau mit -0,8 Mrd. € (-12,4 %) zwei Antipoden. Der Wirtschaftshochbau legt um 0,6 Mrd. € zu (+3,0 %). Der Tiefbau bremste, er ließ um 0,9 Mrd. € nach (-2,5 %). Dabei hat der Wirtschaftstiefbau etwa gehalten, der öffentliche Tiefbau verlor 3,4 %.

Beschäftigtenentwicklung

Die Beschäftigtenzahl hat im laufenden Jahr um ca. 10.000 auf 745.000 hinzugewonnen. Für das kommende Jahr ist vor dem Hintergrund der moderaten Umsatzentwicklung mit einer weiteren Stabilisierung zu rechnen. (Bild 6)

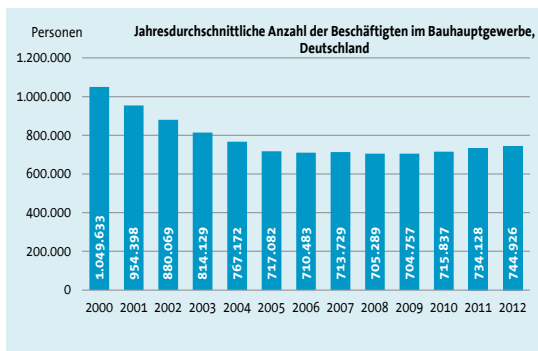
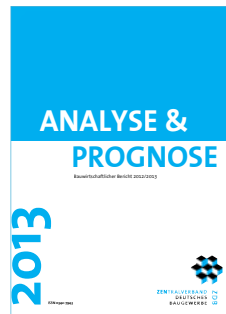


Bild 6 - Entwicklung Beschäftigte Bauhauptgewerbe, Deutschland.

Bauprognose 2013

Die deutsche Bauwirtschaft bleibt auch vor dem Hintergrund eines labilen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes für 2013 positiv gestimmt. Erwartet wird für das laufende Jahr ein nominales Wachstum der baugewerblichen Umsätze im deutschen Bauhauptgewerbe von ca. 2 %. Damit stabilisiert sich die Baukonjunktur real auf Vorjahrsniveau. Nach dem starken Beschäftigungsaufbau in den Vorjahren (+ 40.000 Erwerbstätige seit 2009) wird die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe 2013 im Jahresdurchschnitt mit 745.000 auf Vorjahresniveau liegen.

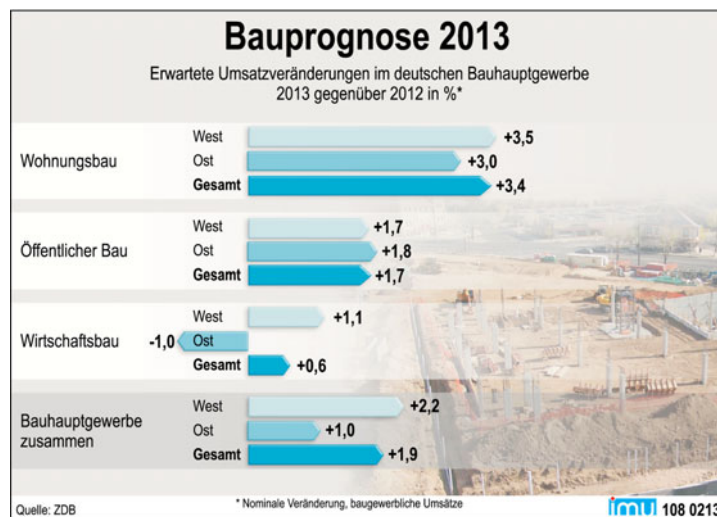
Wachstumsmotor für das Bauhauptgewerbe bleibt der Wohnungsbau. Das Umsatzplus des Bauhauptgewerbes in dieser Sparte wird in 2013 bei 3,5 % liegen, die Zahl der fertig gestellten Wohnungen nochmals deutlich zulegen und etwa 230.000 Einheiten erreichen.



Insgesamt fällt die für das Bau-gewerbe zu erwartende Ge-schäftsprognose für 2013 posi-tiv aus. Eine genauere Analyse und Prognose der bauwirtschaft-lichen Entwicklung finden Sie in der neuen kostenfreien Broschü-re „Analyse und Prognose 2013“ des Zentralverbandes Deutsches Bau-gewerbe.

Für den Wirtschaftsbau wird es entscheidend darauf ankommen, ob die deutsche Volkswirtschaft im Jahresverlauf wieder an Fahrt gewinnt. Bei den Investitionen der Industrie ist verhaltener Optimismus angebracht, während bei Dienstleistern und im Logistiksektor mit zunehmenden Investitionen zu rechnen ist. Erwartet wird für den gewerblichen Bau eine nominale Umsatzzunahme von knapp 1 %.

Moderat positiv mit +1,7% wird der öffentlichen Bau prognostiziert, da die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften um weitere 13 Mrd. Euro auf den neuen Rekordwert von 587 Mrd. Euro steigen sollen.



Seit zwei Jahren nimmt die Öffentlichkeit die konjunkturelle Entwicklung der Bauwirtschaft positiv wahr. Dies ist insbesondere auf die Trendumkehr beim Wohnungsbau und die seit dem Jahr 2011 belebte Neubautätigkeit zurückzuführen.

Lobbyarbeit.



BAUINVESTITIONEN IN 2012

+0,9%



„Unser Verband ist der größte und älteste Bauverband in Deutschland. Unsere mittelständischen Mitgliedsunternehmen stehen seit jeher für Qualität. Durch unsere Arbeit sichern wir ihre Zukunft.“

Vizepräsident des ZDB Walter Derwald

Gesprächskreis Mittelständische Bauunternehmen im Dezember 2012

Lobbyarbeit. Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftspolitik

Bundeshaushalt

Das Jahr 2012 begann mit einem Paukenschlag: Der vom Bundestag für 2012 verabschiedete Haushalt schien im Bereich der Förderung von Sanierungsmaßnahmen zur Makulatur zu geraten. Denn zu Beginn des Jahres 2012 zeigte sich, dass die vom Bundestag beschlossenen Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. € für die energetische Gebäudesanierung nur im Umfang von 0,9 Mrd. € tatsächlich bereitstanden. Unsere frühzeitig geäußerte Sorge, dass allein die Mittel aus der Versteigerung der Emissionszertifikate nicht ausreichen werden, um die vorgesehenen Ausgabepositionen zu finanzieren, bewahrheitete sich. Nach massiven Protesten aus der Bau- und Immobilienwirtschaft bekannte sich der Bund schließlich zur Umsetzung der Planzahlen.



Der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Rainer Bomba (Mitte), war Gast auf dem traditionellen Empfang der Bauverbände auf der Bautec. „Der deutsche Bau, insbesondere die vielen Mittelständler, brauchen sich nicht zu verstecken“, sagte der Politiker beim Eröffnungsrundgang der Bautec 2012.

Die Haushaltsplanung für 2013 sah im Gegensatz zu den Vorjahren keine Budgetkürzungen in den Bereichen KfW-Gebäudesanierungsprogramm und Städtebauförderung vor. Hier wurden die Budgetansätze aus den Vorjahren fortgeschrieben.

Zur Finanzierung der Städtebauförderung wurden nach dem Eckwertebeschluss wie in 2011 und 2012 wiederum 455 Mio. € eingestellt. Gleichwohl liegt dieser Betrag weiter deutlich unter dem eigentlich notwendigen

Niveau von mindestens 535 Mio. €, für das sich der ZDB und der Deutsche Städte- und Gemeindegewerbeverband gemeinsam eingesetzt haben.

Mit großem Unverständnis haben wir allerdings registrieren müssen, dass im Bundeshaushalt 2012 keine Mittel mehr für das KfW-Programm Altersgerechter Umbau eingestellt wurden. Einzig der Titel war erhalten geblieben.

Die demografische Entwicklung ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Angesichts der auf uns zukommenden Aufgaben sind 100 Millionen € ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der energetische Umbau des Wohnungsbestandes und demografisch bedingte Sanierungsmaßnahmen sind essentielle Bestandteile einer nachhaltigen Wohnungsbaupolitik.

Auch im Haushalt 2013 sind keine neuen Mittel zur Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnungen eingestellt, obwohl sich selbst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Positionspapier vom 25. September 2012 zur demografischen Entwicklung in Deutschland für die Fortführung des Programms ausspricht.

Steuerliche Förderung

Der ZDB hat vor dem Hintergrund niedriger Investitionen bei Wohnimmobilien schon länger eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionen im Bereich von Wohnimmobilien gefordert. Dazu gehören eine Verdopplung der linearen AfA von 2 % auf 4 % sowie die steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Sanierungsmaßnahmen.

Durch eine steuerliche Förderung kann ein erheblich größeres Potential an privaten Investitionen generiert werden, das bisher durch die KfW-Förderung nicht ausreichend mobilisiert wurde. Nur so kann das Sanierungstempo signifikant erhöht werden.

Nachdem sich der Bundestag mit der Mehrheit der Regierungsfractionen für die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen ausgesprochen hatte, lehnte der Bundesrat in seiner Sitzung am 8. Juli 2011 dieses wichtige Gesetz wegen der ausgewiesenen Länderbelastung ab. Mehrere Tagungen des Vermittlungsausschusses

sind ohne Ergebnis geblieben. Ein Jahr wurde verloren. In seiner abschließenden Sitzung am 12. Dezember 2012 hat der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag seine Einigungsversuche aufgrund der rot-grünen Blockadehaltung für gescheitert erklärt. Die intensive Lobbyarbeit des ZDB wie auch anderer Verbände war leider nicht von Erfolg gekrönt. Die von vielen Wohneigentümern erhoffte steuerliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen kann nicht in Kraft treten.

Entflechtungsgesetz



Mit Bundesumweltminister Peter Altmaier sprachen ZDB-Präsident Loewenstein und ZDB-Hauptgeschäftsführer Pakleppa über die energetische Gebäudesanierung und wie diese gesteigert werden könne, insbesondere nach dem Scheitern der steuerlichen Förderung im Vermittlungsausschuss. Weitere Themen waren die Mantelverordnung zur Ersatzbaustoffverordnung und weitere Umweltgesetze.

Die Ergebnisse der Föderalismusreform haben sich im Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) niedergeschlagen. Hier ist geregelt, in welchem Umfang der Bund für von ihm übertragene Aufgaben Finanzmittel an die Länder gibt.

Vom Entflechtungsgesetz sind wichtige Positionen der öffentlichen Bauinvestitionen und des Wohnungsbaus betroffen. So regelt das Gesetz, dass der Bund jährlich für

- den Aus- und Neubau von Hochschulen einen Betrag von 695,3 Mio. €;
- Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden einen Betrag von 1.335,5 Mio. €; (Davon standen in den letzten Jahren ca. 778 Mio. € für den kommunalen Straßenaus- und Neubau und 557 Mio. € für die Förderung des ÖPNV zur Verfügung.);

- die Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für die Wohnraumförderung 518,2 Mio. € bereitstellt.

Insgesamt sind hier also ca. 2 Mrd. € jährlich an baurelevanten Finanzmitteln des Bundes angesprochen.

Dieser finanzielle Ausgleich an die Länder wurde allerdings nur für den Zeitraum 2007 – 2013 geregelt. Eine gruppenspezifische Zweckbindung soll für Mittelbereitstellungen ab 2014 entfallen, eine investive Zweckbindung soll aber erhalten bleiben.

Bund und Länder haben bereits in 2011 Gespräche zur Fortführung der Mittelbereitstellung aufgenommen, hierzu aber bis heute keine Einigung erzielt. Während der Bund eine stetige Abschmelzung der Mittel bis 2019 anstrebt, sehen die Länder angesichts ihrer defizitären Haushaltslage keine Möglichkeit, ausbleibende Bundesmittel zusätzlich zu stemmen. Die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsmittel für die genannten Zwecke bleibt im gesamtstaatlichen Interesse.

Wir haben uns in den letzten Monaten intensiv für eine Fortführung der Mittelzuweisungen in mindestens gleicher Höhe unter Beibehaltung der Zweckbindung der Mittel ausgesprochen.

Die Fortführung der Ausgleichszahlungen des Bundes an die Länder für den sozialen Wohnungsbau, die kommunale Infrastruktur und den Hochschulbau nach dem sog. Entflechtungsgesetz für den Zeitraum 2014 bis 2019 sind immer noch nicht unter Dach und Fach. Hier werden wir noch Überzeugungsarbeit leisten müssen, wie wichtig diese Mittel für die regionale Bauwirtschaft, die Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort sichert, sind.

Rechtspolitik

Rechtliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständischen Unternehmen der Bauwirtschaft ist Schwerpunkt der Arbeit des ZDB, nicht nur in der Rechtspolitik. Im Jahr 2012 haben wir uns intensiv um die Umsetzung der EU-Zahlungsverzugsrichtlinie in deutsches Recht gekümmert.

Lobbyarbeit. Rechtspolitik.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie haben wir eine gesetzliche Regelung gefordert, nach der der Verkäufer bei Lieferung mangelhafter Ware die Aus- und Einbaukosten auch bei Verträgen zwischen Unternehmern zu tragen hat.

Umsetzung der EU-Zahlungsverzugsrichtlinie

Im Jahr 2012 haben wir uns intensiv um die Umsetzung der EU-Zahlungsverzugsrichtlinie in deutsches Recht gekümmert.

Im Rahmen der VOB/B haben wir eine den Bedürfnissen des Bauvertrags entsprechende Umsetzung erreichen können. Diese hat für die Unternehmer zur Folge, dass Schlussrechnungen grundsätzlich bereits 30 Tage, und nicht erst 2 Monate, nach Zugang der Rechnung fällig werden. Darüber hinaus ist es aus Sicht der Auftragnehmer zu begrüßen, dass Auftraggeber, unabhängig von einer Nachfristsetzung durch den Auftragnehmer, grundsätzlich 30 Tage nach Zugang der Rechnung automatisch in Verzug geraten und Verzugszinsen zahlen müssen.

Deutlich schwieriger gestaltet sich die Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Anders als es der Titel des Gesetzentwurfs „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr“ vermuten lässt, befürchten wir für Werkverträge deutliche Nachteile für die Auftragnehmer im Vergleich zur geltenden Rechtslage. Durch die vorgesehenen Vorschriften über Zahlungs- und Abnahmefristen wird der Zahlungsverzug nicht bekämpft, im Gegenteil: Wir befürchten eine Beförderung des Zahlungsverzugs bei Bauverträgen. Dies ist für die Unternehmen der Bauwirtschaft nicht akzeptabel. Deswegen setzen wir uns im Gesetzgebungsverfahren mit allem Nachdruck dafür ein, dass es an dieser Stelle zu keiner Verschlechterung der Zahlungsfristen kommt.

Hierzu ist aus unserer Sicht eine Sonderregelung für Abschlagszahlungen nach Vorbild der VOB/B erforderlich. Auch müssen für öffentliche und gewerbliche Auftraggeber die gleichen Zahlungsfristen gelten. Hier darf es keine Privilegierung der gewerblichen Auftraggeber geben. Die Einführung einer Abnahmefrist lehnen wir schon allein aufgrund der damit für



Zusammen mit Bauindustrie-Präsident, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, sprach ZDB-Präsident Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vor allem über die Umsetzung der europäischen Zahlungsverzugsrichtlinie in nationales Recht.

die Bauunternehmen verbundenen Haftungsrisiken ab. Sämtliche Schäden im Zeitraum zwischen Fertigstellung und Abnahme gingen zu Lasten der Unternehmer. Wenn überhaupt, muss eine Abnahmefrist als kurze Maximalfrist analog der VOB/B (12 Werktage) ausgestaltet werden.

Diese Forderungen haben wir gemeinsam mit 14 anderen Verbänden gegenüber der Politik gestellt. Noch ist das Gesetzgebungsverfahren nicht abgeschlossen.

Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie haben wir uns für eine gesetzliche Regelung zu den Aus- und Einbaukosten eingesetzt. Bauunternehmer müssen für mangelhafte Werkleistungen verschuldensunabhängig einstehen. Beruht der Mangel auf der Verwendung mangelhafter Materialien, schuldet der Bauunternehmer nicht nur den Ausbau des mangelhaften und den Einbau des mangelfreien Materials, sondern auch die Beseitigung hiermit verbundener Folgeschäden. Da die Aus- und Einbaukosten die Materialkosten häufig um ein Vielfaches übersteigen, ist die Frage, ob der Bauunternehmer bei Haftung infolge mangelhafter Materialien den Verkäufer bezüglich der Aus- und Einbaukosten in Regress nehmen kann, von enormer wirtschaftlicher Bedeutung.

Der Europäische Gerichtshof, und ihm folgend der Bundesgerichtshof, haben mittlerweile entschieden, dass der Verkäufer mangelhafter

Ware neben der Lieferung mangelfreier Ware, auch die Aus- und Einbaukosten zu tragen hat. Dies gilt jedoch nur in den Fällen, in denen der Käufer ein Verbraucher ist. Wir fordern eine gesetzliche Regelung, nach der der Verkäufer bei Lieferung mangelhafter Ware die Aus- und Einbaukosten auch bei Verträgen zwischen Unternehmern zu tragen hat. Dies würde zu dem sachgerechten Ergebnis führen, dass der Verkäufer bzw. der Hersteller, der ein mangelhaftes Produkt in den Verkehr gebracht hat, und nicht der Bauunternehmer sämtliche Kosten tragen muss, die sich aus dessen Mangelhaftigkeit ergeben.

VOB Gesamtausgabe 2012



Mit Inkrafttreten der Vergabeverordnung (VGV) sowie der Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit (VSVgV) am 19. Juli 2012 ist auch die VOB 2012 für öffentliche Auftraggeber verbindlich eingeführt.

Der Abschnitt 1 der VOB/A für nationale Ausschreibungen blieb unverändert.

Der ZDB hat im September 2012 eine Broschüre „VOB 2012“ herausgegeben. Die Broschüre enthält die VOB/A Abschnitt 1 (nationale Vergaben), die VOB/B und das Verzeichnis der ATVen in der VOB/C. Des Weiteren ist in der Broschüre das Werkvertragsrecht des BGB, das Bauforderungssicherungsgesetz (BaufordSiG) abgedruckt. Die Verbraucherbauverträge für Einzelgewerke und Schlüsselfertigbau, die der ZDB gemeinsam mit Haus & Grund entwickelt hat, finden sich ebenfalls in dieser Broschüre.

Arbeitsgruppe Bauvertragsrecht im Bundesministerium der Justiz

Das Bundesministerium der Justiz soll prüfen, ob und inwieweit ein eigenständiges Bauvertragsrecht notwendig ist. So steht es in der Koalitionsvereinbarung.

Eine hierfür eingerichtete Arbeitsgruppe diskutiert, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf für eigenständige Regelungen eines Bauvertragsrechts neben dem allgemeinen Werkvertragsrecht im BGB besteht und wie dieser ggf. umgesetzt werden kann.

In einer Vielzahl von Sitzungen seit 2011 behandelt die Arbeitsgruppe, in der die verschiedensten Interessengruppen vertreten sind, eine ganze Reihe von bauvertraglichen Themenkomplexen, wie z. B. Gewährleistungsrechte, einseitiges Anordnungsrecht des Bestellers, Preisanpassung bei Mehr- oder Minderleistungen, Abschlagszahlungen, die Abnahme von Werkleistungen, Festlegung der Bauzeit, Prüfungs- und Hinweispflichten, Absicherung des Bestellers und des Unternehmers, Kündigung des Bauvertrags sowie in Verbraucher-Bauverträgen eine Baubeschreibungspflicht und ein Rücktrittsrecht des Verbrauchers.

Der Abschlussbericht soll zu den einzelnen bauvertraglichen Themen die Meinungsbildung der Arbeitsgruppe wiedergeben. Dabei ist diese nicht immer einheitlich. Es kann damit gerechnet werden, dass der endgültige Abschlussbericht in der ersten Jahreshälfte 2013 fertiggestellt wird. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Empfehlungen der Arbeitsgruppe in dieser Legislaturperiode kein Gehör mehr finden werden. Was mit dem Bericht in der nächsten Legislaturperiode geschieht, bleibt abzuwarten.

Bauforderungssicherungsgesetz

Was das Bauforderungssicherungsgesetz angeht, stand das Jahr 2012 unter der Überschrift „Evaluation“. Ziel der Evaluation war es, die praktischen Schwierigkeiten bei der Anwendung des Gesetzes sowie dessen Auswirkungen auf die Liquidität sowie Zahlungsausfälle bei Nachunternehmern zu untersuchen. Im Januar 2012 hatte die TU Bergakademie Freiberg als Gutachter einen Expertenworkshop zu dem Thema veranstaltet. Wir haben in diesem Rahmen auf die notwendige Aufhebung der baustellenscharfen Verwendungspflicht hingewiesen sowie die Möglichkeit des Einsatzes von Baugeld zur Sicherung für die Vorfinanzierung von Bauwerken gefordert.

Die TU Bergakademie Freiberg hat im Dezember 2012 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Als politische Konsequenz daraus ergibt sich, dass das Bauministerium Änderung des Bauforderungssicherungsgesetzes in dieser Legislaturperiode nicht mehr weiterverfolgen wird, sondern die Anwendung des Gesetzes in der Praxis lediglich weiterbeobachten wird.

Lobbyarbeit. Steuerpolitik.

In einer im Rahmen der Evaluierung getätigten Umfrage fordern 40 % der befragten Unternehmen die Streichung des Gesetzes, 27 % möchten das Gesetz beibehalten, es jedoch ändern oder ergänzen. 21 % der Teilnehmer sprechen sich für die unveränderte Beibehaltung des Gesetzes aus, 12 % fühlen sich durch das Gesetz nicht tangiert.

Der Abschlussbericht stellt u. a. fest, dass mit Blick auf das Rechnungswesen die Voraussetzungen für den Baugeldverwendungsnachweis vorhanden sind. Änderungsbedarf sei unter diesem Gesichtspunkt nicht gegeben. Die Vorschriften zur ordnungsgemäßen Rechnungslegung ließen sich durch entsprechende Softwarelösungen einhalten. Auch mit Blick auf die Kreditvergabe der Banken sei kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf ersichtlich. Der ZDB wird sich weiterhin für eine praxiserichtete Änderung des Bauforderungssicherungsgesetzes einsetzen, insbesondere für die Aufhebung der baustellenscharfen Verwendungspflicht sowie das Ziel, Baugeld auch zur Sicherung der für die Vorfinanzierung von Bauwerken erforderlichen Krediten verwenden zu können.

Drohende Versicherungspflicht für selbstfahrende Baumaschinen einstweilen abgewendet

Die Versicherungsfreiheit für Baumaschinen drohte im Dezember 2012 auszulaufen. Betroffen hiervon waren selbstfahrende Baumaschinen, die maximal 20 km/h fahren können, wie z. B. Bagger.

Bereits 2007 drohte die Versicherungspflicht für selbstfahrende Baumaschinen. Damals konnten wir erreichen, dass die von versicherungsfreien Baumaschinen verursachten Unfälle durch den „Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen (Verkehrsofferhilfe)“ abgedeckt werden. Dies führte im Ergebnis dazu, dass keinerlei Versicherung für diese Fahrzeuge abgeschlossen werden musste, auch eine Einbeziehung in die Betriebshaftpflicht wurde nicht gesetzlich notwendig. Die Regelung wurde damals befristet, so dass sie am 17. Dezember 2012 außer Kraft getreten wäre.

Durch gezielte Intervention haben wir erreicht, dass der Bundestag einer Verlängerung der Ausnahme um zwei Jahre, bis 2014, zustimm-

te. Somit ist bürokratischer Aufwand und zusätzliche Kostenbelastung bei tausenden selbstfahrender Arbeitsmaschinen baugewerblicher Unternehmer vorerst verhindert worden.

Umweltzonen: Gegenseitige Anerkennung von Ausnahmegenehmigungen

Im Zuge der Feinstaub-Verordnung wurden in vielen Innenstädten Umweltzonen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung eingerichtet. Fahrzeuge baugewerblicher Unternehmen, welche die entsprechenden Anforderungen nicht erfüllen, dürfen in diese Gebiete nur noch mit einer Ausnahmegenehmigung fahren.

Der ZDB wandte sich wiederholt an das Bundesumweltministerium und an das Bundeswirtschaftsministerium, um für eine gegenseitige verbindliche und gebührenfreie Anerkennung von Ausnahmegenehmigungen für Umweltzonen zu werben. Das Bundesumweltministerium hatte einen Leitlinienentwurf zur Vereinheitlichung von Ausnahmeregelungen in enger Abstimmung mit den Umweltministerien der Länder ausgearbeitet. Der Abstimmungsprozess innerhalb der Bundesregierung ist allerdings noch immer nicht abgeschlossen. Der ZDB warb daher im Interesse der Unternehmen für eine flächendeckende, gegenseitige Anerkennung der Ausnahmegenehmigungen.

Förderung der Filternachrüstung bei Baumaschinen

Bei großen Bauvergaben verlangen Auftraggeber zunehmend, dass Baumaschinen bestimmte Feinstaubwerte einhalten müssen, etwa beim Projekt „Stuttgart 21“. Auch die Bahn hat ihren Auftragnehmern die Einführung von Schadstoffvorgaben bei Baumaschinen angekündigt. Ebenso nehmen immer mehr Kommunen diese Forderung in ihren Vergabekriterienkatalog auf, in Düsseldorf, Berlin und Leipzig werden entsprechende Entwürfe bereits diskutiert. Umweltorganisationen fordern bundesweit Einschränkungen der Baumaschinenemissionen.

Die Filternachrüstung bei Baumaschinen ist sehr teuer, sie geht in die Tausende Euro und kann je nach Maschinentyp auch über zehntausend Euro kosten. Um eine Verzerrung des

Wettbewerbs und damit letztendlich auch eine Verteuerung des Bauens für die öffentliche Hand zu vermeiden, setzten wir uns dafür ein, die Filternachrüstung auch bei Baumaschinen zu fördern.

Derzeit wird die Nachrüstung von Diesel-Pkw und leichten Nutzfahrzeugen bis max. 3,5 Tonnen mit Partikelminderungssystemen gefördert. Für 2012 betrug der Fördersatz 330 Euro pro Fahrzeug. Durch eine Anpassung der zugehörigen Förderrichtlinie stellte das Bundesumweltministerium sicher, dass Nachrüstungen auch 2013 gefördert werden, der Fördersatz wurde aber auf 260 Euro pro Fahrzeug reduziert.

Die Einrichtung von Umweltzonen und die damit verbundenen Fahrverbote belasten das Baugewerbe sehr. Die Unternehmen sind alternativlos auf Fahrzeuge angewiesen und nicht in der Lage, ihren Fuhrpark kurzfristig auszutauschen. Angesichts der teils sehr geringen Laufleistungen der Nutzfahrzeuge sind kurzfristige Ersatzanschaffungen weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll. In vielen Fällen ist die Nachrüstung der Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern der beste Weg, um die Mobilität der Unternehmen unter Wahrung von Umweltbelangen sicherzustellen. Für die baugewerblichen Betriebe hat diese Frage große Bedeutung, da zahlreiche Verschärfungen und Neuanlagen von Umweltzonen anstehen. Der ZDB fordert daher, dass die Förderung auch auf mittelschwere Nutzfahrzeuge (bis 12 t) ausgeweitet wird, das Förderprogramm ferner über Ende 2013 hinaus fortgesetzt und der Fördersatz nicht gekürzt wird.

Steuerpolitik

Steuerbonus für Handwerkerleistungen: Einführung eines Sockelbetrags geplant

Auf Initiative der Bundesländer Hessen, Schleswig-Holstein, Bremen und Rheinland-Pfalz wurde ein Gesetzentwurf zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVer-einfG 2013) in den Bundesrat eingebracht, dem dieser zustimmte und zur Beratung an die Ausschüsse weiterleitete.

Dabei ist die geplante Einführung eines Sockelbetrags von 300 Euro bei der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen (§ 35 a Abs.

3 Einkommensteuergesetz) besonders zu kritisieren.

Durch die Einführung eines Sockelbetrags verspricht sich der Bundesrat eine signifikante Senkung der Fallzahlen und damit eine Entlastung der Finanzämter. Außerdem würden nach Auffassung des Bundesrats unerwünschte Mitnahmeeffekte bei der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen reduziert. Mit einem Sockelbetrag würde nicht zuletzt ein Gegenfinanzierungsvolumen für weitere Steuervereinfachungen geschaffen.

Der Vorschlag zur isolierten Einführung eines Sockelbetrags beim Steuerbonus für Handwerkerleistungen ist aus unserer Sicht entschieden abzulehnen. Zunächst sollte der Evaluierungsbericht abgewartet werden, den das Bundesfinanzministerium an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young vergeben hat, um die Wirksamkeit der steuerlichen Förderung für Handwerkerleistungen nach § 35 a EStG zu ermitteln. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichts war das Ergebnis der Evaluierung noch nicht veröffentlicht.

Darauf aufbauend sollte der Steuerbonus für Handwerkerleistungen in einem Gesamtkonzept weiterentwickelt werden, das neben einer Vereinfachung auch die Stärkung der legalen Nachfrage im arbeitsintensiven Baugewerbe berücksichtigt.

Reform des steuerlichen Reisekostenrechts

Nachdem der Bundestag am 25. Oktober 2012 das „Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts“ beschlossen und auch der vom Bundesrat angerufene Vermittlungsausschuss eine Einigung erzielt hat, steht dem Abbau unverhältnismäßiger bürokratischer Belastungen bei der Reisekostenabrechnung nichts mehr im Weg. Für den baugewerblichen Bereich war bei der Reform des steuerlichen Reisekostenrechts essentiell, dass dem Bundesrahmentarifvertrag Bau nicht die Grundlage entzogen wird. Basis der derzeitigen tarifvertraglichen Regelung ist die steuer- und sozialversicherungsfreie Gewährung des Verpflegungszuschusses.

Die Änderungen im steuerlichen Reisekostenrecht dürften insgesamt zu einer erheblichen Entlastung der Arbeitgeber führen.

Lobbyarbeit. Sozialpolitik.

Jahressteuergesetz 2013

Der Entwurf zum Jahressteuergesetz beinhaltet u. a. eine Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen. Um Bürokratie abzubauen, hatte dies der ZDB wiederholt gefordert. Nach dem Gesetzentwurf sollten die Aufbewahrungsfristen von jetzt 10 Jahren auf zunächst 8 und 2015 auf dann 7 Jahre verkürzt werden. Der ZDB begrüßte dies als einen ersten wichtigen Schritt, forderte aber ergänzend die dringend erforderliche Herstellung des Gleichklangs zwischen Festsetzungs-, Verjährungs- und Aufbewahrungsfristen. Der Bundesrat sprach sich jedoch gegen die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen aus und rief den Vermittlungsausschuss an. Dieser beschloss einen umfangreichen Einigungsvorschlag zum Jahressteuergesetz, der erst dem Bundestag zur Bestätigung vorgelegt werden wird.

Im Entwurf zum Jahressteuergesetz 2013 war ferner vorgesehen, dass die erhöhte Abschreibung in Sanierungsgebieten und bei Baudenkmalern erstmals auf der Grundlage der von den Denkmalschutzbehörden ausgestellten Bescheinigungen zu gewähren sei (§ 7 h, 7 i und 10 g Einkommensteuergesetz). Da die Erteilung dieser Bescheinigungen zum Teil Jahre in Anspruch nimmt, wird die Abschreibung derzeit von der Finanzverwaltung geschätzt und unter Vorbehalt gewährt. Diese Möglichkeit sollte durch das Jahressteuergesetz 2013 entfallen.

Damit wären viele Gebäude mangels Liquidität der Bauherren nicht saniert worden. Deshalb haben wir uns für die Beibehaltung der bisherigen steuerlichen Regelungen eingesetzt. Im Gesetzgebungsverfahren wurde das Vorhaben nun zurückgenommen, die bestehende Rechtslage und der Umgang der Finanzämter mit dieser Bescheinigung wird daher auch künftig wie heute gelten.

E-Bilanz: Erleichterungen für mittelständische Unternehmen

Die elektronische Übermittlung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung an das Finanzamt (sog. E-Bilanz) wird für Wirtschaftsjahre ab 2013 für bilanzierende Unternehmen verpflichtend. Für das Wirtschaftsjahr 2012 steht es den Unternehmen frei, die Bilanz noch auf Papier abzugeben oder bereits in elektronischer Form zu übermitteln.

Die E-Bilanz bedeutet für die Unternehmen aufwändige Umstellungen im Rechnungswesen. Der ZDB setzte sich deshalb wiederholt für Verbesserungen bei der Umsetzung der elektronischen Steuerbilanz, insbesondere für mittelständische Unternehmen, ein. Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen bei Muss-Feldern und Auffangpositionen der E-Bilanz konnten nun auf Dauer verankert werden.

Durch diese Maßnahmen sollte es kleinen und mittleren bilanzierenden baugewerblichen Unternehmen möglich sein, ihre Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ohne extremen Anpassungsaufwand in der Buchführung elektronisch zu übermitteln.

Sozialpolitik

Sicherung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen des Tarifvertragsgesetzes kann ein Tarifvertrag nur dann für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn die tarifgebundenen Mitgliedsbetriebe der Arbeitgeberverbände nicht weniger als 50 % der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen (sogenannte 50 % Klausel) und wenn die Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages im öffentlichen Interesse geboten erscheint.

Die Erfüllung dieser 50 % Klausel weisen wir dem Bundesarbeitsministerium regelmäßig auf der Grundlage der von unseren Mitgliedsverbänden erhobenen Zahlen nach. Gleichwohl muss sich das Bundesarbeitsministerium seit einiger Zeit mit in ihrer Intensität zunehmenden gerichtlichen Angriffen gegen die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen auseinandersetzen.

Daher haben wir gemeinsam mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt im Januar 2012 ein Gespräch mit Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen geführt, um auszuloten, auf welche Weise die Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge, insbesondere über die Sozialkassenverfahren, gesichert werden kann.

In dem Gespräch sagte die Bundesarbeitsministerin den drei Tarifvertragsparteien eine Überprüfung der derzeitigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und der politischen Durchsetzbarkeit diesbezüglicher Gesetzesänderungen zu. Während der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages dürfte allerdings mit entsprechenden Gesetzesänderungen nicht mehr zu rechnen sein.

Allerdings haben wir in einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 6. Februar 2012 zu verschiedenen Anträgen zur Stärkung des Tarifvertragssystems, zur Erleichterung der Einführung allgemeinverbindlicher Tariflöhne und branchenspezifischer Mindestlöhne sowie zur Stabilisierung der Tarifsysteme und zur Sicherung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen Rückendeckung für unsere Position erhalten.

Mehrere Sachverständige haben deutlich gemacht, insbesondere bei der Allgemeinverbindlicherklärung von Sozialkassentarifverträgen müsse dem Kriterium des öffentlichen Interesses eine zentrale Rolle zukommen, weil diese Tarifverträge die Grundlage für die Wahrnehmung von auch im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben durch die Tarifvertragsparteien selbst bilden.

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Im Zusammenhang mit der Diskussion über das Rentenkonzept der Bundesregierung und die angekündigte Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung haben wir erneut die Forderung erhoben, als erstes die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge wieder abzuschaffen und zu dem bis zum Jahre 2005 geltenden Grundsatz zurückzukehren, dass sich die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge wieder an der Fälligkeit der Entgeltansprüche der Arbeitnehmer orientiert. Die Sozialabgaben müssen von den Unternehmen wegen der Vorverlegung der Fälligkeit vorfinanziert werden, meist durch Bankkredite. Dieser Liquiditätsentzug ist dauerhaft nach unserer Auffassung nicht akzeptabel. Die Bundesregierung haben wir aufgefordert, damit ein deutliches Signal zu setzen, dass es ihr mit dem oft versprochenen Bürokratieabbau tatsächlich ernst ist und zudem unter Beweis

zu stellen, dass ihr der Mittelstand, der das Rückgrat der deutschen Wirtschaft darstellt, nicht nur in Sonntagsreden wichtig ist.



Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen empfing die drei Tarifvertragsparteien des Baugewerbes zu einem Meinungsaustausch.

Bekämpfung von Illegalität und Schwarzarbeit

Zu dem Zwölften Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung in den Jahren 2009 bis 2012 haben wir ausführlich Stellung genommen. Das Ausmaß und die Erscheinungsformen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung ist nach wie vor für die deutsche Bauwirtschaft bedrohlich. Zum Teil sind mafiöse Strukturen festgestellt worden, in denen mit hoher krimineller Energie gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen und Lohnsteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge hinterzogen werden.

Die Ursachen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sind seit langem bekannt und liegen in den zu hohen Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben, in einer hohen Akzeptanz der Schwarzarbeit in der Bevölkerung und einem noch immer relativ geringen Aufdeckungsrisiko. Nach gemeinsamer Auffassung der drei Tarifvertragsparteien des Baugewerbes, helfen weitere Verschärfungen der gesetzlichen Sanktionen gegen Gesetzesverstöße nicht weiter. Vielmehr müssen der Vollzug der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und eine Erhöhung der abschreckenden Wirkung dieser Sanktionen bzw. ein Abbau der bestehenden Vollzugsdefizite in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt werden. Daher sind wir zum Beispiel in dem bundesweiten Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft aktiv.

Lobbyarbeit. Sozialpolitik.

Daher fordern wir zur Verbesserung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit konkret die Bekämpfung der für uns erschreckend zunehmenden Scheinselbstständigkeit, die Aufrechterhaltung und Ausdehnung verdachtsunabhängiger Prüfungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) auf gewerblichen, öffentlichen und privaten Baustellen, eine personelle Verstärkung und bessere finanzielle Ausstattung der FKS sowie eine stärkere Inpflichtnahme der öffentlichen Auftraggeber bei ihrer Auftragsvergabe in Hinblick auf ihre besondere Verantwortung für die Einhaltung der zwingenden Mindestarbeitsbedingungen.

Unfallversicherung

Neuer Gefahrarif der BG BAU

Am 1. Januar 2012 ist der zweite Gefahrarif der BG BAU in Kraft getreten. Dieser basiert auf einem gemeinsamen Unfallverzeichnis der fusionierten Berufsgenossenschaften der Bauwirtschaft, in dem die Unfalllasten und Arbeitsentgelte aller beteiligten Unternehmen aus den Jahren 2006 bis 2010 berücksichtigt worden sind. Gegenüber dem ersten Gefahrarif der BG BAU, der im Zeitraum 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2011 galt, sind mit dem zweiten Gefahrarif u.a. die Tarifstellen 210 (Be- und Verarbeiten von Natur- und Kunststein), 220 (Herstellen von Fertigteilen und Betonwaren), 320 (Kanal- und Leitungsbau), 340 (Wasserbau) und 360 (Gleisbau) entfallen; die entsprechenden Tätigkeiten wurden neuen Tarifstellen zugeordnet. Soweit es bei dem Übergang vom ersten zum zweiten Gefahrarif zu Unstimmigkeiten bei der Zuordnung von Baubetrieben gekommen ist, hat sich der ZDB für eine Vermittlung zwischen dem Mitgliedsbetrieb und der BG BAU eingesetzt.

Überarbeitung der UVV Bauarbeiten

Nachdem die Vertreterversammlung der BG BAU einvernehmlich eine Überarbeitung der sog. UVV Bauarbeiten beschlossen hat, haben sich die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes gemeinsam mit der BG BAU gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für eine solche Überarbeitung eingesetzt. Nachdem das BMAS in einem gemeinsamen Gespräch signalisiert hatte, einer solchen Überarbeitung grundsätzlich positiv gegenüber zu stehen, wurde von der BG BAU eine Projektbeschreibung erarbeitet und innerhalb der Deutschen Gesetzlichen Unfallversi-

cherung (DGUV) verabschiedet. Anschließend ist ein Vorprüfungsverfahren durch das BMAS und die Länder erforderlich. Mit dem Inkrafttreten der neuen UVV Bauarbeiten kann daher voraussichtlich erst 2014 gerechnet werden.

Entwicklung der Arbeitsunfälle

Nach einer Auswertung der BG BAU sind die Arbeitsunfälle auf deutschen Baustellen in den letzten 10 Jahren deutlich rückläufig. Im Vergleichszeitraum 2001 bis 2011 sind die gemeldeten Arbeitsunfälle in absoluten Zahlen um 36 % zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen (Quote der Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter) entspricht dies einem Rückgang der Arbeitsunfälle um 19 %. Auch die tödlichen Arbeitsunfälle sind im Vergleichszeitraum deutlich gesunken. Dieser positive Trend ist auf die deutlich gesteigerten Präventionsbemühungen der BG BAU sowie die gestiegene Verantwortung der Unternehmen für Gesundheit und Arbeitsschutz ihrer Mitarbeiter zurückzuführen.

Moratoriumslösung in der gesetzlichen Unfallversicherung

Nachdem es im Jahr 2011 durch intensive Lobbyarbeit des ZDB und weiterer Arbeitgeberverbände gelungen ist, eine erneute Verlängerung der Moratoriumslösung bis 2014 zu verhindern, wurden die Weichen vom Gesetzgeber im Jahr 2012 neu gestellt. Die seit 2005 geltende Moratoriumslösung in der gesetzlichen Unfallversicherung sieht bisher vor, dass rechtlich selbständige Unternehmen der öffentlichen Hand nicht den gewerblichen Berufsgenossenschaften (wie z.B. der BG BAU), sondern der gesetzlichen Unfallkasse zugeordnet werden. Diese Zuordnung hat jedoch in einer Vielzahl von Fällen zu Rechtsunsicherheiten und Unschärfen bei der Zuordnung zu den Unfallversicherungsträgern geführt, Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der Unternehmen, an denen Gebietskörperschaften überwiegend beteiligt sind, verursacht und den gewerblichen Berufsgenossenschaften Beiträge entzogen.

In einem ersten Schritt hat der Gesetzgeber nunmehr eine rechtssichere Zuständigkeitsabgrenzung beschlossen. Diese sieht vor, dass ab 1. Januar 2013 die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand nur noch dann zuständig sind, wenn ein Unternehmen in selbst-

ständiger Rechtsform betrieben wird und die öffentliche Hand die Mehrheit der Kapitalanteile bzw. die Stimmenmehrheit hält. In einem zweiten Schritt wird die DGUV verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2013 die Auswirkungen der Neuregelung auf die Wettbewerbssituation zu prüfen und dem BMAS ggf. Vorschläge zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen vorzulegen.

Europapolitik

Europäischer Baumarkt

Der EU-Binnenmarkt stellt sich auch als gemeinsamer Baumarkt dar. Viele ZDB-Mitgliedsunternehmen sind auch auf Auslands-Baumärkten tätig. Insbesondere die Marktführerschaft beim nachhaltigen und energieeffizienten Bauen kommt dem Deutschen Baugewerbe zu Gute. Wie im Produktbereich die Herkunftsbezeichnung „Made in Germany“ so hat sich auch „German Craft“ als Synonym für hohe Qualität und Zuverlässigkeit des deutschen Bauhandwerks im Ausland etabliert.

Der ZDB und seine Bundesfachgruppen sind durch ihre Mitgliedschaft im europäischen Bauwirtschaftsverband FIEC, in der Europäischen Vereinigung des Holzbaus E.V.H., in der europäischen Vereinigung des Stuckateurhandwerks UEPP, in der Europäischen Union der Fliesenfachverbände EUF und im europäischen Verband der Isolierunternehmen FESI gut mit den Partnern in Europa vernetzt.

EU-Vergaberechtsreform

Der ZDB hat im April 2012 seine Stellungnahme zum Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission über die öffentliche Auftragsvergabe veröffentlicht. Hierin kommen wir zu dem Ergebnis, dass das Ziel des Richtlinienentwurfs, die Effizienz der Auftragsvergabe durch Vereinfachung und Flexibilisierung der bestehenden Vorschriften zu verbessern, nicht erreicht wird. Positive Ansätze, wie z. B. die Berücksichtigung von Eigenerklärungen, werden durch andere Vorschläge, wie z. B. die Berücksichtigung gesellschaftlicher Ziele, wie Umweltschutz, soziale Aspekte oder Innovationsförderung bei der Vergabeentscheidung, konterkariert. Die Einführung bzw. Ausweitung von vergabefremden Kriterien im europäischen Vergaberecht lehnen wir ab. Denn die Berücksichtigung vergabefremder Aspekte

führt in der Praxis zu einer Benachteiligung gerade von kleinen und mittleren Unternehmen.

Es ist nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen einfache, unbürokratische Regelungen, wie die grundsätzliche Zulassung von Nebenangeboten zur Förderung von Innovationen, nicht berücksichtigt werden, während auf der anderen Seite dasselbe Ziel durch die Einführung eines neuen, bürokratischen Verfahrens, der sog. „Innovationspartnerschaft“ gefördert werden soll. Dieses Verfahren ist nach unserer Überzeugung überflüssig. Würde man unseren Vorschlag aufgreifen und Nebenangebote grundsätzlich zulassen, könnte auf wesentlich einfachere Weise ein deutliches Mehr an Innovationsförderung erzielt werden.

Digitaler Tachograph

Aufgrund der EU-Fahrpersonalverordnung sind Unternehmen zur Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten und zum Einbau eines digitalen Tachographen in alle Fahrzeuge ab 3,5 t verpflichtet. Für Handwerker gibt es eine Ausnahme für Fahrten im Umkreis von 50 km um den Betriebsstandort, wenn Materialien transportiert werden, die der Fahrer zur Berufsausübung benötigt und kein hauptberuflicher Fahrer eingesetzt wird. Ab einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 t gibt es keine Ausnahmen mehr. Diese Regelung bedeutet für baugewerbliche Betriebe eine enorme Belastung. Der ZDB besteht deshalb seit Jahren auf Erleichterungen bei den Lenk- und Ruhezeiten.

Als die EU-Kommission einen Änderungsentwurf zur Fahrpersonalverordnung vorlegte und darin lediglich den Radius der HandwerkerAusnahme auf 100 km ausdehnte, appellierten wir an alle deutschen Mitglieder des Europaparlaments, um weitere Verbesserungen durchzusetzen. Wir konnten erreichen, dass das EU-Parlament als ersten Schritt im Gesetzgebungsverfahren am 3. Juli 2012 beschloss, dass Fahrzeuge, die im Baustellenverkehr zur Zu- und Ablieferung von Baumaterialien eingesetzt werden, nicht mehr der Tachographenpflicht unterliegen sollen. Auch Fahrzeuge, die in Verbindung mit dem Straßenbau eingesetzt werden, sollen von der Tachographenpflicht ausgenommen werden. Ferner soll die HandwerkerAusnahme auf einen Umkreis von 100 km ausgeweitet werden. Die Ausnahmeregel soll auch ohne jede Ge-

Lobbyarbeit. Europapolitik.

wichtsbeschränkung gelten. Diese Beschlüsse begrüßten wir sehr, entsprechen sie den Forderungen des ZDB.

Völlig überraschend stimmte das EU-Parlament aber auch einem kurzfristig eingebrachten, nicht diskutierten Änderungsantrag zu, wonach die Tachographenpflicht auch schon für Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht ab 2,8 t gelten soll. Bisher ist dies nur für Fahrzeuge ab 3,5 t erforderlich. Hierdurch würde der größte Teil der leichten Nutzfahrzeuge im deutschen Bau- und Ausbaugewerbe erfasst. Auf die baugewerblichen Unternehmen kämen dadurch massive neue bürokratische Lasten zu.

Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Nun müssen sich die Verkehrsminister der Mitgliedsländer, die Kommission und das EU-Parlament im sog. Trilog-Verfahren auf eine gemeinsame Position verständigen. Mit Nachdruck tritt der ZDB dafür ein, dass die beschlossene Ausdehnung der Verordnung auf Fahrzeuge zwischen 2,8 und 3,5 t zurückgenommen wird, um die Unternehmen von unnötiger Bürokratie und Kostenaufwand zu entlasten. Insbesondere machen wir uns – neben der Ausweitung der HandwerkerAusnahme ohne Gewichtsbeschränkung – dafür stark, dass Baustellenverkehr und Straßenbau zukünftig nicht mehr der Tachographenpflicht unterliegen.

Verordnungsvorschlag über den Zugang von Waren- und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für das öffentliche Beschaffungswesen

Die Europäische Kommission hat im März 2012 einen Vorschlag über den Zugang von Waren- und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für das öffentliche Beschaffungswesen vorgelegt. Ziel der Initiative ist es, die Geschäftsmöglichkeiten für EU-Unternehmen innerhalb und außerhalb der EU auf den öffentlichen Beschaffungsmärkten zu verbessern, das Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen zur Teilnahme an den globalisierten Märkten zu erhöhen und damit letztlich Beschäftigung und Innovation in der EU zu fördern.

In unserer Stellungnahme haben wir insbesondere das Vordringen chinesischer Baufirmen

nach Europa und die daraus resultierenden nachteiligen Folgen thematisiert. Insbesondere sind hier die Erfahrungen aus der Beteiligung des chinesischen Staatsunternehmens COVEC (China Overseas Engineering Group, einer 100%igen Tochter der chinesischen Staatsbahn) eingeflossen, die eine Ausschreibung zum mit europäischen Geldern geförderten Autobahnbau zwischen Warschau und Lodz in Polen gewonnen hatte. Wir fordern daher, dass bei durch die EU kofinanzierten Bauvorhaben eine Vergabe ausschließlich an Bieter aus EU-Mitgliedstaaten in Frage kommt.

EU-Strategie für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes und seiner Unternehmen

Die Europäische Kommission hat im Juli 2012 ihre Strategie für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes und seiner Unternehmen vorgestellt. Die Strategie verfolgt fünf Hauptziele: Schaffung günstiger Bedingungen für Investitionen, Verbesserung des grundlegenden Faktors Humankapital in der Baubranche, Verbesserung der Ressourceneffizienz, der Umweltverträglichkeit und der Geschäftschancen, Stärkung des Binnenmarktes im Bereich der Bauwirtschaft sowie die Stärkung der Position der EU-Baufirmen im weltweiten Wettbewerb.

Wir befürworten die Absicht der Kommission, einen beträchtlichen Teil des Struktur- und Kohäsionsfonds im Zeitraum 2014 - 2020 für den Bereich von Investitionen in den Bereich Energieeffizienz und hier namentlich der Gebäude- renovierung vorzusehen.

Das Vorhaben, eine Analyse nationaler Finanzierungsinstrumente vorzulegen und darüber einen Erfahrungsaustausch zu führen, halten wir ebenfalls für unterstützenswert. Ergänzend regen wir an, eine Auswirkungsstudie zu Basel III auf die Finanzierungsbedingungen von Bauunternehmen und Bauprojekten zu erstellen.

Den Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes begrüßen wir ebenfalls. Aus Sicht des deutschen Baugewerbes muss bei den Infrastrukturprojekten eine breite und direkte Beteiligung des Mittelstandes erfolgen, der in Deutschland die tragende Säule der Bauwirtschaft darstellt. In diesem Sinne sind In-

Infrastrukturprojekte mittelstandsgerecht auszuschreiben. Die Vergabe muss vorzugsweise in Teil- und Fachlosen erfolgen, deren Größe eine Mittelstandseteiligung nicht ausschließen darf. Größere PPP-Projekte und Konzessionsmodelle lehnt die deutsche mittelständische Bauwirtschaft als wettbewerbswidrige Diskriminierung des Mittelstandes ab.

In Deutschland wurde zum 1. Juli 2012 ein Eurocode-Paket bauaufsichtlich eingeführt, das die wichtigsten Bauweisen mit Ausnahme des Mauerwerksbaus und der Leichtmetall-Konstruktionen umfasst. Die Eurocodes zeichnen sich leider durch einen im Vergleich zur bisherigen nationalen Normung um ein Vielfaches vergrößerten Umfang, äußerst komplexe Bemessungsverfahren und schlechte Verständlichkeit aus. Deshalb fordern wir die EU-Kommission auf, ihren Einfluss auf das CEN geltend zu machen, dass bei der Umsetzung des derzeitigen Mandats zur Fortschreibung der Eurocodes der „Simplification“, besser als Konsolidierung bezeichnet, unbedingt Vorrang vor der ebenfalls mandatierten Ausweitung auf weitere Spezialgebiete und Materialien gegeben werden muss. Insbesondere ist eine rasche Verbesserung der Anwenderfreundlichkeit der Eurocodes erforderlich.

Europäisches Vertragsrecht

Nachdem die Europäische Kommission im Juli 2010 ein Grünbuch zur Einführung eines Europäischen Vergaberechts veröffentlicht hatte, hat sie im Mai 2011 den Ergebnisbericht zur öffentlichen Konsultation sowie eine Machbarkeitsstudie der Expertengruppe vorgelegt. Im Oktober 2011 hat die Europäische Kommission sodann ein fakultatives gemeinsames Europäisches Kaufrecht vorgeschlagen, das rechtliche Hindernisse beseitigen und Verbraucher mehr Auswahl und ein höheres Schutzniveau bringen soll. Ziel des Europäischen Kaufrechts aus Sicht der Kommission ist es, dass Hindernisse im Binnenmarkt beseitigt und der Handel durch ein einheitliches Regelwerk für grenzübergreifende Verträge in allen 27 EU-Mitgliedstaaten erleichtert werden soll. Erste Beratungen haben aufgezeigt, dass Zweifel an der Rechtsgrundlage sowie der Eignung des vorgeschlagenen Instruments zur Herbeiführung der prognostizierten Erfolge bestehen.

Im Rahmen einer Stellungnahme haben wir betont, dass eine Ausweitung des EU-Vertragsrechts auf Werkverträge bzw. den werkvertraglichen Bereich unterbleiben und dies in der Verordnung auch klar zum Ausdruck kommen muss. Derzeit sehen wir die Gefahr, dass das Europäische Vertragsrecht nicht lediglich auf Kaufverträge beschränkt ist. Diese Befürchtung ergibt sich aus der Regelung zu „verbundenen Dienstleistungen“. Dies betrifft nach der Definition der Verordnung Fälle, in denen ein Verkäufer in enger Verbindung zu einem Kaufvertrag bestimmte Dienstleistungen wie Montage, Installierung, Reparatur oder Wartung erbringt. Diesbezüglich haben wir eine Klarstellung gefordert und darauf hingewiesen, dass mit „verbundenen Dienstleistungen“ nur untergeordnete Leistungen im Rahmen eines Kaufvertrages gemeint sein können, nicht aber werkvertragliche Leistungen.

Konsultation zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen

2011 hatte die Europäische Kommission mit dem „Grünbuch über die Zukunft der Mehrwertsteuer“ die Diskussion über das Mehrwertsteuersystem angestoßen. Der ZDB hatte sich mit einer Stellungnahme an die Kommission und an die FIEC beteiligt und insbesondere das Reverse-Charge-Verfahren als geeignetes Besteuerungssystem eingestuft – unter der Bedingung, dass der Leistungsempfänger die geschuldete Umsatzsteuer zeitgleich als Vorsteuer ziehen kann.

Im Anschluss daran eröffnete die Kommission am 8. Oktober 2012 eine Konsultation zu den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen. Sie beabsichtigte damit nicht, bestimmte ermäßigte Steuersätze abzuschaffen oder einzuführen, vielmehr sollte ein Bild der Lage gewonnen werden, um eine grundlegende Reform des EU-Mehrwertsteuersystems zu erarbeiten. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation werden in neue Vorschläge für Mehrwertsteuersätze einfließen, die die Kommission im Jahr 2013 vorlegen wird.

Die Konsultation konzentrierte sich auch auf die Überprüfung und Bewertung bestehender ermäßigter Mehrwertsteuersätze für den Bereich Wohnen.

Lobbyarbeit. Europapolitik.

Nach Ansicht der EU-Kommission sollten die von den Mitgliedstaaten im Wohnungssektor anwendbaren ermäßigten Mehrwertsteuersätze auf Lieferungen und Dienstleistungen begrenzt werden, die dem Aspekt der Ressourceneffizienz Rechnung tragen.

Der ZDB betonte in seiner Stellungnahme, dass energiesparende Materialien, Produkte oder Einrichtungen allenfalls dann von einem reduzierten Mehrwertsteuersatz profitieren sollten, wenn ihre Anschaffung mit einem fachmännischen Einbau durch Personen, oder welche die erforderlichen Befähigungen und Nachweise vorweisen könnten, ausgeführt wird..

Der ZDB sprach sich auch dafür aus, dass Mitgliedstaaten weiterhin die Option haben sollten, die gegenwärtig geltenden reduzierten Mehrwertsteuersätze anzuwenden, denn diese enthielten bereits jetzt ressourceneffiziente Elemente. Die Besteuerung müsste derart erfolgen, dass Eigentümer nicht von der Umsetzung geplanter Maßnahmen abgehalten würden oder Vorhaben schwarz ausführen ließen. Die derzeitigen reduzierten Mehrwertsteuersätze auf die Renovierung von Privatwohnungen sowie den Bau und die Renovierung von sozialem Wohnungsbau sollten deshalb beibehalten werden.

ICT-Richtlinie

Im Juli 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Richtlinienentwurf über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung. Die ICT-Richtlinie soll den konzerninternen Transfer von Wissen in und innerhalb der Europäischen Union erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken. Dazu plant die Europäische Kommission die Einführung eines vereinfachten Zulassungsverfahrens, um konzernintern entsandten Drittstaatsangehörigen Trainees, Führungs- und Fachkräften die befristete Aufnahme einer Tätigkeit in einem europäischen Mitgliedsstaat zu ermöglichen.

Die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes haben bereits zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens darauf hingewiesen, dass dieser Vorschlag erhebliche nicht hinnehmbare Konsequenzen für das Baugewerbe habe. Insbe-

sondere wurden der sehr weit gefasste Fachkräftebegriff sowie die Gefahr der Aushöhlung der Entsenderichtlinie kritisiert. Aus diesem Grunde forderten die Tarifvertragsparteien auch die Herausnahme des Baugewerbes aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie. Diese Forderung ließ sich leider nicht – trotz zahlreicher Lobbyaktivitäten – im europäischen Gesetzgebungsverfahren durchsetzen.

Die Kritik der Tarifvertragsparteien hat jedoch dazu geführt, dass Vertreter des Europäischen Parlaments sowie des Ministerrats für die sich aus dem Richtlinienentwurf ergebenden Gefahren sensibilisiert werden konnten. Daher wird derzeit in Brüssel darüber diskutiert, in der Richtlinie klarzustellen, dass im Falle der Entsendung die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des Arbeitsortes gelten müssen. Daneben wird darüber nachgedacht, den Mitgliedsstaaten explizit die Möglichkeit einzuräumen, für den Zugang in ihren Hoheitsbereich Kontingentenregelungen festzulegen, die auch auf Null herabgesetzt werden können. Ob sich diese Änderungsvorschläge letztlich in der endgültigen Fassung der Richtlinie wiederfinden werden, ist dem Ergebnis der Trilogverhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission sowie dem Ministerrat vorbehalten. Die Trilogverhandlungen haben im November 2012 begonnen und sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

Durchsetzungsrichtlinie

Im März 2012 hat die Europäische Kommission einen „Richtlinienvorschlag zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen“ veröffentlicht. Darin verfolgt sie das Ziel, Missbrauch und Umgehung von Rechtsvorschriften zu verhindern sowie die Durchsetzung der Entsenderichtlinie in den einzelnen Mitgliedsstaaten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Kontrollbehörden zu verbessern. Zwar wird dieses Anliegen durch uns ausdrücklich begrüßt. Leider verfehlt der vorgelegte Entwurf dieses angestrebte Ziel. Vielmehr ist zu befürchten, dass der Vorschlag die Durchsetzung der Entsenderichtlinie in den europäischen Mitgliedsstaaten erschweren und die bestehende Rechtslage verschlechtern wird.

Diese Bedenken resultieren insbesondere aus dem Vorhaben der Kommission, die Zollkontrollen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzuschränken. Nach derzeitiger Rechtslage haben nämlich Betriebe, die Arbeitnehmer nach Deutschland entsenden, bestimmte Meldepflichten zu beachten, die im Laufe der Jahre bewährte und unverzichtbare Regelungen geworden sind.

Der vorliegende Vorschlag der Kommission will jedoch den Umfang dieser Angaben auf einen abschließenden Katalog reduzieren. Dies hätte zur Folge, dass im Falle der Umsetzung einer Durchsetzungsrichtlinie in der jetzigen Fassung der entsendende Betrieb eine Vielzahl von Angaben nicht mehr machen müsste. Daneben kann sich der Zoll momentan im Rahmen von Kontrollen eine Vielzahl von Unterlagen vorlegen lassen. Der Kommissionsvorschlag sieht jedoch auch hier einen engen abschließenden Katalog vor, so dass die Vorlage zahlreicher Unterlagen nicht mehr verlangt werden könnte. Unklar ist auch, was die Europäische Kommission meint, wenn Prüfungen in erster Linie auf einer „Risikobewertung“ basieren sollen. Derartige „Risikobewertungen“ müssen derzeit nicht vor einer Zollkontrolle durchgeführt werden. Vielmehr kann der Zoll auch verdachtsunabhängige Prüfungen unabhängig von der Größe der Baustelle vornehmen.

Besonders kritisch ist zudem zu bewerten, dass nach Vorstellung der Europäischen Kommission zukünftig im Baugewerbe ein Auftragnehmer, dessen direkter Unterauftraggeber der Arbeitgeber ist, neben bzw. anstelle des Arbeitgebers nicht nur für den nicht abgeführten Mindestlohn sowie Urlaubskassenbeitrag haften soll, sondern auch für etwaige Nachzahlungen oder Erstattungen von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen, die zu Unrecht vom Lohn abgezogen wurden. Diese Ansprüche sollen direkt vom Arbeitnehmer und/oder den gemeinsamen Einrichtungen der Sozialpartner geltend gemacht werden können. Der ZDB lehnt einen derartig weitreichenden direkten Anspruch ab. Die derzeit in Deutschland existierenden Haftungsregelungen sind absolut ausreichend.

Auch das Anliegen der Europäischen Kommission die grenzüberschreitende Durchsetzung von Sanktionen innerhalb der Europäischen

Union zu verbessern, kann durch den vorgelegten Entwurf nicht erreicht werden. Dieser legt nämlich fest, dass die Beitreibung einer Strafzahlung oder Geldzahlung nicht in jedem Mitgliedsstaat erfolgen kann, da eine Beitreibung nur dann möglich sein soll, wenn die im Mitgliedsstaat der ersuchten Behörde geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften solche Maßnahmen für vergleichbare Ersuche oder Entscheidungen erlauben. Dies würde jedoch zu einer Verschlechterung der derzeitigen Rechtslage in Deutschland führen.

Der ZDB setzt sich bereits seit Beginn des europäischen Gesetzgebungsverfahrens vehement dafür ein, dass es nicht zu einer Verschlechterung der Rechtslage in Deutschland kommt. Neben zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen haben wir eine Vielzahl von Änderungsanträgen zu den Berichtsentwürfen der Berichterstatter der für die Richtlinie zuständigen Ausschüsse im Europäischen Parlament erarbeitet, die wir in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht haben.

Mit einer Abstimmung über die Richtlinie im Plenum wird im ersten Halbjahr 2013 gerechnet.

Bauunternehmerinnen im ZDB

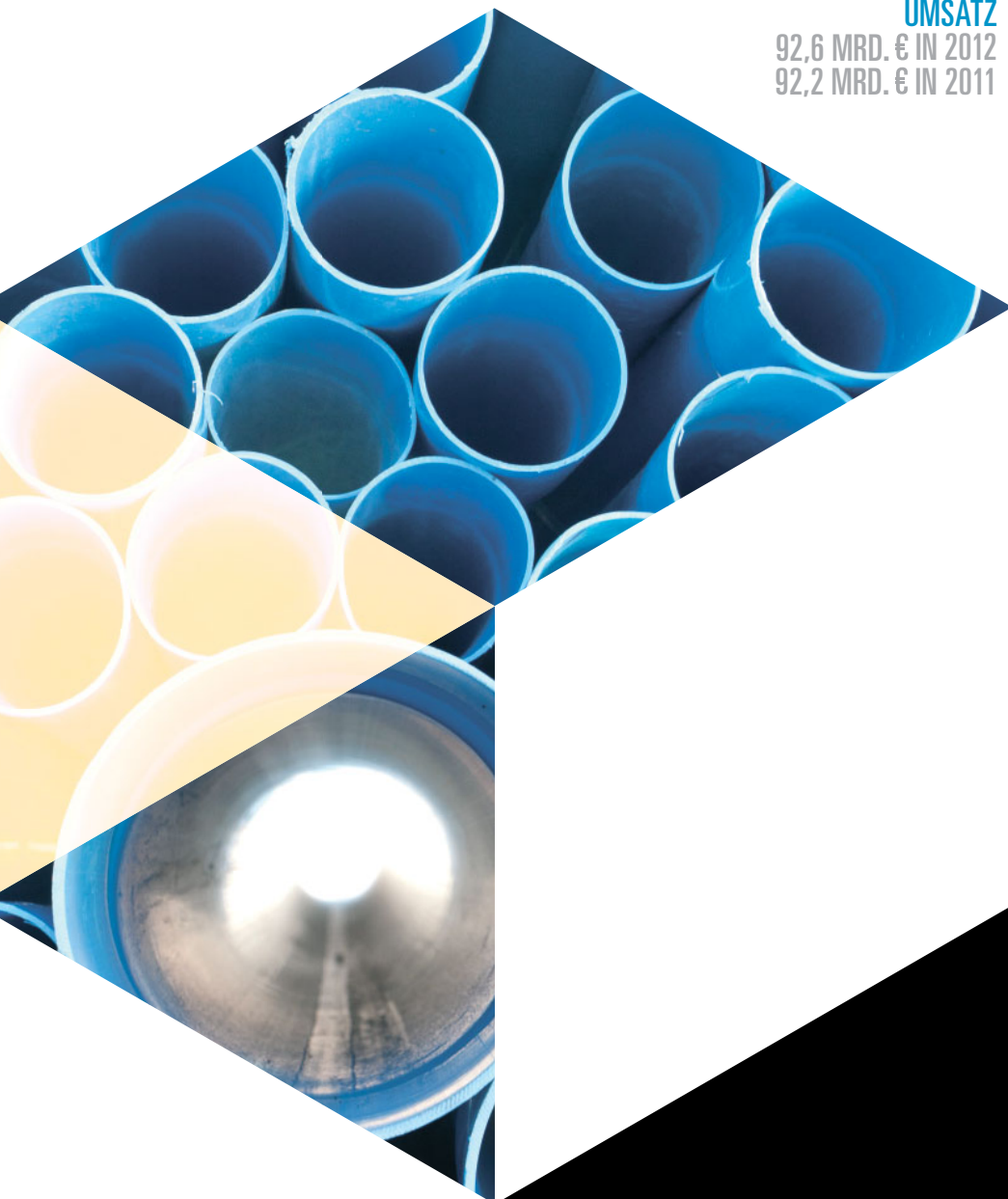


Zum ersten Mal in der über 100jährigen Geschichte des deutschen Baugewerbes erhalten Unternehmerinnen im Verband eine eigene Plattform. Die Unternehmerinnen v.l. Merle Kampen, Wilhelmshaven, Margit Dietz, Sprecherin der Bauunternehmerinnen im ZDB, Maren Kahle-Frerichs, Vorstandsmitglied Vereinigung Junger Bauunternehmer im ZDB, Ulrike Monz, stv. Obermeisterin Bauinnung Heidenheim und Laura Lammel, stv. Obermeisterin Bauinnung München, freuen sich über weitere Mitstreiterinnen, die im Kreis der Unternehmerinnen und im Baugewerbe mitmachen möchten.

Unternehmensentwicklung.

UMSATZ
92,6 MRD. € IN 2012
92,2 MRD. € IN 2011

+0,5%





„Das Baugewerbe steht für Ausbau und Erhalt der Infrastruktur bereit und investiert jährlich rund 600 Mio. Euro in die Ausbildung seiner Fachkräfte. Unsere Unternehmer und ihre Familien übernehmen persönliche Verantwortung für die Zukunft Deutschlands.“

Präsident des ZDB Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein
auf dem Deutschen Baugewerbetag im November 2012

Unternehmensentwicklung. Betriebswirtschaft.

Betriebswirtschaft

Unternehmensführung

Im Rahmen der Aktualisierung der Datenbank „Infoline“ ging es vor allem um die passende Struktur zur Präsentation der Inhalte. Der Betriebswirtschaftliche Ausschuss entschied sich für die Präsentation der Themen analog zum Prozessmodell vom Bauunternehmen, wobei diese Gliederung nach betrieblichen Prozessen zunächst nur für die Informationen aus dem Bereich „Betriebswirtschaft und EDV“ umgesetzt worden ist.

Ein Schwerpunkt in der Arbeit des Betriebswirtschaftlichen Ausschusses 2012 war die anstehende Einführung der elektronischen Bilanz („E-Bilanz“) in den Baubetrieben. Spätestens der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 ist von allen Bilanzierenden elektronisch ans Finanzamt zu übermitteln. Zur Unterstützung der Betriebe bei der Umsetzung der E-Bilanz wurde umfangreiches Informationsmaterial, Checklisten, Hinweise zur Taxonomie, zum Mapping, zum organisatorischen Ablauf der Umstellung und dgl. bereitgestellt sowie ein Merkblatt erarbeitet. Darüber hinaus wurden bei der DATEV Referenten angefragt für Informationsveranstaltungen zur E-Bilanz in den Landesverbänden.

Mit Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Rösler und den Finanzausschuss des Bundestages haben wir auf die besondere Situation der kleinen und mittelständischen Bauunternehmen hingewiesen: Aufgrund ihrer dünnen Personaldecke sind sie durch die Umstellungsarbeiten und die deutlich ausgeweiteten Berichtspflichten der E-Bilanz besonders belastet. Hinzu kommt, dass die individuellen Kontenrahmen der Bauunternehmen aus Gründen der Kostenrechnung und des Controllings ohnehin schon sehr detailliert sind und die Anpassung an die E-Bilanz daher deutlich aufwändiger ist als bei Verwendung eines Standardkontenrahmens.

Mit unserem Schreiben haben wir eine weitere Klarstellung für die Betriebe hinsichtlich des dauerhaften Bestandes der in der Pilotphase ausgehandelten Auffangpositionen in der E-Bilanz und der Zusicherung, dass „nur die Bilanzposten des Hauptbuches elektronisch zu übermitteln“ seien, erreicht. Somit „bleibe das Buchungsverhalten der Steuer-

pflichtigen nahezu unangetastet“, hieß es in der Antwort des Bundesministeriums der Finanzen.

Zur Einführung des SEPA, des Single Euro Payments Area, haben wir ein Merkblatt erarbeitet, das die Unternehmen bei den Umstellungsarbeiten unterstützen soll. Ab Februar 2014 müssen alle Unternehmen in der Lage sein, Euro-Überweisungen ins In- und Ausland mit IBAN und BIC zu tätigen. Die nationalen Überweisungsmethoden (Kontonummer und Bankleitzahl) werden dann abgeschaltet. Für Verbraucher wird es noch einen Übergangszeitraum bis Januar 2016 geben. Die Banken werden ihre Kunden mit einem „IBAN-Service“ bei der Umstellung größerer Mengen von Kontoverbindungsdaten unterstützen. Dennoch kann in Unternehmen, die ERP-Software nutzen oder elektronischem Zahlungsverkehr, der Umstellungsaufwand erheblich sein.

Im August haben wir den Leitfaden Ermittlung lohnbasierter Kalkulationsansätze im Baugewerbe herausgegeben, der inhaltlich aus drei Teilen besteht: Zunächst wird die Ermittlung des Stundenverrechnungssatzes auf der Basis des betrieblichen Mittellohns dargestellt. Im zweiten Teil wird erläutert, auf Basis welcher Berechnungen die Formblätter 221, 222 und 223 im öffentlichen Vergabeverfahren auszufüllen sind. Abschließend wird die Bestimmung von Stundenverrechnungssätzen für Stundenlohnarbeiten von Facharbeitern, Polieren und Angestellten, Auszubildende sowie für Geräte beschrieben. Der Textteil enthält neben Erläuterungen zu den Berechnungsschemata Hinweise zur Herkunft der Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen und zur Organisation von Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung.

Zum Jahresende beschloss der Betriebswirtschaftliche Ausschuss, im Rahmen eines neuen Projekts ein Konzept für moderierte Arbeitskreise zur systematischen Strategieentwicklung für Bauunternehmer zu entwickeln inkl. der notwendigen strategischen Werkzeuge, den Methoden der Umsetzung einer neuen Strategie und Beispielen für mögliche Strategien im Bauhauptgewerbe. Die Arbeitskreise sollen auf Landesverbandsebene veranstaltet werden. Das Konzept für die Strategie-Workshops zu entwickeln wird Aufgabe für das Jahr 2013 sein.

Kosteneinsparungen für Mitgliedsunternehmen bei der Beschaffung

Neben den bereits bestehenden Rahmenvereinbarungen hat der Betriebswirtschaftliche Ausschuss 2012 neue Rahmenverträge mit der Auskunftei BÜRGE abgeschlossen, die Mitgliedsbetrieben und Verbänden Sonderkonditionen beim Bezug von Bonitätsauskünften einräumt, sowie mit ECHTZEIT Zeitmanagement, einem Anbieter von Software und Dienstleistungen für die mobile Zeiterfassung im Bauunternehmen.

Durch eine Beteiligung des ZDB an der BAMAKA AG wurden ab Herbst die günstigen Einkaufsbedingungen der BAMAKA allen Mitgliedsbetrieben zugänglich gemacht. Die BAMAKA hat mit mehr als 80 Anbietern Großkundenverträge abgeschlossen und bietet den Mitgliedsbetrieben Sonderkonditionen im Bereich von Investitionsgütern, Baustoffen und Dienstleistungen. Insbesondere die hohen Nachlässe beim Kauf von PKWs und Nutzfahrzeugen sind hervorzuheben. Mit den BAMAKA-Tankkarten lassen sich Rabatte von bis zu 5 ct pro Liter Diesel erzielen. Daneben bietet die BAMAKA Preisnachlässe bei Kfz-Werkstätten, Autovermietungen sowie auf Werkzeuge und (Miet-)Maschinen bzw. Baustelleneinrichtung, auf Produkte für die Be- und Entwässerung, auf Arbeitsschutzkleidung etc. Für den Verwaltungsbereich bestehen Vergünstigungen bei Telefentarifen oder Büromaterial.

Unternehmensfinanzierung

Der Betriebswirtschaftliche Ausschuss diskutierte über die Finanzierungsbedingungen der Mitgliedsbetriebe und wertete die Ergebnisse der KfW-Umfrage zur Unternehmensfinanzierung aus: Vor dem Hintergrund einer guten Konjunktur und der daraus resultierenden positiven Entwicklung der zentralen Unternehmenskennzahlen „Eigenkapitalquote“ und „Umsatzrendite“ sowie einer Verbesserung der Ratingnoten stellte sich die Finanzierungssituation der befragten Unternehmen im Umfragezeitraum April 2011 bis März 2012 stabil dar. Auch für die kleineren unter den befragten Bauunternehmen (unter 1 Mio. € Jahresumsatz) hatte sich die Finanzierungssituation nach der Krise 2008 wieder leicht entspannt. Zwei Drittel der Umfrageteilnehmer berichteten von einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Situation. Die wenigen

von Verschlechterungen betroffenen Bauunternehmen nannten vor allem Schwierigkeiten mit dem Verlangen der Banken nach immer mehr Sicherheiten.

Auch wenn die Bauunternehmen in der Lage waren, in den letzten Jahren ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen, steht an zweiter Stelle der betrieblichen Finanzierungsformen noch immer der Bankkredit. Andere Finanzierungsmöglichkeiten werden nur in untergeordnetem Umfang genutzt. Dementsprechend beschäftigten unseren Verband auch 2012 die erwarteten Auswirkungen von Basel III auf die Kreditversorgung von Bauunternehmen und Kommunen: Zwar werden die erhöhten Anforderungen an Quantität und Qualität des Eigenkapitals von Banken sowie die geplante Fristenkongruenz bei der Refinanzierung der Banken in einer Übergangsperiode ab Mitte 2013 bis 2019 schrittweise eingeführt, um den Kreditinstituten Zeit zur Anpassung zu geben und negative Auswirkungen auf das Kreditangebot zu vermeiden. Die klassischen Mittelstandsfinanzierer erfüllen die erhöhten Eigenkapitalanforderungen größtenteils auch heute schon; die Banken betonen, dass die Finanzierung des Mittelstands auf jeden Fall gesichert und eine „Kreditklemme“ nicht zu erwarten sei. Doch die Konditionen dürften sich insbesondere für Kunden mit schlechter Bonität, für großvolumige und für langfristige Finanzierungen verschlechtern. Davon könnten auch die anstehenden Großprojekte zur Umsetzung der Energiewende betroffen sein: Solche Projekte erfordern in erheblichem Umfang Großkredite an Kommunen mit langer Laufzeit. Auch andere kommunale Infrastrukturprojekte, z. B. im Straßenbau, könnten durch Finanzierungsschwierigkeiten behindert werden, denn kommunale Finanzierungen stellen für die Banken ein vergleichsweise ertragsschwaches Geschäftsfeld dar.

Studien haben ergeben, dass die Einhaltung der Anforderungen nach Basel III bei den Banken Zinsanhebungen zwischen 0,2 % und 0,6 % notwendig machen könnte. Ein verstärktes Verlangen der Banken nach unternehmerischen Sicherheiten, die auf Seiten der Bank das zu unterlegende Eigenkapital reduzieren, war bereits 2012 – im Vorfeld der Basel-III-Einführung – zu konstatieren. Bisher ist noch unsicher, ob es wie bisher eine reduzierte Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskre-

Unternehmensentwicklung. Innovative Geschäftsfelder.

dite („Retalkredite“) geben wird, so wie es die Verbände fordern. Mit Blick auf die Zukunft sollten sich die Betriebe frühzeitig mit dem künftigen Finanzbedarf auseinandersetzen – die Finanzierungsmöglichkeiten waren nie so gut wie im Sommer 2012.

Informationstechnologie

Ausführlich haben wir uns mit aktuellen Neuentwicklungen im Bereich des Building Information Modeling (BIM) für kleine und mittlere Unternehmen befasst: Im Rahmen eines Förderprojektes sind „BIM-Musterlösungen“ für die edv-gestützte Planung und Kalkulation mittels 3D-Gebäudemodellen (Raumbuchkonzept) von Neubau- und Sanierungsprojekten sowie für das Facility Management entwickelt worden.

Ein weiteres Thema war auch das voraussichtlich 2013 in Kraft tretende eGovernment-Gesetz, das in weiten Bereichen der Verwaltung zu einer Digitalisierung der Prozesse und zu Online-Verwaltungsdienstleistungen führen wird: Die Unternehmen werden sich auf die elektronischen Verfahren einlassen müssen und ihre eigenen betrieblichen Prozesse entsprechend anpassen. Das fängt bei der elektronischen LSt- oder USt-Anmeldung an, geht über die E-Bilanz weiter zur eVergabe.

In diesem Zusammenhang haben wir auch die Ergebnisse des XVergabe-Projektes begutachtet. Auf der Basis einer neu entwickelten Schnittstelle werden die wichtigsten Anbieter von eVergabe-Lösungen in Deutschland Anfang 2013 den Multiplattform-BieterClient (MPBC) auf den Markt bringen. Die integrierte XVergabe-Schnittstelle ermöglicht es den Bauunternehmen, mit einer einzigen Software, dem MPBC, an Ausschreibungen auf allen kooperierenden eVergabe-Plattformen (die etwa 80 % der elektronischen Ausschreibungen repräsentieren) teilzunehmen, statt – wie in der Vergangenheit – für jede Vergabepattform eine eigene Bieterlösung nutzen zu müssen.

Die eVergabe soll laut EU-Kommission bis Mitte 2016 in der Verwaltung Einzug halten. EU-weit führen entsprechende eGovernment-Gesetze aktuell dazu, dass die elektronische Rechnungslegung (eInvoicing) für öffentliche Auftraggeber zum Standard erklärt wird. Diese Tatsache wird auch das Baugewerbe zwingen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Innovative Geschäftsfelder

Innovation

Die Anforderungen an unsere Bauwerke ändern sich permanent. Moderne Baukonstruktionen und Bauweisen sind besonders nachhaltig in Bezug auf Ressourcenschonung, Energieeffizienz und wechselnde Nutzungsanforderungen. Die mittelständische Bauwirtschaft hat die Marktführerschaft in Sachen Nachhaltigkeit übernommen.

Die Errichtung von Bauwerken mit höchster Energieeffizienz bis hin zu Energieüberschüssen stellt die Domäne mittelständischer Bauunternehmen dar. Hierbei bietet das Baugewerbe eine Fülle innovativer Lösungen. Von der verstärkten Verwendung nachwachsender Rohstoffe bis hin zum Einsatz von hochwertigem Recycling-Beton reichen die Trends zu nachhaltigen Bauweisen.

Energiewende ist Bauaufgabe

Die Energiewende erfordert höchste Energieeffizienz unserer Gebäude. Schon frühzeitig haben sich mittelständische Unternehmen auf die energetische Gebäudemodernisierung spezialisiert. Gebäudeenergieberater HWK bieten die Gewähr für eine qualifizierte und unabhängige Energieberatung mit einer optimal auf die bauwerksspezifischen Belange abgestimmten energetischen Lösung. Die baugewerblichen Unternehmen sind somit die kompetenten Dienstleister für Energieeinsparung und Klimaschutz.

Neben einer Steigerung der Energieeffizienz durch bestmögliche Wärmedämmung der Gebäudehülle werden mit der Energiewende neue Energiekonzepte erforderlich. Das Baugewerbe bietet eine breite Palette innovativer Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien. Hierzu zählen die oberflächennahe Geothermie und fassadenintegrierte Nutzung der Sonnenenergie. Die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Fernwärmenutzung werden ebenfalls an Bedeutung gewinnen. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und der zunehmende Energiemix machen eine quartiersweise energetische Vernetzung von Gebäuden sinnvoll. Für den Ausbau von Photovoltaik und Windkraft ist der rasche Ausbau des Hochspannungsnetzes unverzichtbar.

Somit gilt es, für eine moderne Energie-Infrastruktur eine Fülle neuer Leitungssysteme zu errichten. Sowohl für den Ausbau des Hochspannungsnetzes als auch für die Bündelung innerstädtischer Leitungssysteme bieten sich begehbbare Infrastrukturkanäle als nachhaltige Lösung an. Die Leitungssysteme liegen dort geschützt, sind jederzeit zu Inspektions- oder Wartungszwecken zugänglich und können über den langen Lebenszyklus des Kanalbauwerks ohne Tiefbaumaßnahmen erneuert oder ergänzt werden.

Nachhaltig bauen heißt qualitativ hochwertig bauen

Bauwerke stellen äußerst langlebige Wirtschaftsgüter dar, deren Gesamtkosten über ihren langen Lebenszyklus maßgebend von der Qualität der Planung und der Ausführung bestimmt werden. Für nachhaltige Bauwerke sind deshalb eine hohe Materialqualität und eine sorgfältige Bauausführung unabdingbar. Nur gute Qualität erweist sich über den Lebenszyklus als gleichermaßen ökologisch wie auch wirtschaftlich nachhaltig. Hervorragend qualifiziertes Stammpersonal und ein hohes Ausbildungsniveau der Spezialisten zählen zu den Vorzügen der Innungsunternehmen und sind in Kombination mit ausgereiften Bauprodukten ein Garant für beste Bauqualität. Die regionale Verwurzelung der mittelständischen Bauunternehmen bietet zudem Gewähr für eine langfristige Partnerschaft und den Service vor Ort.

Den demografischen Wandel gut bewältigen

Die Bevölkerung in Deutschland altert. In einem passenden Wohnumfeld können auch ältere Menschen lange ihre Selbstständigkeit bewahren. Hierzu müssen nicht nur Wohnungen und Wohnungszugänge, sondern auch das Umfeld bis hin zur Verkehrsinfrastruktur barrierefrei gestaltet werden. Auch wird in Zukunft das Bedürfnis nach wohnungsnaher Versorgung mit Geschäften, Arztpraxen, Apotheken und kulturellen Einrichtungen zunehmen, die ebenfalls barrierefrei sein sollten.

Der barrierefreie Umbau bestehender Wohnungen und der erforderliche Ersatz für nicht wirtschaftlich zu modernisierende Wohnungsbestände stellen ein wachsendes Geschäftsfeld für Planer und Bauausführende dar. Das Deutsche Baugewerbe ist auf den demogra-

fischen Wandel und die daraus resultierenden Bauaufgaben gut vorbereitet.

Deutschland braucht eine leistungsfähige und innovative Infrastruktur

Eine dynamische Wirtschaft erfordert eine moderne und mitwachsende Infrastruktur. Zunehmende Gütertransporte und eine steigende Mobilität bedingen einen ständigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Hierbei sind innovative Lösungen zur Verkehrslenkung, zur Emissionsminderung und zur Ressourcenschonung zu verwirklichen. Daher müssen vorhandene Infrastrukturbauwerke regelmäßig und fachgerecht instandgehalten werden. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten ein immenser Instandhaltungsrückstand aufgebaut, der das öffentliche Anlagevermögen drastisch zu schmälern droht.

Kommunale Straßen, Abwasserkanäle, Brücken sowie öffentliche Gebäude drohen schlichtweg irreparabel zu verfallen. Energetisch katastrophale öffentliche Gebäude, erste Brückensperrungen und zunehmende Fahrbahnschäden mit einhergehenden Reduzierungen des Tempolimits stellen deutliche Warnsignale dar.

Die mittelständische Bauwirtschaft ist der Partner der öffentlichen Hand, um den Instandsetzungstau zu beseitigen. Der Staat muss eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Energiewende im Bereich öffentlicher Gebäude einnehmen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur dient nicht nur Bürgern und Wirtschaft, sondern trägt entscheidend zur Reduzierung der Energievergeudung durch Verkehrsstaus bei. Innovative Straßenbauweisen können zukünftig einen Beitrag zu Emissionsminderung und Ressourcenschonung leisten. Temperaturreduzierte Asphalte, intelligente Kommunikationssysteme und energieerzeugende Lärmschutzwälle zählen hierzu. Schon heute wird mit innovativen Straßenbelägen der Verkehrslärm in unseren Städten maßgeblich reduziert und eine Aufwertung innerstädtischer Wohnquartiere erreicht.

Tarifpolitik.

BESCHÄFTIGTE

745.000





„Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge gehört abgeschafft, weil sie zu Liquiditätsentzug bei den personalintensiven Unternehmen der Bauwirtschaft führt. Die Bundesregierung könnte so ein Signal setzen, dass es ihr mit Bürokratieabbau und Mittelstandsförderung tatsächlich ernst ist.“

Vizepräsident des ZDB Frank Dupré
im August 2012

Tarifpolitik. Tarifverhandlung 2012.

Tarifverhandlungen 2012

Aufgrund des in der Tarifrunde 2011 im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens erzielten zweijährigen Tarifabschlusses brauchten im Kalenderjahr 2012 keine Lohn- und Gehaltsverhandlungen geführt zu werden. Damit ist aber kein Stillstand in der Tarifpolitik eingetreten. Zahlreiche Reformen der Sozialkassenverfahren sowie die Weiterentwicklung der ZVK-Rentenbeihilfen (tarifliche Zusatzversorgung) standen im Vordergrund der Gespräche und Verhandlungen mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.

Weiterentwicklung der tariflichen Rentenbeihilfe

Die tarifliche Zusatzversorgung für das Alter hat im Baugewerbe eine lange, inzwischen über 55jährige Tradition. 1957, bei Einführung der tariflichen Rentenbeihilfen und Gründung der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes (ZVK-Bau) standen andere tarifpolitische Überlegungen im Vordergrund als heute:

Damals waren es die Rentenlücken infolge von Schlechtwetter und Kurzarbeit einerseits und die Altersabsicherung der Kriegsgeneration andererseits. Heute geht es vor allem darum, in Hinblick auf Veränderungen der Rahmenbedingungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (Verringerung des gesetzlichen Rentenniveaus, Anstieg des gesetzlichen

Renteneintrittsalters) und in Hinblick auf die gleichzeitig steigende Lebenserwartung sowie die damit verbundene längere Rentenbezugsdauer die Altersversorgung auf mehrere Säulen zu stützen: Die gesetzliche Rentenversicherung, die betriebliche Altersversorgung und eine Eigenvorsorge des Arbeitnehmers. Hinzu kommt, dass auch für die Berufswahlentscheidung junger Menschen und damit für die Fachkräftesicherung und Fachkräftebindung im Baugewerbe die zusätzlichen Rentenleistungen, die in einem Wirtschaftszweig erwartet werden können, eine zunehmende Rolle spielen. Dafür erscheint uns die im Jahre 1957 eingeführte tarifliche Rentenbeihilfe mit einer durchschnittlichen monatlichen Höhe von 79,00 € nicht mehr attraktiv genug.

Nach über zweijährigen Gesprächen zwischen den drei Tarifvertragsparteien haben wir deshalb in einem im Februar 2012 vorgelegten gemeinsamen Diskussionspapier festgelegt, die seit 1957 bestehende Zusatzversorgung zu einer einkommens- und beitragsabhängigen, vollständig kapitalgedeckten Rentenbeihilfe weiter zu entwickeln. Das bedeutet einen Systemwechsel und eine Schließung des Alt-systems für die jüngeren Jahrgänge, aber auch die Notwendigkeit der Ausfinanzierung der in dem Altsystem erworbenen Rentenansprüche, soweit dafür keine Kapitaldeckung vorhanden ist. Sollte uns dieser Systemwechsel

Übersicht: Aktuelle Mindestlöhne im Bau- und Ausbaugewerbe

Stand: 1. Januar 2013

Mindestlöhne Bau- und Ausbaugewerbe	West		Ost	
	Mindestlohn 1	Mindestlohn 2	Mindestlohn 1	Mindestlohn 2
Baugewerbe 1.1.2012	11,05	13,40	10,00	entfallen
Malerhandwerk 1.7.2011	9,75	11,75	9,75	entfallen
Dachdeckerhandwerk 1.1.2012	11,00			
Elektrohandwerk	9,80		8,65	
Gerüstbaugewerbe 1.11.2011	9,50			
Gebäudereiniger*) 1.1.2012	8,82	11,33	7,33	8,88

*) Im Gebäudereinigerhandwerk gilt die Lohngruppe 1 für die Innenreinigung und die Lohngruppe 6 (= Mindestlohn 2) für die Außenreinigung.

sel im weiteren Verlauf der Verhandlungen gelingen, werden auf längere Sicht in den alten Bundesländern zwei ZVK-Versorgungssysteme (Altsystem für ältere Jahrgänge und heutige Rentner sowie Neusystem für jüngere Jahrgänge und Neueinstellungen) nebeneinander bestehen.

Die Tarifverhandlungen über eine Weiterentwicklung der Rentenbeihilfen sind am 1. November 2012 aufgenommen worden. Die Gewerkschaft hat die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die nach dem Systemwechsel angestrebte neue Tarifrente auch den Arbeitnehmern in Betrieben mit Sitz in den neuen Bundesländern und in Ostberlin gewährt werden wird.

Kooperation mit der Fachgemeinschaft Bau

Im März 2012 sind Gespräche zwischen den drei zentralen Tarifvertragsparteien und der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V. aufgenommen worden, in denen eine Reform der Sozialkassen der Bauwirtschaft, die Weiterentwicklung der Mindestlöhne und eine regionale Ausdehnung der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes auf den gesamten Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg im Vordergrund standen. Diese Gespräche konnten nach einem auf der Präsidentenebene geführten Spitzengespräch am 29. September 2012 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

Eine wesentliche Rolle spielten dabei die zukünftigen Verbands- und Tarifstrukturen für das Baugewerbe im gesamten Bundesgebiet sowie die Bemühungen zur gegenseitigen Annäherung in wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und technischen Fragen sowie eine zukünftige enge Zusammenarbeit insbesondere in der Tarif- und Sozialpolitik, der Berufsbildung, der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschafts- und Rechtspolitik sowie der Baupolitik. Wir haben dabei zum Ausdruck gebracht, dass wir uns eine Wiederannäherung und einen Wiedereintritt der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg an bzw. in die Arbeitgeberspitzenverbände auf



V.li.n.re. Bundesarbeitsminister a.D. Dr. Norbert Blüm, Peter Huber, Vizepräsident a.D. des ZDB, Prof. Anke Hassel, Hertie School of Governance, Wilhelm Küchler, Vizepräsident a.D. von HDB und BDA, Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU.

der Bundesebene wünschen. Diesem Annäherungsprozess soll eine am 9. November 2012 zwischen dem ZDB, dem HDB und der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V. geschlossene Kooperationsvereinbarung dienen, welche unter anderem eine enge Zusammenarbeit auf den genannten Themenfeldern und einen regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch vorsieht.

Nach dem in den Gesprächen mit der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V. erzielten Verhandlungsergebnis soll die Akzeptanz der Sozialkassen insbesondere durch eine Verschiebung der Fälligkeit des Sozialkassenbeitrages vom 15. auf den 20. eines Monats, durch eine erleichterte Zulassung zum Spitzenausgleichsverfahren und durch eine Prüfung des Aufrechnungsverbot von Beitragsrückständen bei der SOKA-BAU mit Erstattungsansprüchen der Betriebe erhöht werden.

Darüber hinaus soll durch ein Pilotprojekt zur Verbesserung der Bekämpfung der Schwarzarbeit eine stärkere Einbeziehung der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes in diese Aufgabe herbeigeführt werden und außerdem den Sozialkassen im Rahmen eines weiteren Pilotprojektes die Möglichkeit eingeräumt werden, Beitragsmittel aus dem Berufsbildungsverfahren auch für Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife junger Menschen im Vorfeld des Abschlusses von Ausbildungsverträgen einzusetzen.

Öffentlichkeitsarbeit.



UNSANIERTE WOHNUNGEN
ZUKÜNFTIGER BAUBEDARF

25 MIO.



„Wir wollen jungen Frauen den Rücken stärken und Fragen, die speziell uns Unternehmerinnen betreffen, mit Politikern und Politikerinnen diskutieren. Es ist wichtig, dass Männer wie Frauen ihre Anliegen in die Arbeit des Verbandes einbringen.“

Dipl.-Volkswirtin Margit Dietz

Erste Sprecherin der Bauunternehmerinnen im ZDB im April 2012

Öffentlichkeitsarbeit. Veranstaltungen.

Veranstaltungen

Außenwirtschaftstag „Architektur, Planen, Bau“



Gruppenfoto mit Außenminister Guido Westerwelle anlässlich des Außenwirtschaftstages des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Um die internationalen Chancen deutscher Architektur- und Bauunternehmen ging es beim Außenwirtschaftstag „Architektur, Planen, Bau“, zu dem am 9. Februar Vertreter aus Politik und Wirtschaft im Auswärtigen Amt zusammengekommen sind. Außenminister Guido Westerwelle betonte, dass Außenwirtschaftsförderung zentraler Bestandteil von Außenpolitik sei. Der Einfluss Deutschlands in der Welt gründe entscheidend auf seiner wirtschaftlichen Kraft. „Mit Qualität, Zuverlässigkeit und Termintreue sind deutsche Handwerker nicht nur in unseren Nachbarländern, sondern auch in weiter entfernten Märkten gesucht und erfolgreich“, so Westerwelle.

Den anwesenden rund 400 Wirtschaftsvertretern sicherte er die Unterstützung der rund 230 Auslandsvertretungen bei Geschäftsaktivitäten im Ausland zu. „Mit ihrem Netzwerk im Gastland können sie helfen, bei Bauträgern oder Genehmigungsbehörden Vertrauen herzustellen und so manche Schwierigkeit aus dem Weg zu räumen oder vorab zu vermeiden.“ Dabei seien deutsche Interessen und Werte kein Widerspruch, sondern vielmehr „zwei Seiten einer Medaille“.

Doch Auswärtiges Amt und die Bundesregierung insgesamt unterstützten nicht nur deutsche Unternehmen aus der Baubranche bei ihren Auslandsgeschäften - Westerwelle erin-

nete daran, dass sie auch selbst ein wichtiger Auftraggeber seien. So verwalte das Auswärtige Amt etwa 1500 Immobilien des Bundes in aller Welt. Deutsche Botschaften und Konsulate, deutsche Schulen und Goethe-Institute seien in der Regel „Schaustücke deutscher Architektur und Baukunst“.

Mittelstandssymposium

Anlässlich unseres Mittelstandssymposiums wurden mit wissenschaftlichem Sachverstand die Besonderheiten des deutschen Baugewerbes herausgearbeitet.

Zur Eröffnung des Symposiums sagte ZDB-Präsident Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, dass es die Aufgabe des Verbandes sei, die „längerfristige Entwicklung der Betriebe in den Blick zu

nehmen.“ Diese sei ein entscheidendes Merkmal der inhabergeführten Familienbetriebe. Der Bauarbeitsmarkt habe sich verändert und werde sich weiter verändern, so Loewenstein.



In der Diskussionsrunde mit den Professoren Voigtländer (l.) und Oepen (2.l.) rät ZDB-Präsident Dr. Loewenstein zu intelligenten Kooperationen mit anderen Handwerksbetrieben. Von der öffentlichen Hand erhofft er sich nur eine funktionierende Leistungsbeschreibung, und er richtet an die öffentliche Hand den Hinweis: „In der VOB steht alles drin, was man machen muss, wenn ein Bauwerk Erfolg haben soll.“

Es müsse aber gegenüber der Politik ständig darauf hingewiesen werden, dass nur Betriebe, die sich an die Regeln halten, auch dem Gemeinwesen dienen. Loewenstein: „Diesen Betrieben muss der Rücken frei gehalten werden, indem den Wettbewerbsbedingungen Geltung verliehen wird und die, die sich nicht an die

Regeln halten müssen, vom Markt fern gehalten werden. Den Wettbewerb unter fairen und gleichen Bedingungen zu sichern, das ist die zentrale Aufgabe der Politik.“

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft beschrieb Prof. Dr. Michael Voigtländer, Leiter des Kompetenzfeldes Immobilienökonomik beim Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln. Die Bauwirtschaft ist nach dem Gesundheitswesen die zweitstärkste Branche in Deutschland und damit eine Schlüsselbranche.

„Was hindert mittelständische Bauunternehmer am Erfolg?“ Dies war die Eingangsfrage zum Vortrag von Prof. Dr. Ralf-Peter Oepen vom Betriebswirtschaftlichen Institut der Bauindustrie, Düsseldorf. Das typische mittelständische Bauunternehmen ist im Hoch- und Tiefbau tätig, hat ca. 50 Mitarbeiter und erbringt eine Jahresbauleistung von 5 Mio. Euro. Bei 95 % aller Bauaufträge im öffentlichen Bereich ist das Kriterium „Preis“ für die Vergabe entscheidend. Das Nachfragemonopol der öffentlichen Hand verursacht Angebote, die nicht vollkostendeckend sind und deren Preis somit nicht auskömmlich ist. Die Unternehmen suchen daher primär nach Möglichkeiten der Kostenminimierung.

Die zentralen Trends der nächsten Dekade und deren Auswirkungen auf das Baugewerbe stellte Prof. Dr. Tobias Just von der Universität Regensburg vor. Sein Fazit lautete, dass sich die Branche nach einem harten Konsolidierungskurs wieder im gesamtwirtschaftlichen Auf und Ab bewege, dabei reagiere sie sehr zyklisch. Kleine Unternehmen dominierten die Branchenstruktur, Material- und Personalkosten spielten eine große Rolle, der Auslandsumsatz sei vergleichsweise unwichtig.

Thomas Huber vom Zukunftsinstitut motivierte zu einer kreativen Herangehensweise. Er warnte davor, sich auf Prognosen zu verlassen. Trends entstehen, weil Bedürfnisse sich verändern. Seine These lautet: Weniger werden wir auf jeden Fall. Es lohnt sich also die Frage, für wen und was künftig gebaut werden soll. Das Ziel der Kunden ist eine moderne Lebenswelt, die sich durch die Schlagworte selbstbestimmt und vernetzt, mobil und modular, urban und lokal verwurzelt sowie gesund und naturnah beschreiben lässt.



In Vertretung von Bundeswirtschaftsminister Rösler, bedankte sich Ernst Burgbacher, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, dafür, dass der Mittelstand das Rückgrat unserer Volkswirtschaft ist und auch in der Krise zu seinen Beschäftigten gestanden hat. „Sie im Saal haben das durchgestanden und dafür möchte ich Ihnen auch im Namen des Ministers danken. Die einen sehen schwarz, Sie schaffen schwarze Zahlen.“ Hier: Dr.-Ing. Loewenstein im Meinungsaustausch mit Ernst Burgbacher.

VJB-Tagung 2012

Vom 2. bis 3. März 2012 trafen sich die jungen Bauunternehmerinnen und Bauunternehmer im ZDB zu ihrem jährlichen Kongress. Der erste Tag stand ganz im Zeichen erfolgreicher Verbands- und Lobbyarbeit. Christian Frölich warf in seiner Eröffnungsrede einen kurzen Blick auf die erfolgreichen WorldSkills 2011 zurück. Gleichzeitig ging er auf die Pflicht der Betriebe ein, heutzutage junge Nachwuchskräfte schon aktiv an den Schulen zu werben, um letztlich gute Azubis für sich zu gewinnen.



VJB-Vorsitzender Christian Frölich eröffnet den Jungunternehmer-Kongress 2012 in Potsdam.

ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa ging in seinem Vortrag auf zwei Bereiche ein: die erfolgreich umgesetzte Lobbyarbeit 2011 sowie die wichtigsten Agenda-Punkte des Verbandes für 2012.

Öffentlichkeitsarbeit. Veranstaltungen.



RA Pakleppa während seiner Rede auf dem VJB-Kongress.

Felix Pakleppa zeigte auch auf, dass es zukünftig einen Facharbeitermangel in Höhe von 50.000 Menschen in Deutschland geben wird. Diesem Thema nimmt sich der Verband schon seit längerem an und sucht nach Lösungen für die Baubranche, um damit fertig zu werden. Diese thematische Steilvorlage nahm RA Harald Schröer auf. In seinem Vortrag ging er auf die Auswirkungen und mögliche Strategien des Fachkräftemangels am Bau ein.

„Wir wollen junge Menschen für das Bauhandwerk begeistern“, brachte es VJB-Vorsitzender Christian Frölich nach Harald Schröers Vortrag auf den Punkt. Bauunternehmerin Laura Lamel aus München verstand es mit ihrer lebendigen und praxisnahen Rede, die Zuhörer für sich zu gewinnen. Für den Verband und die mittelständische Bauwirtschaft ist sie in Brüssel vor Ort, um gemeinsam mit den hauptamtlichen Verbandsvertretern bei der EU frühzeitig und wirksam Lobbyarbeit auf höchster europäischer Ebene zu betreiben.

Am zweiten Tag ging Prof. Dr. Manfred Helmus, Bergische Universität Wuppertal, auf die Vorteile des Einsatzes der RFID-Technologie am Bau ein. Die Veranstaltung wurde vom Kommunikationsexperten Manfred Häpp komplettiert. Er zeigte auf, wie man die potenziellen Kunden im generationengerechten Bauen für sich gewinnen kann.

Nationalteam des Baugewerbes im Einsatz beim Tag der offenen Tür im BMVBS

Im Rahmen des Tages der offenen Tür der Bundesregierung trainierte das EM-Team des Deutschen Baugewerbes öffentlich. Sieben Nachwuchshandwerker aus fünf Bauberufen zeigten ihr Können und ihre Fertigkeiten als Beste ihres Faches vor den Augen der Öffentlichkeit.



Im Sommer trainierte die Nationalmannschaft des Baugewerbes auf Einladung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am Tag der offenen Tür der Bundesregierung. Mit drei Goldmedaillen im Gepäck und nachdem der damals angefertigte Stuck-Bär seinen Platz im Bauministerium erhalten hat, gab es einen offiziellen Fototermin mit Bundesbauminister Peter Ramsauer. (Foto: BMVBS)

Während des zweitägigen Trainings in Berlin stellten die Stuckateure einen Bären fertig und verputzten die Gipsfigur unter den Augen der Öffentlichkeit. Er hat einen Ehrenplatz im Bundesbauministerium (BMVBS) bekommen. Dr. Andreas Scheuer, Staatssekretär im BMVBS, bedankte sich für den Bären und würdigte das hochinnovative deutsche Baugewerbe. „Wir haben gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte im Handwerk, die auch mit ihrer erfolgreichen Teilnahme an internationalen Berufswettbewerben für das deutsche Handwerk werben.“



Im Rahmen des öffentlichen Abschlusstrainings des Nationalteams des Deutschen Baugewerbes für die Europameisterschaft der Berufe, EuroSkills 2012, im belgischen Spa-Franchorchamps haben die beiden Stuckateure Kadir Uzunsakaloglu (23) (3.v.l.) und Andreas Schenk (20) (2.v.r.), beide aus Baden-Württemberg, einen zweieinhalb Meter großen Bären an den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer (2.v.l.) im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung übergeben.

Deutscher Baugewerbetag 2012

Dem deutschen Baugewerbe geht es gut. Das verkündete Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, den über 600 Besuchern des Deutschen Baugewerbetages 2012. Die Bauwirtschaft ist mit mehr als zwei Millionen Beschäftigten bundesweit einer der größten Arbeitgeber – und einer der leistungsfähigsten. „Wir steuern rund vier Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei“, so Loewenstein, „dies ist ein höherer Wert als bei häufiger im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Branchen, wie etwa der Kfz-Industrie.“

Der Baugewerbetag fand am 8. November im feierlichen Rahmen und mit Prominenz aus der Politik in Berlin statt. Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrichen in ihren Reden die Bedeutung der Baubranche für die deutsche Wirtschaft.

„Die Welt ist eine Baustelle – wir bauen Zukunft“ lautete das Motto der zentralen Veranstaltung des ältesten und größten Bauverbandes in Deutschland. Ein Motto, das durch die Erfolge des Baugewerbe-Nationalteams bei der EuroSkills 2012 im belgischen Spa gelebte Realität ist. Die jungen Zimmerer, Straßenbauer, Stuckateure, Fliesenleger und Maurer gewannen bei den Berufseuropameisterschaften 2012 drei Goldmedaillen. Beim Deutschen Baugewerbetag in Berlin holten sie sich noch das Extra-Lob der Kanzlerin ab: „Die Leistungskraft, die Sie bei der Europameisterschaft gezeigt haben, ist auch so etwas wie eine Gesamtbotschaft des leistungsstarken deutschen Baugewerbes und eine Zukunftsbotschaft, dass Qualität nicht nur Vergangenheit und Gegenwart ist, sondern auch in Zukunft hochgehalten werden soll.“ Merkel hob zudem hervor, dass gerade die Baubranche vorbildhaft in der Ausbildungsförderung sei. Hier sicherte sie die Unterstützung der Politik zu, „denn dieses Qualitätssiegel muss weiter gestärkt werden“. Über das Geschenk – ein von allen Teammitgliedern unterschriebenes Trikot der Bau-Nationalmannschaft – freute sich die CDU-Politikerin beim anschließenden Fototermin.



Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, hob die Bedeutung der Branche heraus.

Warme Worte gab es schon vorher von Steinmeier. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im deutschen Bundestag hob die Bedeutung der Branche heraus: „Mit der Bauwirtschaft beginnt alles. Sie ist die Schlüsselbranche im allerbesten Sinne.“ Zudem unterstrich der Oppositionsführer die Rolle der Agenda 2010 für die Stabilität und die gute Position der deutschen Wirtschaft in Europa. „Vor zehn Jahren waren wir der arme Mann in Europa. Die Politik und die gewissenhafte Arbeit der Unternehmen sorgten dann für den Aufschwung.“ Zudem dankte auch er der Bauwirtschaft für die hervorragende Leistung bei der Ausbildungsförderung und für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. „Zukunft bauen“ geht aber weiter. Für Profes-



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Deutschen Baugewerbetag 2012 in Berlin mit dem Nationalteam des Deutschen Baugewerbes.

sor Andreas Holm, Leiter des Forschungsinstituts für Wärmeschutz in München, sind es insbesondere drei wichtige Aufgaben vor denen die deutsche Bauwirtschaft in den kommenden Jahren steht: der demografische Wandel, die Energiewende und die Integration

Öffentlichkeitsarbeit. Veranstaltungen.

neuer Fachkräfte. Darauf ist die Branche allerdings vorbereitet, wie der Wissenschaftler in seinem Vortrag erwähnte.

Trotz der positiven Bilanz und der lobenden Worte forderte ZDB-Präsident Loewenstein weitere Unterstützung von der Politik am Ende des Baugewerbetags. So sieht er vor allem Ungemach aus Europa für den deutschen Mittelstand aufziehen. Als Beispiele führte Loewenstein Aufweichungstendenzen bei der Entsenderichtlinie, die Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten unterhalb deutscher Arbeitsstandards und die drohende Verschlechterung der Zahlungsfristen



Das ZDB-Präsidium berichtete in einer moderierten Gesprächsrunde über die Lobbyaufgaben des Verbandes, v.l.: Vizepräsident Frank Dupré, Präsident Dr. Hans-Hartwig Loewenstein, Moderatorin Anja Würzburg, Vizepräsidenten Wolfgang Paul und Walter Derwald.

an. „Wir dürfen keine Abwärtsspirale durch einen Nivellierungsprozess in Europa auslösen“, unterstrich der Präsident. Trotzdem blickt Loewenstein nach der Veranstaltung positiv in die Zukunft: „Die Zuversicht ist heute gestärkt worden, sodass wir den Herausforderungen in den nächsten Jahren auf dieser guten Basis gerecht werden können.“

Unter www.youtube.com/BauKanal gibt es ein Video zum Deutschen Baugewerbetag 2012.

Deutscher Obermeistertag 2012

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein zog in seiner Eröffnung des 5. Deutschen Obermeistertages vor rund 250 Repräsentanten des Deutschen Baugewerbes eine positive Bilanz für das Deutsche Baugewerbe: „Wir haben die Finanzmarktkrise bisher vergleichsweise stabil überstanden. Wir haben in den vergangenen Jahren wieder mehr

Personal eingestellt. Die Bauwirtschaft hat ihre Rolle als Konjunkturlokomotive wieder erlangt.“

In der moderierten Gesprächsrunde des Präsidiums gab es für die versammelten Obermeister einen Ritt durch alle aktuellen Themen des Baugewerbes. Mit dem Bundesetat für die Städtebauförderung könne man leben, aber es reicht eben nicht für alles. Kritisiert wurde, dass im Bundeshaushalt keine Mittel zur Förderung von altersgerechten Umbauten vorgesehen wurden. Das Entflechtungsgesetz ist eine Herausforderung, bei der die Länder nicht allein gelassen werden dürfen. Immerhin bauten die Betriebe des Baugewerbes für Kommunen und Länder die Gebäude und Straßen. Es kommt also darauf an, dass Länder und Kommunen ausreichend für ihre Aufgaben ausgestattet werden. Schließlich brauchen die Betriebe und die Bürger in der Fläche eine funktionierende Infrastruktur. ÖPP-Modelle im Fernstraßenbau haben sich aus Sicht des Baugewerbes nicht bewährt. Die aktuellen ÖPP-Modelle sind ungeeignet für eine aktive Rolle des Mittelstandes, denn dieser leistet 85 Prozent des Straßenbaus in Deutschland.

Europa hat in den vergangenen Monaten einige unangenehme Überraschungen bereit gehalten. Bei den Zahlungsfristen drohen süd-europäische Verhältnisse mit massiv verlängerten Zahlungsfristen. Hier muss bei den nationalen Politikern dringend für die Beibehaltung der deutschen Zahlungsfristen geworben werden. Es bleibt auch künftig reichlich Arbeit für den gut aufgestellten ZDB in Berlin und Brüssel.

Verleihung der Konrad-Zuse-Medaille

Höhepunkt des Deutschen Obermeistertages war die Verleihung der Konrad-Zuse-Medaille für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Informatik im Bauwesen. Sie ging in diesem Jahr an Prof. Dr.-Ing. Manfred Helmus von der Bergischen Universität Wuppertal für seine Leistungen für RFID im Bauwesen. Gewürdigt wurden seine Forschungsergebnisse im Bereich der automatischen Identifizierung von



V.l.: Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident Zentralverband Deutsches Baugewerbe, überreicht die Konrad-Zuse-Medaille an Prof. Manfred Helmus. Stuckateurmeister Dipl.-Math. Jürgen G. Hilger, Vorsitzender des Konrad-Zuse-Kuratoriums und Vorstandsmitglied des ZDB, hielt die Laudatio.

Daten bei der Gebäudeerrichtung, Gebäude-
nutzung und Bauleistik.

„RFID“ steht dabei für Radiofrequenz-Identifikation. Diese Technologie ermöglicht es, Daten mittels Radiowellen berührungslos und ohne Sichtkontakt zu übertragen. Eine stark arbeitsteilig organisierte Branche, wie die Bauwirtschaft, mit vielen Produktionsstätten, sprich: Baustellen, und häufig wechselnden Partnern, kann mit dieser Technologie einen Produktivitätsschub bekommen.

Jürgen G. Hilger, Vorsitzender des Kuratoriums zur Verleihung der Konrad-Zuse-Medaille und ZDB-Vorstandsmitglied, würdigte in seiner Laudatio, dass Prof. Helmus bei seinen Forschungsprojekten immer mit Unternehmen aus dem Mittelstand kooperiert habe, dies nicht nur aus persönlicher Neigung zum Mittelstand, sondern weil er die Eigenverantwortung der inhabergeführten Unternehmen schätze. „Im Mittelstand hat Prof. Helmus seinen beruflichen Anfang genommen, zu dessen erfolgreicher Zukunft will er mit seiner Forschung beitragen.“

Veranstaltungen der Bundesfachgruppen

Veranstaltungen

Gipfeltreffen 2012 vom 18. und 19. Mai 2012

Das Gipfeltreffen 2012 in Binz/Rügen war die zweite Veranstaltung des Fachverbandes Fliesen und Naturstein dieser Art. Unter dem

Motto „Chancen nutzen - Zukunft gestalten“ wurden den Fliesenfachbetrieben Anregungen für nachhaltig erfolgreiches und einzigartiges Handeln geboten. Interessante Referate zeigten neue Geschäftsfelder und Geschäftsmodelle abseits ausgetretener Pfade auf. Die zentrale Botschaft aller Referenten lautete: der Kunde will „heute leben“ und „hat ein Recht auf perfekte Leistungen“.

14. Sachverständigentage Fulda, 6. und 7. November 2012

Der Fachverband Fliesen und Naturstein hatte zu den 14. Sachverständigentagen Anfang November nach Fulda eingeladen. Rund 250 Fachleute aus den Bereichen Naturstein, Fliesen und Estrich waren der Einladung gefolgt, um aktuelle Neuigkeiten aus der Branche zu folgenden Themen zu erfahren: Reinigungsprobleme bei Fliesen und Naturstein, Bauweisen von Außenstufen, Beständigkeit von Naturstein im Schwimmbad – Langzeittest, die Rolle der Geologie der Natursteine bei der Verlegung. Mit großem Interesse wurden die Praxisbeispiele aus der Sachverständigentätigkeit und deren rechtlicher Bewertung aufgenommen. Erstmals wurde in diesem Jahr die Ausstellung seiner Partnerunternehmen in die Veranstaltung integriert.

16. SachverständigenForum am 16. November 2012 in Schweinfurt

Mehr als 150 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt. Unter dem Motto „Wärmedämmung und Fassade - Technische Entwicklungen, Daten und Fakten aus erster Hand“ richteten der Industrieverband WerkMörtel (IWM), Duisburg, und der Bundesverband Ausbau und Fassade im ZDB, Berlin, die Veranstaltung gemeinsam aus. Die Sachverständigen widmeten sich einer Reihe technischer und rechtlicher Themen rund um die Fassade. Wo liegen für den Sachverständigen die Fallstricke der Thermografie? Welche Anforderungen sind an den Putz zu stellen, wenn er als Untergrund für großformatige Platten und Fliesen dienen soll? Welche neuen Lösungen gibt es für den Sockel- und erdberührten Bereich? Warum ist der richtige Einbau der Fensterbänke so entscheidend für den Bestand einer WDVS-Fassade? Und schließlich ging es in zwei engagiert diskutierten Vorträgen um die Frage, wie WDVS im Schadensfall instandgesetzt oder saniert werden können, ohne dabei den bauordnungsrechtlichen Rahmen zu verlassen.

Öffentlichkeitsarbeit. Messeauftritte.

63. Deutsche Brunnenbauertage 2012 in Butzbach

Die 63. Deutschen Brunnenbauertage fanden unter großer Beteiligung des Fachpublikums am 23. und 24. März 2012 in Butzbach statt. Mehr als 300 Teilnehmer diskutierten aktuelle Themen des Brunnen- und Spezialtiefbaus. Einen Themenschwerpunkt bildete die Geothermie, die einen wesentlichen Baustein zur Energiewende darstellt. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn neben der Energieeinsparung im Gebäudebereich auch die gebäudenaher Nutzung regenerativer Energien und der Geothermie ausgebaut wird.

Messeauftritte

DACH+HOLZ International 2012

Mit mehr Ausstellern, mehr Besuchern und mehr Dynamik für die Branche als in den Vorjahren war die DACH+HOLZ International 2012 vom 31. Januar bis 3. Februar ein großer Erfolg. 55.800 Zimmerer, Dachdecker, Architekten und Planer informierten sich auf dem Stuttgarter Messegelände über neue Produkte, Ideen und Lösungen rund um Holzbau, Ausbau, Dach und Wand.

Es war die dritte Veranstaltung unter dem Namen DACH+HOLZ International und in gemeinsamer Trägerschaft von Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes mit dem Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks. 601 Aussteller stellten innovative und intelligente Produkte vor. Damit hat sich die Messe mit dem spezialisierten Profil als Wegweiser für die gesamte Branche in Deutschland und Europa erwiesen.

bautec Berlin

Vom 21. bis 25. Februar 2012 hatte die bautec in Berlin ihre Tore für die Besucher aus dem In- und Ausland geöffnet. Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe war – schon traditio-

nell – auf dem Gemeinschaftsstand der deutschen Bauwirtschaft mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg und dem Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg auf der Messe präsent.



Die Hauptgeschäftsführer der Mitgliedsverbände des ZDB auf dem ZDB-Messestand während der bautec in Berlin.

Für die diesjährige bautec hatte sich der Verband ein besonderes Schmankerl überlegt: Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum für Elementiertes Bauen Bühl (Baden-Württemberg) präsentierte er ein Modell, das aus Einzelmodellen bestehend Vorfertigungsmöglichkeiten mit verschiedener Oberflächengestaltung zeigte.

Das Modell war nicht nur bei Messebesuchern beliebt, sondern auch bei unseren Hauptgeschäftsführern, die anlässlich der gemeinsamen Hauptgeschäftsführerkonferenz von ZDB und HDB in Berlin weilten und die den Verbändeempfang auf der Messe dazu nutzten, den schicken Messestand in Augenschein zu nehmen.

Internationale Isolierfachmesse mit Workshop WKS

Vom 10. - 11. Mai 2012 wurde die im Wechsel zu den Deutschen Isolierertagen alle 2 Jahre stattfindende Internationale Isolierfachmesse ISO in Köln durchgeführt. Die Bundesfachgruppe WKS und die Fördergemeinschaft Dämmtechnik haben sich hier selbstbewusst

und zukunftsorientiert präsentiert. Auch der große Workshop WKSB, der vom Ausbildungszentrum Gotha ausgerichtet wurde, ist ein großer Erfolg gewesen. Das Ergebnis der guten Repräsentation konnte daher auch an den hohen Besucherzahlen abgelesen werden.

BAU 2013

Erstmals in seiner Geschichte war unser Verband auf der BAU, der Weltleitmesse für Architektur, Materialien und Systeme, mit einem eigenen Auftritt präsent. Im Eingang Ost hatte un-



ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa (2.v.r.) eröffnete die BAU mit.

für ihn die Energie- und Klimawende, der altersgerechte Umbau von Wohngebäuden, aber auch der öffentlichen Infrastruktur sowie die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt.



Bauminister Ramsauer bei der Grundsteinlegung auf dem ZDB-Messestand, assistiert von Maurergeselle Christopher Schmidt.

Gerade die Energiewende bietet nachhaltige Perspektiven für die Bauwirtschaft, denn nicht nur die energetische Sanierung von Gebäuden ist eine gewaltige Bauaufgabe, sondern auch der Bau von Windkraftanlagen oder Überlandleitungen muss bewältigt werden. „Darüber hinaus wird Bauen und Sanieren mit Passivhaus- bzw. mit Plus-Energie-Standard Deutschland auch technologisch voran bringen, so dass Forschung und Entwicklung, und besonders die Herstellerindustrie davon profitieren werden.“

ser Nationalteam sein Trainingslager für die WorldSkills 2013 in Leipzig aufgeschlagen. Die BAU als Weltleitmesse des Bauens schien uns der ideale Ort, um unsere besten Nachwuchshandwerker vorzustellen und sie hier im Messetrubel auf die WM vorzubereiten. Außerdem wollten wir zeigen, dass das Baugewerbe einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung seiner Fachkräfte leistet.

In seinem Grußwort anlässlich der Eröffnung der BAU 2013 wies Pakleppa darauf hin, dass die Bauwirtschaft diejenige Branche sei, die wesentlich zur Lösung der Mega-Herausforderungen der Gesellschaft beitrage. Dazu zählt



Auch das Messe-TV der BAU fand Gefallen am Geschehen auf dem ZDB-Stand.

Aus- und Weiterbildung.

IN AUSBILDUNG
INVESTIERT

600 MIO. €





**„Wir haben das Beste gegeben und gekämpft.
Die Goldmedaille steht für die Leistungsfähig-
keit des deutschen Bauhandwerks.“**

Straßenbauer Robin Berger (20) und Thorben Peper (22)
Goldmedaillengewinner bei den EuroSkills im Oktober 2012

Aus- und Weiterbildung. Berufsbildung.

Berufsbildung

Berufsbildungsstatistik

Die Lehrlingszahlen haben sich im Jahre 2012 auf dem Vorjahresniveau stabilisiert. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (1. Lehrjahr) liegt ebenfalls in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Berufsbildungsstatistik der ULAK (Stichtag: 31. Dezember) ¹⁾		
	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (1. Lehrjahr)	Gesamtzahl der Ausbildungsverhältnisse
2007	12.577	38.665
2008	11.263	38.280
2009	11.129	37.053
2010	11.773	36.037
2011	12.027	36.387
2012	11.821	36.826

Erstattungsleistungen der ULAK (Ausbildungsvergütung, überbetriebliche Ausbildung, Fahrtkosten)	
2007	271 Mio. €
2008	281 Mio. €
2009	268 Mio. €
2010	270 Mio. €
2011	282 Mio. €
2012	289 Mio. €

¹⁾ Die Statistik der ULAK (Urlaubs- und Lohnausgleichskasse) erfasst nur die betrieblichen Ausbildungsverhältnisse. In der Gesamtstatistik der Kammern werden die betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse berücksichtigt.

Qualitätsanforderungen an die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

Die Einhaltung der im Tarifvertrag über die Berufsbildung im Baugewerbe verbindlich festgelegten Mindeststandards für die überbetriebliche Ausbildung wurde durch die dafür von der SOKA-BAU beauftragte DEKRA Certification GmbH überprüft.

Ziel der Überprüfung ist es, bundesweit einheitliche Mindest-Qualitätsanforderungen in der überbetrieblichen Ausbildung der Lehrlinge sicherzustellen und damit den Forderungen der Betriebe nach einer hohen Qualität der überbetrieblichen Ausbildung bundesweit auch weiterhin gerecht zu werden.

Bereits die ersten Prüfungen sind durch mehrere überbetriebliche Ausbildungsstätten zum Anlass genommen worden, aufgrund der vorgegebenen Qualitätskriterien entsprechende Verbesserungen bei der Durchführung der überbetrieblichen Ausbildung oder der Unterbringung Auszubildender in den angeschlossenen Internaten vorzunehmen.

Der Erstprüfungsdurchlauf aller durch die ULAK anerkannten Ausbildungszentren der Bauwirtschaft soll bis Ende des Jahres 2012 abgeschlossen sein. Danach werden die SOKA-BAU und die drei Tarifvertragsparteien eine gemeinsame Evaluierung vornehmen.

Fachkräftesicherung

Ein Problem bei der Fachkräftesicherung für die deutsche Bauwirtschaft liegt in der mangelnden Ausbildungsreife von Schulabgängern. Zahlreiche angebotene Ausbildungsplätze bleiben deshalb unbesetzt. Defizite bestehen vor allem in unzureichenden elementaren Rechenfertigkeiten, im mündlichen und schriftlichen Ausdrucksvermögen sowie im sozialen Verhalten. In der Einstiegsqualifizierung nach § 51 a SGB III sehen wir ein geeignetes arbeitsmarktpolitisches Instrument, um solche Defizite abzubauen. Allerdings erhalten Ausbildungsbetriebe, die eine solche betriebliche Einstiegsqualifizierung durchführen, lediglich Zuschüsse zur Vergütung zuzüglich einer pauschalierten Sozialaufwandsersatzung. Den Betrieben entstehen aber erhebliche Kosten, wenn einzelne Qualifizierungsanteile außerhalb des Betriebes durchgeführt werden, z. B. weil auch eine so-

zialpädagogische Begleitung notwendig erscheint. In ersten Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit haben wir uns dafür eingesetzt, auch diese Kosten den Betrieben zu erstatten, soweit in dem gesetzlich zulässigen Rahmen (bis zu 30 % der Gesamtzeit der Einstiegsqualifizierung) Qualifizierungsanteile außerhalb des Betriebes, beispielsweise in überbetrieblichen Ausbildungsstätten durchgeführt werden. Die Gespräche werden im nächsten Jahr fortgesetzt. Auch eine entsprechende Gesetzesänderung haben wir bereits gefordert.

Aufstiegsfortbildung in der Bauwirtschaft

Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung erfordern zunehmend mehr Anstrengungen und Aktivitäten der gesamten Branche. Daher ist es von großer Relevanz, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die Bauwirtschaft eine der Zukunft zugewandte Branche mit guten Karrieremöglichkeiten und Perspektiven ist und die Beschäftigten auch nach ihrer Berufsausbildung berufliche Perspektiven für ihr ganzes Arbeitsleben erhalten.

Wir haben gemeinsam mit den Sozialpartnern in den letzten Jahren die Aufstiegsfortbildung der Bauwirtschaft – Vorarbeiter, Werkpolier, Geprüfter Polier – auf den Prüfstand gestellt und an die Anforderungen der Branche an die Qualifikationen des mittleren Baumanagements angepasst.

Das neue System der Aufstiegsfortbildung regelt erstmalig die Prüfungsordnungen für den Vorarbeiter und den Werkpolier bundeseinheitlich auf der Basis einer Vereinbarung der Tarifvertragsparteien. Zusätzlich gibt es Durchführungsregelungen für die Prüfungen und Empfehlungen zur Durchführung von entsprechenden Vorbereitungslehrgängen (Rahmenpläne).

Zur Implementierung des neuen Systems der Aufstiegsfortbildung in der Bauwirtschaft wurden die länderspezifischen Werkpolier-Prüfungsordnungen durch eine neue bundeseinheitliche Prüfungsordnung ersetzt. Die Prüfungsordnungen für den Vorarbeiter und den Werkpolier sind zum 1. Juli 2012 und die Verordnung über die Prüfungen zum aner-

kannten Abschluss Geprüfter Polier zum 1. Oktober 2012 in Kraft getreten.

Die Qualifikationen der einzelnen Stufen Vorarbeiter, Werkpolier und Geprüfter Polier sind inhaltlich auf einander abgestimmt. Die Prüfungsteile Baubetrieb, Bautechnik sowie Mitarbeiterführung und Personalmanagement sind auf jeder Stufe unterschiedlich stark ausgeprägt und bilden in der Gesamtheit das neue System der Aufstiegsfortbildung in der Bauwirtschaft. Die Spezialqualifikationen des Vorarbeiters und des Werkpoliers entsprechen dem derzeitig vorhandenen Bedarf der Branche.

Bevorzugte Zielgruppe für diese Fortbildungsprüfungen sind diejenigen, die nach einer einschlägigen Berufsausbildung eine mehrjährige einschlägige Berufspraxis auf Baustellen erworben haben.

Neu im System der Aufstiegsfortbildung sind die Struktur der Prüfungsordnungen, veränderte Zulassungsvoraussetzungen, die Prüfungsformen sowie die Anwendung des Prinzips der Handlungsorientierung. Die Aufstiegsfortbildung auf den verschiedenen Stufen wird künftig besser verzahnt und damit sowohl für die Betriebe als auch für die Beschäftigten transparent und flexibel.

Die bundeseinheitlichen Regelungen der Stufen Vorarbeiter und Werkpolier werden zu einer Erhöhung der Qualität der Aufstiegsfortbildung in der Bauwirtschaft, zu mehr Durchlässigkeit und Transparenz im mittleren Baumanagement, zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Aufstiegsfortbildung in der Bauwirtschaft – vom Gesellen bis zum Geprüften Polier und Meister im Handwerk – und damit zu einer Steigerung der Attraktivität der Aufstiegsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft beitragen.

Die Tarifvertragsparteien haben mit der Entwicklung dieses bundeseinheitlich geregelten Aufstiegsfortbildungssystems, das den aktuellen beruflichen Anforderungen der Branche gerecht werden wird, einen entscheidenden Beitrag zur Gewinnung des erforderlichen gewerblich-technischen Führungskräftenachwuchses geleistet.

Aus- und Weiterbildung. Berufswettbewerbe.

Auf der Basis der Vereinbarung über die Durchführung der Vorarbeiter- und Werkpolierprüfungen im Baugewerbe vom 1. Juli 2012 hat sich der Ausschuss für Aufstiegsfortbildung konstituiert. Die Geschäftsführung des Ausschusses lag 2012 beim ZDB. Zu den ersten Aufgaben zählten eine Auflistung der in den Bundesländern für die Durchführung der Werkpolierprüfungen eingerichteten Geschäftsstellen, die Festlegung der bundeseinheitlichen Prüfungsgebühren, die Beratung der Aufnahme weiterer Spezialqualifikationen und die Vorbereitung der künftigen statistischen Erfassung der Prüfungen.

Duale Studiengänge

Der Qualifizierung von Schulabgängern weiterführender Schulen dient insbesondere die Förderung dualer Studiengänge durch Erstattungsleistungen der ULAK. Dabei steht die Qualifizierung durch eine Kombination von praktischer Berufsausbildung mit einem Studium an einer Fachhochschule im Vordergrund. Damit erleichtern wir vor allem denjenigen Betrieben, die in der Zielgruppe der Schulabgänger mit Fachhochschul- oder Hochschulreife ihren Nachwuchs für Führungsaufgaben sehen, die Durchführung der Berufsbildung im Rahmen solcher dualer Studiengänge. Immer mehr Fachhochschulen bieten solche bausppezifischen dualen Studiengänge an; überdurchschnittlich sind die Steigerungsraten bei dem Angebot dualer Studiengänge im allgemeinen Ingenieurwesen sowie im Bauingenieurwesen.

Berufswettbewerbe

Zimmerer-Nationalmannschaft holte Gold und Silber bei der Zimmerer-Europameisterschaft 2012 in Stuttgart

Die Zimmerer-Nationalmannschaft von Holzbau Deutschland wurde im Januar 2012 erstmals in der Einzel- und Mannschaftswertung Europameister. Andreas Fichter (20) aus St. Georgen in Baden-Württemberg belegte in der Einzelwertung den ersten Platz, sein Teamkollege York Niklas Petersen (22) aus Flensburg in Schleswig-Holstein wurde Vize-Europameister 2012. Dadurch konnte sich das Team auch den Titel des Europameisters in der Mannschaftswertung sichern. Die Zimmerer-Europameisterschaft fand parallel zur DACH+HOLZ International 2012 vom 31. Januar bis 3. Fe-



Der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Ernst Burgbacher (mitte), gratulierte der Zimmerer-Nationalmannschaft zu ihrem Erfolg.

bruar in Stuttgart statt. Für Deutschland trat eine dreiköpfige Auswahl aus der Zimmerer-Nationalmannschaft an. Neben Fichter und Petersen gehörte Christopher Hauk (21) aus Rettersheim in Bayern dem deutschen EM-Team an und belegte in der Einzelwertung den achten Platz.

Deutsche Meisterschaft in den Bauberufen

67 Gesellen, darunter vier junge Frauen, aus neun bauhandwerklichen Berufen haben am dreitägigen Bundesleistungswettbewerb 2012 des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes teilgenommen und im Berufs- und Technologiezentrum Bau in Kenn bei Trier in Rheinland-Pfalz um Gold, Silber und Bronze gekämpft. Die Teilnehmer hatten sich zuvor als Kammer- und Landessieger für die Deutsche Meisterschaft im Bauhandwerk qualifiziert.



Die besten Junghandwerker im Baugewerbe.

Der 61. Bundesleistungswettbewerb in den bauhandwerklichen Berufen hatte vom 10. bis 12. November 2012 bei Trier unter der Schirmherrschaft von Eveline Lemke, Ministerin für

Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz stattgefunden. Anlässlich der Siegerehrung würdigte die Ministerin das Engagement der Teilnehmer und Teilnehmerinnen: „Handwerkliche Dienstleistungen von guter Qualität und spezielle Arbeiten nach Kundenwunsch kann nur jemand bieten, der gut ausgebildet und eben besser ist als der Durchschnitt. In Zeiten von härterer Konkurrenz ist es besonders lobenswert, wenn sich junge Menschen dem Wettbewerb stellen und sich hierbei durch besonders gute Leistungen auszeichnen.“

Auch ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa zeigte sich von der Leistung des Berufsnachwuchses beeindruckt: „Nur die Besten aus ganz Deutschland können zu diesem Bundesleistungswettbewerb antreten. Sie haben einmal mehr gezeigt, dass das deutsche Baugewerbe für die Zukunft gut aufgestellt ist. Diese jungen Leute sind unsere Zukunft. Auf sie können wir bauen.“

Zweimal Gold für das Baugeweb-Nationalteam bei der EuroSkills 2012

Die Straßenbauer Robin Berger (20) aus dem sächsischen Pockau und Thorben Peper (22), aus Rostock, sind die besten Straßenbauer Europas. Sie setzten sich bei der Berufseuropameisterschaft „EuroSkills 2012“ im belgischen Spa-Franchorchamps gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz durch. In dem dreitägigen Wettbewerb mussten sie auf 70 m² ihr Können unter Beweis stellen.

Robin Berger war im vergangenen Jahr Deutscher Meister geworden. Berger erklärte nach seiner Auszeichnung: „Die Goldmedaille steht für die Leistungsfähigkeit des deutschen Bauhandwerks.“ Für Thorben Peper (deutscher Vize-Meister 2010), bereits Straßenbauermeister, ging mit der Medaille ein Traum in Erfüllung. „Die gesamte EM samt Vorbereitung war eine einmalige Chance für mich und eine tolle Erfahrung!“

Die zweite Goldmedaille für das deutsche Team ging an Björn Bohmfalk, den 21-jährigen Fliesenlegermeister aus Großefehn (Niedersachsen) und Deutscher Meister aus dem Jahr 2010. Bohmfalk bezeichnete die drei Wettbewerbstage auf der Rennstrecke in Spa als „stressig“, war „gerade so fertig geworden“ mit seinen zwei zu fliesenden Wänden, auf der die Formel-1-Rennstrecke dargestellt werden musste. Aber er hatte schlussendlich mit seinem Spitzenergebnis gerechnet.



Das erfolgreiche Nationalteam des Deutschen Baugewerbes bei den EuroSkills 2012 mit den betreuenden Experten. Mit dabei auch ZDB-Vorstandsmitglied Hans-Josef Aretz (stehend 3.v.l.) und Klaus-Dieter Fromm, Delegationsleiter und Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses des ZDB (stehend 2.v.r).

Zwei sehr gute vierte Plätze für das Stuck-Team, Andreas Schenk (20) und Kadir Uzunsakaloglu (23), und den Maurer Sebastian Wichern (20) rundeten den Erfolg des deutschen Baugewerbes ab. Schenk und Uzunsakaloglu kommen aus Baden-Württemberg, aus Ehingen-Altberlingen (Schenk) und Ammerbuch (Uzunsakaloglu) und bereuten trotz des „undankbaren vierten Platzes“ ihre Teilnahme nicht. „Es war einfach toll, dabei gewesen zu sein!“, so beide Stuckateure. Auch Wichern möchte die Tage in Spa nicht missen. „Ich wollte mein Mauerwerk fertig stellen. Das habe ich geschafft!“

Technik.



„Die energetische Gebäudesanierung wird mit keinem Wort im 10-Punkte-Programm des Umweltministers erwähnt, obwohl 40% des Primärenergiebedarfs in Heizung und Warmwasser von Gebäuden fließen. Hier muss der Hebel angesetzt werden.“

Vizepräsident des ZDB Wolfgang Paul
Deutscher Obermeistertag im November 2012

NEUE WOHNUNGEN

210.000



Technik. Bundesfachgruppen.

Technik

Technische Regeln für die Baupraxis

Baunormen und andere technische Regelwerke stellen die Grundlage für den Planungs- und Ausführungsprozess dar. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr dynamisch weiter entwickelt. Hierbei haben die Regelwerke an Zahl, Umfang und Komplexität stark zugenommen. Diese Entwicklung birgt die Gefahr der Überforderung aller Baubeteiligten in sich. Die zunehmend unnötige Komplexität und häufig auch festzustellende Widersprüchlichkeit der Normen erhöht das Risiko von Baumängeln und Bauschäden.

Das Deutsche Baugewerbe fordert deshalb eine stärkere Praxisorientierung der Regelwerke. Die Baunormung muss das Bauen unterstützen anstelle als Damoklesschwert über allen Beteiligten zu hängen. Hierfür ist eine umfangreiche Konsolidierung der Baunormung erforderlich, die alle Baubeteiligten wieder in die Lage versetzt, ihre Leistung mängelfrei zu erstellen. Diese Aufgabe kann nur im Zusammenspiel aller im Bau vertretenen Interessengruppen gelingen. Als erstes positives Signal können die Bemühungen der Initiative „PraxisRegelnBau“ unter Beteiligung des ZDB gewertet werden, die europäische Bemessungsnormen „EUROCODES“ zu konsolidieren.

Die Bundesfachgruppen im ZDB beteiligen sich nicht nur aktiv am Normungsprozess, sondern sind auch Verfasser fachtechnischer Regeln für ihre Gewerke. Diese genießen über das Baugewerbe hinaus in Fachkreisen hohe Anerkennung und gelten als allgemein anerkannte Regeln der Technik. Somit trägt das Deutsche Baugewerbe aktiv zu besseren technischen Rahmenbedingungen für seine Mitgliedsbetriebe bei.

Die Kenntnis des einschlägigen Normenwerks ist für Planer wie auch Bauausführende unverzichtbar. Der ZDB bietet in Kooperation mit dem Beuth-Verlag exklusiv für ZDB-Mitgliedsbetriebe das ZDB-Normenportal online zu sehr günstigen Konditionen an. 600 Regelwerke, die von den technischen Gremien der Bundesfachgruppen im ZDB ausgewählt wurden, stehen exklusiv den ZDB-Mitgliedsbetrieben in stets aktueller Fassung zum Download zur Verfügung.

Energieeinsparverordnung (EnEV)

Eine flächendeckende energetische Gebäudemodernisierung bei einem wirtschaftlich vernünftigen Anforderungsniveau trägt mehr zum Klimaschutz bei, als das Verharren bei einer Modernisierungsquote von unter 1 %. Beim Wohnungsneubau gilt es zu berücksichtigen, dass in vielen Großstädten preiswerter Wohnraum fehlt. Die Gebäudeenergieeffizienz muss daher ohne ein Übermaß an teurer und zudem im Vergleich zur Gebäudehülle kurzlebiger Haustechnik erzielt werden können. Der ZDB setzt sich daher für eine stärkere Berücksichtigung der Wärmedämmung der Gebäudehülle und für eine moderate Erhöhung der Anforderungen im Neubau ein.

Der ZDB hat erreicht, dass im vorliegenden Entwurf der EnEV 2013 auf eine Anhebung der Anforderungen an die Energieeffizienz im Gebäudebestand verzichtet wurde. Die Gebäudeenergieberater HWK sind hervorragend für eine kompetente und unabhängige Gebäudeenergieberatung qualifiziert. Der ZDB setzt sich für eine uneingeschränkte Anerkennung der Gebäudeenergieberater HWK sowohl im Rahmen der KfW-Förderprogramme als auch im Zuge der europäischen Gebäudeenergie-Richtlinie ein.

Nachhaltigkeit durch Ressourcenschonung

Die deutsche Bauwirtschaft hat bereits in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine weitestgehende Kreislaufwirtschaft Bau im Bereich mineralischer Baustoffe aufgebaut. Über 95 % der mineralischen Bauabfälle werden derzeit recycelt oder wiederverwertet. Damit werden aus dem mit Abstand größten Abfallstrom in Deutschland qualitativ hochwertige Recycling-Baustoffe erzeugt, die zu einer entsprechenden Ressourcenschonung beitragen. Auch handwerkliche Bauweisen tragen mit der Verwendung energiearm produzierter oder im Falle von Bauholz sogar klimaverbessernd wirkender Baustoffe zu Klimaschutz und Ressourcenschonung bei.

Impulse für Innovationen

Neben wissenschaftlicher Grundlagenforschung kommt im Bauwesen der wissenschaftlich begleiteten Praxiserprobung neuer Bauprodukte, Bauweisen und Bauverfahren eine große Bedeutung zu. Der ZDB fordert,

die praxisorientierte Bauforschung beispielsweise im Forschungsprogramm des BMVBS „ZukunftBau“ zu verstärken. Dabei sollten innovative Materialien und Techniken wie ultrahochfester Beton, nanotechnologische Baustoffe, RFID-Technologie erprobt und einer breiten Anwendung zugänglich gemacht werden. Der ZDB unterstützt seine Mitgliedsunternehmen bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten und tritt auch selbst als Antragsteller auf. Forschungsprojekte zur Verbesserung der Energieeffizienz technischer Dämmungen und zur Integration von dünn-schichtigen CIS-Photovoltaik-Modulen in Wärmedämmverbundsystemen wurden unlängst erfolgreich abgeschlossen.

Die Bundesfachgruppen

Bundesarbeitsgruppe Hochbau Fachverband Hoch- und Massivbau im Zentralverband Deutsches Baugewerbes



Turnusmäßig trafen sich die Landesfachgruppenleiter und der Vorstand des Fachverbands Hoch- und Massivbau am 10. Februar und 19. Oktober 2012 zu ihren Landesfachgruppenleitersitzungen. Neben den Berichten aus den Arbeitskreisen und technischen Gremien des Fachverbandes standen die Entwicklungen im Normenwesen, Nachhaltigkeit, Baukonjunktur sowie VOB auf der Tagesordnung. Im Bereich Normungswesen wurden, die Gremienbeteiligung neu geordnet. Außerdem wurde mit der Neuwahl von Vorstandsmitgliedern der Generationswechsel im Ehrenamt eingeleitet.

Im **Arbeitskreis Mauerwerksbau** wurden im Rahmen einer Evaluation zum Eurocode 6 durch das DIBt die Ergebnisse der Vergleichsrechnung zwischen EC6 und DIN 1053 diskutiert. Neu kam die Überarbeitung der ATV 18330 Mauerarbeiten hinzu.

Im anderen Baustoff „Beton“ konnte durch Kommentierung und Mitwirkung bei Merkblätterstellung anderer Verbände wie DAfStb und DBV unser Einfluss auch in diesem Bereich ausgebaut werden. So wurden die Arbeiten an der Richtlinie zu Verstärkungen an Betonbauteilen abgeschlossen. Neu hinzu kam die Überarbeitung der ATV 18331 Betonarbeiten.



Seine turnusmäßige Sitzung im Herbst hat der Fachverband Hoch- und Massivbau im ZDB dieses Jahr in München abgehalten. Dabei wurde das langjährige Vorstandsmitglied Rolf Lehnert (m.) für seine Leistungen die Silberne Verdienstmedaille des ZDB vom Vorsitzenden Thomas Sander (links) im Beisein von ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa überreicht.

Der **Arbeitskreis Technik und VOB-Abrechnung** hat sich im Jahr 2012 zwei Mal getroffen. Er hat insbesondere VOB-Auslegungen besprochen und sich über das Thema „Gerüste als Nebenleistung oder besondere Leistung“ ausgetauscht. Zusätzlich hat sich der AK Technik und VOB-Abrechnung mit folgenden Inhalten befasst:

- RAL-Gütezeichen Fassadenbefestigungstechnik
- DIN 18014 Fundamententender
- Entwurf DIN 4109 Teil 1
- Bauaufsichtliche Einführung der Eurocodes zum 01.07.2012

Der **Arbeitskreis Aus- und Weiterbildung** hatte sich mit Kommentierungen u.a. zu folgenden Inhalten befasst:

- Fortbildungsregelungen für Gesellen im Bereich der Restaurierungsarbeiten
- MPVO Holz- und Bautenschutz
- Rahmenpläne Hochbau Bereich Aufstiegsfortbildung
- Neuordnungsverfahren für den Beruf Klempner
- Neuordnungsverfahren für den Beruf Maler

Technik. Bundesfachgruppen.

Bundesfachgruppe Feuerungs- und Schornsteinbau



Tagungen der Bundesfachgruppe

Gemeinsam mit der Bundesfachabteilung Feuerfest- und Schornsteinbau des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie wurden 2012 zwei gut

besuchte Tagungen durchgeführt. Thematischer Schwerpunkt der Frühjahrstagung war der demografische Wandel und dessen Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Im Rahmen der Herbsttagung wurde insbesondere über die betriebsärztliche Betreuung durch den arbeitsmedizinisch-sicherheitstechnischen Dienst (ASD) der BG BAU diskutiert. Dabei ging es vor allem um die Bedeutung der DGUV Vorschrift 2 für die Betriebe des feuerungstechnischen Gewerbes.



Anlässlich der gemeinsamen Herbsttagung fand die turnusgemäße Neuwahl des Vorstandes der Bundesfachgruppe Feuerungs-, Schornstein- und Industrieofenbau statt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder, die Herren Niebler (Bremen), Horn (Nordbaden) und Wuschek (Bayern) sowie der Vorsitzende Schweida (Bayern) haben sich erneut zur Wahl gestellt und wurden einstimmig wiedergewählt. Neu im Vorstand ist Herr Gleser (Saarland) als Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn Blandfort. (V. l.: Herren Niebler, Horn, Wuschek, Schweida (Vors.), Gleser, Wohlfeil)

Tarifverhandlungen

Nachdem im Rahmen der Tarifrunde 2011 eine Einigung mit der IG BAU über den Neuausschluss des von der Arbeitgeberseite gekündigten Tarifvertrages für das feuerungstechnische Gewerbe nicht möglich war, konnten die Verhandlungen im Herbst 2012 zu einem Abschluss gebracht werden. Hierbei hat die Arbeitgeberseite ihr vorrangiges Verhandlungsziel, die Absenkung der sog. Feuerungs-

bauzuschläge, durchgesetzt. Zum Zeitpunkt der nächsten Tariflohnerhöhung werden die Feuerungsbauzuschläge pauschal um 0,35 €/Std. verringert. In den maßgeblichen Lohngruppen 4 (Feuerungsbauer) und 6 (Werkpoliere) entspricht dies einer Reduzierung um 50 %. Das Verhandlungsergebnis sieht zudem Änderungen bei den Erschwerniszuschlägen, den Fahrtkosten und der Auslösung vor.

Verbändevereinbarung

Die in 2011 abgeschlossene Verbändevereinbarung mit dem Schornstiefeger-Handwerk konnte im Laufe des Jahres 2012 mit Leben erfüllt werden. Diese Vereinbarung war notwendig geworden, nachdem immer mehr Schornstiefeger bei den Handwerkskammern auf der Grundlage von § 7a HWO mit der Teiltätigkeit „Feuerungs- und Schornsteinbau“ eingetragen wurden und den Kamin- und Hausschornsteinbauern erhebliche Konkurrenz entstand. Die Verbändevereinbarung regelt nunmehr, welche fachlichen Qualifikationsanforderungen (Schulung und Prüfung) für eine solche Eintragung maßgeblich sein sollen, um ein bundeseinheitliches Verfahren bei den Handwerkskammern zu ermöglichen. Die Vereinbarung regelt weiterhin, dass bestimmte Tätigkeiten, wie z.B. die Neuerstellung von Abgasanlagen und die Arbeit an Industrieschornsteinen, generell nicht von den Schornstiefegern durchgeführt werden dürfen.

Bundesfachgruppe Betonwerkstein, Fertigteile, Terrazzo und Naturstein



Im Bereich der Technik ist der Betonwerksteinkalender als Nachschlagewerk und Argumentationshilfe für die Beratung und für Sachverständige mit neuesten technischen Vorschriften und Regeln auch 2012 wieder überarbeitet.

Die Bundesfachgruppe hat in 2012 die Merkblätter „geschliffene zementgebundene Betonböden“ und „Emicode“ aktuell überarbeitet und herausgegeben. Weiter wurde das Merkblatt „Montage von Fertigteilen“ erarbeitet und veröffentlicht. Ein umfassendes Merkblatt „Treppenkompass“ ist erarbeitet und veröffentlicht worden.

In folgenden Arbeitskreisen laufen die Arbeiten kontinuierlich weiter: Textilbetonwerkstein, Qualitätssicherung Betonböden, Denkmalpflege, Bund Güteschutz.

Im Bereich der 2012 veröffentlichten ATV 18333 „Betonwerksteinarbeiten“, wurden die Mitgliedsbetriebe auch in 2012 umfangreich beraten, da umfassende inhaltliche Änderungen bei der ATV vorgenommen wurden. Die DIN 18516-5 „Außenwandbekleidungen, hinterlüftet, Teil 5: Betonwerkstein; Anforderungen, Bemessung“ wurde in einem zweiten Gelbdruck veröffentlicht. Weiter ist für 2013 die Herausgabe eines Merkblatts zur Thematik geplant.

Beim Verein Ehemaliger Ulmer Meisterschüler (VUM) ist hervorzuheben, dass sich sowohl die Internetpräsenz unter www.vum-beton.de als auch die Mitgliederinformation „Info-Blatt VUM“ großer Beliebtheit bei den Mitgliedern erfreuen. Hervorragende Meisterstücke werden wie jedes Jahr durch den VUM prämiert. Darüber hinaus kann der VUM kontinuierlich steigende Mitgliederzahlen verzeichnen.

In Zusammenarbeit mit der Informationsgemeinschaft Betonwerkstein info-b wurde die Hochglanzbroschüre „Vielseitigkeit mit Betonwerkstein – Betonwerkstein- und Sichtbetonfassaden“ in 2012 veröffentlicht. Die Broschüre „Haus und Garten – Gestalten mit Stein“ ist in Überarbeitung und wird voraussichtlich in 2013 veröffentlicht. Mit eigenen Präsentationen wurde auf der Deubau Essen, Betonwerksteintage International, BetonTage und auf der Nordbau für den Baustoff Betonwerkstein geworben.

Bundesfachgruppe Estrich und Belag



Die Bundesfachgruppe hat 2012 ein neues, eigenes Logo erarbeitet und beschlossen.

Auf Wunsch des Hauptausschuss Hochbau im DVA sollte der Punkt Abrechnung in der ATV DIN 18353 „Estricharbeiten“ „formalisiert“ bzw. überarbeitet werden – wie im Übrigen für alle anderen ATV`en auch. In einer umfangreichen Überprüfung wurde festgestellt, dass die ATV

derzeit diesbezüglich keiner Überarbeitung bedarf. Das überarbeitete Handbuch für das Estrich- und Belagsgewerbe erzielt nach wie vor hohe Abrufzahlen.

Weiter ist zu berichten, dass eine sog. Kurzhandlungshilfe zur Erstellung und Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung für Kleinbetriebe des Estrich- und Belagsgewerbes unter Mitarbeit der Bundesfachgruppe durch die BG-Bau in 2012 erstellt wurde.

Wie schon berichtet werden konnte, wurde für das Estrich- und Belagsgewerbe von der Bundesfachgruppe in Zusammenarbeit mit der BG-Bau der Flyer „Estrichleger – so bleiben Sie gesund“ erstellt. Im Flyer sind zu bestimmten Tätigkeiten empfehlenswerte sog. best-practice-Lösungen aufgeführt. Auch ist zu berichten, dass die Bundesfachgruppe im Gesprächskreis Staubminderung mitarbeitet. Derzeitige Themenschwerpunkte sind staubarme Systeme (Maschinen mit Entstaubern), Verwendung von staubarmen Produkten, Sack- und Siloware, Luftreiniger.

Erste Gespräche zu einer neuen Qualifikation „Vorarbeiter“ im Estrich- und Belagsgewerbe nach der Prüfungsordnung für Vorarbeiter im Baugewerbe haben stattgefunden. Es ist Einvernehmlichkeit darüber erzielt worden, den Vorarbeiter im Estrich- und Belagsgewerbe zu initiieren. Die diesbezüglichen Arbeiten werden in 2013 fortgesetzt.

Die Bundesfachgruppe hat eine umfangreiche Liste Stichworte zum Estrich- und Belagsgewerbe erarbeitet. Diese werden in die Datenbank des Zentralverband des Deutschen Handwerks übernommen, um Sachverständige besser finden zu können. So soll die Zuordnung bestimmter Tätigkeiten und Begriffe zu den jeweiligen Handwerken erleichtert werden.

Gemeinschaftstagung Estrich und Parkett

Am 12. Mai 2012 fand in Kiel die Gemeinschaftstagung Estrich und Parkett 2012 statt. Im Mittelpunkt der Fachvorträge standen vorwiegend technische, betriebswirtschaftliche und umweltschutzrelevante Themen.

Technik. Bundesfachgruppen.

Bundeschfachgruppe Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerk

Fachverband Fliesen und Naturstein im Zentralverband Deutsches Baugewerbe



Tarifpolitik

Der Fachverband Fliesen und Naturstein (FFN) hat weiter an einer einheitlichen Version der Vorbedingungen des Akkordtarifvertrages gearbeitet. Die zunächst von einigen Mitgliedsunternehmen in Eigeninitiative ermittelten „Zeitvorgaben für Fliesenarbeiten im Dünnbettverfahren“ wurden in der Liste „Auswertung von Zeitanätzen für Fliesenarbeiten“ zusammengefasst. Sie dienen den Unternehmen als praxisnahe und fachtaugliche Kalkulationshilfe.

Aus- und Weiterbildung

Der Berufsbildungsausschuss des FFN arbeitete auch in 2012 an der Verbesserung der Berufsausbildung. Auf der Grundlage der im Positions- und Strategiepapier aufgestellten Forderungen hat der Ausschuss ein Qualifizierungsprogramm mit verschiedenen Schulungsschwerpunkten geschaffen, das die Ausbildung stärkt. Damit auch künftig qualifizierte Mitarbeiter in den Betrieben sind, muss die Ausbildung gestärkt und um Nachwuchs gewonnen werden. Der Wert des Meisterbriefes und der Ausbildung zum Gesellen wird betont und innerhalb des Handwerks sowie gegenüber den Bauherren kommuniziert.

Öffentlichkeitsarbeit

Der FFN hat im Oktober 2012 ein Positions- und Strategiepapier beschlossen. Ziel dieses Maßnahmenkatalogs ist die Herausstellung der Stärken und Potentiale der Innungs- und Meisterbetriebe. Dazu wird, neben einem Qualifizierungsprogramm, der Stärkung der Ausbildung auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ausgeweitet.

Neugliederung der Abdichtungsnormung

An der Neuherausgabe der Abdichtungsnorm hat der FFN intensiv mitgearbeitet. Insbesondere hat er sich für die Neuaufnahme von Produktgruppen/Bauweisen erfolgreich eingesetzt, die überwiegend von Unternehmen des Hochbaus oder Ausbaus verarbeitet werden. Diese Produkte werden zum Teil schon über Jahrzehnte z. B. in häuslichen Badezimmern oder zur Abdichtung von Kellern im Ein- oder

Mehrfamilienhausbau eingesetzt. Die normative Erfassung dieser Produktgruppen/Bauweisen trägt im Wesentlichen mit dazu bei, die Rechtssicherheit bezüglich der Anwendung der Produkte zu erhöhen, ohne eine oftmals problematische Abweichung von den allgemein anerkannten Regeln der Technik (a. a. R. d. T.) mit vereinbaren zu müssen.

Bundeschfachgruppe Holzbau und Ausbau

Holzbau Deutschland, Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband Deutsches Baugewerbe



Im Jahr 2012 veröffentlichte Holzbau Deutschland zwei Merkblätter. Das Merkblatt „Abgasanlagen“ behandelt die notwendigen Abstände von Holzbauteilen zu Abgasanlagen für Feuerstätten für feste

Brennstoffe, bei denen die Bauteile zur Abführung von Verbrennungsprodukten aus Metall oder mineralischen Baustoffen bestehen. Das Merkblatt „CE-Kennzeichnung von Bauschnittholz für tragende Zwecke“ ist eine Ergänzung der bisherigen Merkblätter „CE-Kennzeichnung im Holzbau“, „DIN 4074 – Visuelle Sortierung von Holz nach der Tragfähigkeit“, „Begriffe und Klassifizierung“ und „Wareneingangskontrolle von Bauschnittholz“. Das Merkblatt behandelt die geltenden Kriterien der CE-Kennzeichen für Bauschnittholz für tragende Zwecke nach der DIN EN 14081-1.

Normungsarbeit

Im Jahr 2012 arbeitete Holzbau Deutschland besonders aktiv in verschiedenen Normungsgremien mit und hat am Praxiskommentar zur DIN 68800 Teile 1 bis 4 mitgearbeitet, der vom Beuth-Verlag veröffentlicht wird.

Zimmermeister modernisieren.de

Die Kampagne „Modernisieren – natürlich mit Holz“ wurde zusammen mit den Leistungspartnern von Holzbau Deutschland fortgesetzt, um private Bauherren über die Potenziale des Baustoffes Holz zu informieren. Die Internetseite www.zimmermeister-modernisieren.de wurde um weitere Bautagebücher ergänzt und wie gehabt durch google-Adwords-Anzeigen sowie Presseberichte beworben. Den Holzbaubetrieben wurden erneut

zahlreiche Marketinginstrumente (Faltblätter, Präsentationen und Aufkleber u. a.) zur Verfügung gestellt.

Berufsbildung

In der Berufsbildung zeigt die „Offensive Aufstiegsqualifizierung“ erste Ergebnisse. Sie wurde im Herbst 2010 gestartet, um die Qualität der Ausbildung im Zimmererhandwerk zu sichern und Nachwuchskräften eine interessante Berufskarriere im Holzbau zu ermöglichen. Die Offensive umfasst vier Maßnahmen:

1. verbandseigene Qualifikationen anerkannt von Holzbau Deutschland: die ersten Anerkennungsurkunden für Meister, Werkpoliere und gepr. Poliere wurden ausgestellt.
2. Anerkennung von Bildungseinrichtungen im Zimmererhandwerk durch Holzbau Deutschland: drei Meisterschulen wurden bislang zertifiziert.
3. Aufgabensammlung für die Meisterprüfung im Zimmererhandwerk: Die Aufgabensammlung wurde erarbeitet und abgestimmt.
4. Unterstützung von Meisterschülern und Meisterschulen.

Zimmerer-Nationalmannschaft

Mit der Zimmerer-Nationalmannschaft wurde weiterhin die Nachwuchswerbung für den Holzbau unterstützt. Der erstmalige Titelgewinn in der Einzel- und Mannschaftswertung bei der Zimmerer-Europameisterschaft 2012 führte erneut zu einer starken medialen Aufmerksamkeit. Der Facebook-Auftritt erfreute sich weiterhin großer Beliebtheit.

Bundesfachgruppe Putz, Stuck, Trockenbau

Bundesverband Ausbau und Fassade im Zentralverband Deutsches Baugewerbe



Qualifizierung Schimmelpilzsanierung

Das Umweltbundesamt (UBA) initiierte einen Qualifizierungslehrgang für Unternehmen, die in der Schimmelpilzsanierung tätig sind. Der Arbeitskreis Berufsbildung regte an, dass auf dieser Basis eine Qualifikation von ausführenden Unternehmen erarbeitet werden soll, die Maßnahmen zu Schimmelpilzbeseitigung oder -bekämpfung durchführen, die auf dem verkürzten Lehrgang

beruht, den das Stuckateurhandwerk bereits seit drei Jahren erfolgreich durchführt. Die Qualifikation der Teilnehmer an diesen Bundesverband Ausbau und Fassade (BAF) Fortbildungsmaßnahmen sollte bei der Einführung der UBA- Fortbildung anerkannt werden. Bereits qualifizierte Betriebe sollen eine entsprechende Qualifizierung/Anerkennung erhalten. Zu klären bleibt, inwieweit diese Qualifizierung verpflichtend ist und von Auftraggebern/offenen Stellen gefordert werden kann.

ECOLA 2012 / Wettbewerb und Konferenz vom 4. bis 6. Oktober 2012 in Kroatien

ECOLA verknüpft einen internationalen Architekturwettbewerb und eine Konferenz rund um den Werkstoff Putz. Wettbewerb und Konferenz gingen aus dem im Jahr 2000 in Deutschland begründeten „Bundesdeutschen Architekturpreis Putz“ hervor. Auslöser damals wie heute sind der Bundesverband Ausbau und Fassade im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und die Sto AG. Der alle zwei Jahre durchgeführte Nominierungswettbewerb würdigt Einzelprojekte oder städtebauliche Gesamtkonzepte, die den Werkstoff Putz als Architektur prägendes Element einsetzen. Auf der ECOLA Konferenz kreisen Referate, Workshops, die jeweilige Preisverleihung sowie Pressetermine um das Thema „Architektur und Putz“.

19 Nominierungspreisrichter haben 140 Projekte aus 13 Ländern benannt. Die nominierten Projekte, aus denen eine international besetzte Jury zwei Sieger, zwei Preise für CO₂-optimiertes Bauen und eine lobende Erwähnung wählen, verteilen sich zu gleichen Teilen auf zwei Kategorien:

- Neubauten oder städtebauliche Konzepte, die durch den Werkstoff Putz geprägt sind und
- Sanierungen, Umnutzungen oder denkmal-schützerische Projekte, die dem bewussten Umgang mit dem Werkstoff Putz verpflichtet sind.

Technik. Bundesfachgruppen.

Bundeschfachgruppe Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutz



Folgende Fachinformationen haben die Bundeschfachgruppe und die Fördergemeinschaft Dämmtechnik in 2012 herausgegeben:

- „Energieeinsparverordnung (EnEV) – Was muss der Isolierer beachten!“
- „Technische Hinweise für die Ausführung und Abrechnung von Dämmarbeiten nach ATV DIN 18421“
- „Mit der neuen Richtlinie VDI 4610 – Kosten im Griff halten und Ressourcen schonen!“

Das PUR-Handbuch wurde in bewährter Art auch in 2012 jährlich aktuell überarbeitet und veröffentlicht. Gleichfalls erfreut sich das Berechnungsprogramm dämmcalc plus und die überarbeitete Auflage des Handbuchs für Isoliertechnik nach wie vor reger Nachfrage. Weiter entsteht ein umfassendes Ausbildungshandbuch. Zielgruppen sind neben den Auszubildenden die Berufsschullehrer und Ausbildungsmeister in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Auch wurde ein neuer Präsentationsflyer der Bundeschfachgruppe veröffentlicht.

Die Internet-Plattform www.wks-meister.de, die der gegenseitigen Kommunikation für die Ausbildungsmeister der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und der Berufsschullehrer dient, wurde fortentwickelt.

Mit der Überarbeitung der sog. Bibel der Isolierer, der DIN 4140 „Dämmarbeiten an betriebstechnischen Anlagen“ ist bereits Ende 2010 im zuständigen NA-Bau-Arbeitsausschuss begonnen worden, wobei die Arbeiten in 2011 - 2012 mit großem Aufwand weiterbetrieben wurden. Der Normenentwurf steht damit zur Veröffentlichung an.

Im VDI wurde im Richtlinienausschuss VDI 4610 „Energieeffizienz betriebstechnischer Anlagen“ weiter gearbeitet, so dass dieser im Dezember 2012 als sog. Gründruck veröffentlicht wurde. Auch die Arbeit bei der VDI 2055 „Wärme- und Kälteschutz für betriebs- und haustechnische Anlagen - Berechnungen, Gewährleistungen, Mess- und Prüfverfahren, Gütesicherung, Lieferbedingungen“ sowie die

Arbeit im AGI-Arbeitskreis für die Q-Arbeitsblätter laufen kontinuierlich.

Mit der Überarbeitung der ATV DIN 18421 „Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen“ ist in 2012 dahingehend begonnen worden, dass auf Wunsch des Hauptausschusses Hochbau im DVA der Punkt Abrechnung „formalisiert“ werden soll – wie im Übrigen für alle anderen ATV`en auch.

Auch sind in 2012 die VOB-Musterbriefe fertig gestellt worden. Den WKS-Mitgliedsbetrieben ist je eine CD-ROM kostenlos zur Verfügung gestellt worden. Das Internet-Service- und Informations-Portal www.isoliertechnik.de für die gesamte Isolierbranche wurde erweitert und erfreut sich nach wie vor hoher Zugriffszahlen.

Für die Klimaschutzkampagne KSK wurde die Internetpräsentation www.klimaschutz.ag komplett neu programmiert und inhaltlich überarbeitet. Der Leitfaden zur Prüfung und Bewertung von Dämmungen an Rohrleitungen und Armaturen im Rahmen der Feuerstättenschau für die Schornsteinfeger wurde ebenfalls in 2012 fertig gestellt und veröffentlicht.

Bundeschfachgruppe Straßenbau Straßen- und Tiefbaugewerbe im Zentralverband Deutsches Baugewerbe Faire Wettbewerbsbedingungen



Die Bundeschfachgruppe Straßen- und Tiefbau setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen ein. Hierzu zählt die Ausschreibung in Fach- und Teillosen. Die sog. A-Modelle im Bundesfernstraßenbau werden vom Deutschen Straßen- und Tiefbaugewerbe wegen der Überdimensionierung der Losgrößen sowie des großen Aufwands der Angebotsbearbeitung als ausgesprochen mittelstandsfeindlich abgelehnt. Die Bundeschfachgruppe setzt sich wegen der hohen Volatilität der Bitumenpreise für eine Bitumenpreisgleitklausel ein.

Technikpolitik

Praxisgerechte technische Regelwerke sind für das Straßen- und Tiefbaugewerbe von größter Bedeutung. Die Bundeschfachgruppe wirkt im Hauptausschuss Tiefbau des DVA, in zahl-

reichen Arbeitsausschüssen des DIN, des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfachs (DVGW) und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) mit. In Vorstand und zahlreichen Arbeitsgremien des bedeutendsten Regelwerksetzers für den Bereich Straßenbau, der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV), ist die Bundesfachgruppe ebenfalls vertreten. Aktuell hat die Bundesfachgruppe ihre Bedenken gegen das sog. Microtrenching zur Verlegung von Glasfaserkabeln im Straßenoberbau geltend gemacht.

Fort- und Weiterbildung

Am 23./24. November 2012 veranstaltete der Fachbereich Verkehrswegebau im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes in Hannover das 20. Sachverständigenseminar Straßen- und Tiefbau. Die Themenpalette reichte von Pflasterbelegen aus Naturstein über die Vorstellung der neuen DIN 4124 „Baugruben und Gräben“ bis hin zu Stolpersteinen im Vergabe-recht. Die Aktualität der Themen wurde durch die rege Diskussion bestätigt.

Frühjahrs- und Herbsttagung

Die Frühjahrstagung fand am 3. und 4. Mai 2012 in der Bayerischen Bauakademie Feuchtwangen statt. Themenschwerpunkte waren alternative Finanzierungsmodelle für den kommunalen Straßenbau sowie die Erteilung von Schwertransportgenehmigungen für das Umsetzen von Großgeräten. Im Rahmen der Herbsttagung am 27.11.2012 in Berlin wurden schwerpunktmäßig die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, die Berufsweltmeisterschaft WorldSkills und die Qualitätssicherung bei sog. Flüssigböden als Verfüllbaustoffe im Erdbau diskutiert.

Bundesfachgruppe Brunnenbau, Spezialtiefbau und Geothermie

Die Bundesfachgruppe Brunnenbau, Spezialtiefbau und Geotechnik



Ausnahmebewilligungsverfahren im Brunnenbauerhandwerk

Der Berufsbildungsausschuss der Bundesfachgruppe hat „Empfehlungen für die Überprüfung im Aufnahmebewilligungsverfahren zur Feststellung der meisterlichen Fertigkeiten

und Kenntnisse für das Brunnenbauerhandwerk“ erarbeitet. Eine eigens eingerichtete Kommission soll zukünftig in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern die Sachkundeprüfung durchführen.

Berufsbildung

Die Bundesfachgruppe hat im Rahmen ihrer Frühjahrstagung über die Berufsqualifikationen zum Vorarbeiter und zum Werkpolier Geothermie beraten. Aufgrund der gewerkeübergreifenden Struktur orientiert sich der Rahmenlehrplan an dem des Tiefbaus, wobei ergänzende Anforderungen der Geothermie abgebildet werden. Des Weiteren ist die Bundesfachgruppe im Prüfungsausschuss der DGGT zur Fachkraft nach DIN EN ISO 224785-1 „Geotechnische Erkundung und Untersuchung – Probenentnahmeverfahren und Grundwassermessungen – Teil 1: Technische Grundlagen der Ausführung“ vertreten.

EnEV 2012 – Verstärkte Geothermienutzung notwendig

Der vorliegende Entwurf der EnEV 2012 sieht im Neubaubereich eine weitere Absenkung des zulässigen Primärenergieverbrauchs vor. Dies bedeutet neben einer hoch wärmege-dämmten Gebäudehülle auch die zunehmende Nutzung alternativer Energien wie der Geothermienutzung als umweltfreundlicher und quasi regenerierbarer Energiequelle.

Fachkraft Erneuerbare Energien

Aufgrund einer EU-Richtlinie sowie des notwendigen Ausbaus erneuerbarer Energien besteht Bedarf an Schulungsmöglichkeiten für Beschäftigte in diesem Bereich. Auf Betreiben der Bundesfachgruppe soll nunmehr unter Federführung des ZDH eine Weiterbildung zur „Fachkraft Erneuerbare Energien“ mit Schwerpunkt Geothermie angeboten werden.

Geprüfter Führer von Kleinbohrgeräten

Auf Betreiben der Bundesfachgruppe wird eine auf die Bereiche Brunnenbau und Geothermie abgestimmte Fortbildung zum geprüften Führer von Kleinbohrgeräten von der Bildungseinrichtung ZUMBau angeboten werden.

Daten und Fakten.

MITGLIEDSBETRIEBE

35.000





„Das deutsche Baugewerbe überzeugt täglich mit guter Arbeit. Ob beim Energiekonzept, für eine mittelstandsfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik oder zur Stärkung mittelständischer Unternehmen im vereinten Europa – der ZDB hat 2012 von sich hören lassen.“

Hauptgeschäftsführer des ZDB Felix Pakleppa
im Januar 2013

34 Mitgliedsverbände des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes

Vorstand

Präsident: Dr.-Ing. H.-H. Loewenstein
Vizepräsidenten: Dipl.-Kfm. F. Dupré, Dipl.-Kfm. W. Derwald, Dipl.-Ing. (FH) W. Paul
Vorstandsmitglieder: Fliesenlegermeister H.-J. Aretz, Dipl.-Math. Stuckateurmeister J. G. Hilger, Dipl.-Ing. (FH) U. Huth, Dipl.-Ing. R. Lorenz, Dipl.-Ing. U. Nostitz, Maurermeister R. Otto, Dipl.-Ing. F. Peteranderl, Dipl.-Ing. Th. Sander, Dipl.-Ing. H.-G. Stutz, Dipl.-Wirt.-Ing. Ch. Frölich (kooptiert), Dipl.-Ing. Laura Lammel (kooptiert),

Ausschüsse

Wirtschafts- und Rechtspolitik

Vors.: Dipl.-Kfm. W. Derwald
 GF: Dr. A. Geyer

Sozial- und Tarifpolitik

Vors.: Dipl.-Kfm. F. Dupré
 GF: RA H. Schröer

Berufsbildung

Vors.: Stuckateurmeister
 K.-D. Fromm
 GF: Dr. C. Vater

Betriebswirtschaft

Vors.: Dipl.-Ing. K.-H. Brömer
 GF: Dr. A. Geyer

Baumaschinen und Geräte

Vors.: Dipl.-Ing. (FH) H. Stiglocher
 GF: AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid

Umwelt und Technik

Vors.: Dipl.-Ing. (FH) W. Paul
 GF: Dipl.-Ing. M. Heide

Auslandsbau

Vors.: Dipl.-Ing. U. Klein
 GF: N.N.

Hauptgeschäftsführung

RA F. Pakleppa (-405)
 Hauptgeschäftsführer

Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit

Dr. I. K. Klein (-409)
 Dipl.-Kffr. C. Hollube (-449)

Wirtschaft

Dr. A. Geyer (-456)
 Hauptabteilungsleiter

Sozial- und Tarifpolitik

RA H. Schröer (-504)
 Stv. Hauptgeschäftsführer

Unternehmensentwicklung

Dipl.-Ing. M. Heide (-555)
 Geschäftsführer

Betriebswirtschaft, EDV

Dipl.-Kffr. R. Maruska
 (-404)

Sozial- u. Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Berufsbildung

RAin K. Kandaouroff (-502)
 Dr. C. Vater (-514)
 RA J. Wohlfeil (-509)

Technikpolitik

AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid (-547)
 Dipl.-Ing. S. Geruschka (-553)
 Dipl.-Ing. (FH) R. Glauner (-534)
 Dipl.-Ing. R. Kabelitz-Ciré (-536)
 Dipl.-Ing. D. Kuhlenkamp (-540)
 Dipl.-Ing. D. Ostendorf (-551)
 Dipl.-W.-Ing. R. Voos (-523)
 Dipl.-Ing. G. Winkler (-120)

Gesellschaft zur Förderung des Deutschen Baugewerbes mbH

GF: RA F. Pakleppa
 C. Arndt

Zentralverband Deutsches Baugewerbe

Postfach 080352
 10003 Berlin
 Kronenstraße 55-58
 10117 Berlin
 Telefon 030 20314-0
 Telefax 030 20314-419
 E-Mail bau@zdb.de
 www.zdb.de

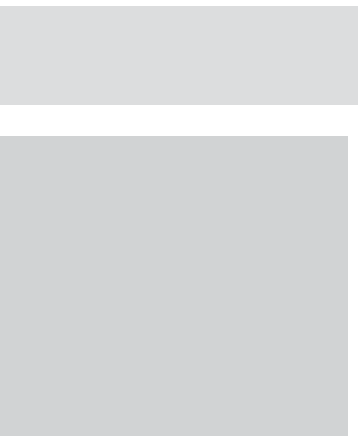
Bundesvereinigung Bauwirtschaft

GF: RA F. Pakleppa

Vereinigung Junger Bauunternehmer

Vors.: Dipl.-Ing. Ch. Frölich
 GF: Dr. I. K. Klein

Daten und Fakten. Organigramm.



Finanz- und Rechnungswesen/ Personalverwaltung
C. Arndt (-451)

Recht
RA Dr. Ph. Mesenburg (-436)
Hauptabteilungsleiter

Bau-, Vergabe-, Wirtschafts- und Steuerrecht
RA K. Bissinger (-440)
RAin B. Rosset (-438)

Informationsstelle für Unternehmensführung im Handwerk
AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid (-547)
Dipl.-Ing. S. Gerschka (-553)
Dr. A. Geyer (-456)
Dipl.-Kffr. R. Maruska (-404)
RAin B. Rosset (-438)
Dipl.-W.-Ing. R. Voos (-523)

Bundesfachgruppen	
<p>Fachbereich Hochbau Vors.: Dipl.-Ing. Th. Sander GF: Dipl.-Ing. D. Ostendorf</p>	<p>Feuerungs-, Schornstein- und Industrieofenbau Vors.: Dipl.-Ing. W. Schweida GF: RA J. Wohlfeil</p> <p>Hochbau Vors.: Dipl.-Ing. Th. Sander GF: Dipl.-Ing. D. Ostendorf</p> <p>Holzbau und Ausbau Vors.: Dipl.-Ing. U. Huth GF: Dipl.-Ing. R. Kabelitz-Ciré</p>
<p>Fachbereich Ausbau Vors.: Fliesenlegermeister H.-J. Aretz GF: Dipl. Wirtsch.-Ing. R. Voos</p>	<p>Betonwerkstein, Fertigteile, Terrazzo und Naturstein Vors.: Dipl.-Ing. W. Reinhardt GF: Dipl.-Ing. D. Ostendorf</p> <p>Estrich und Belag Vors.: Estrichlegermeister B. Abert GF: AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid</p> <p>Fliesen- und Plattenverlegewerbe Vors.: Fliesenlegermeister H.-J. Aretz GF: Dipl. Wirtsch.-Ing. R. Voos</p> <p>Holzbau und Ausbau Vorstandsmitglied: Peter Aicher GF: Dipl.-Ing. R. Kabelitz-Ciré</p> <p>Stuck - Putz - Trockenbau Vors.: Dipl.-Math. Stuckateurmeister J. G. Hilger GF: Dipl. Wirtsch.-Ing. R. Voos</p> <p>Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutz Vors.: Isoliermeister P. Baum GF: AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid</p>
<p>Fachbereich Verkehrswegebau Vors.: Dipl.-Ing. (FH) W. Paul GF: Dipl.-Ing. M. Heide (komm.)</p>	<p>Straßen- und Tiefbau Vors.: Dipl.-Ing. F. Keren GF: Dipl.-Ing. M. Heide (komm.)</p> <p>Brunnenbau, Spezialtiefbau und Geotechnik Vors.: Brunnenbauermeisterin E. Fluhme GF: Dipl.-Ing. M. Heide (komm.)</p>

Daten und Fakten. Vorstand.

Ehrenpräsident

**Dipl.-Ing.
Fritz Eichbauer**
Eichbauer Bauunternehmung
Postfach 80 05 49
81605 München
Tel. 089 993-116
Fax 089 993 -11899
postmaster@eichbauer.com

Schatzmeister

**Dipl.- Kfm.
Walter Derwald**
DERWALD GmbH & Co. KG
Burgweg 56
44145 Dortmund
Tel. 0231 8407-0
Fax 0231 813258
info@derwald.de

Präsident

**Dr.-Ing.
Hans-Hartwig Loewenstein**
Erich-Kästner-Str. 11
63303 Dreieich
Tel. 06103 63312
Fax 06103 697153
hhlwst@t-online.de

Mitglieder

**Fliesenlegermeister
Hans-Josef Aretz**
52511 Geilenkirchen
Tel. 02451 90333-0
Fax 02451 90333-33
info@aretz.net

Vizepräsidenten

**Dipl.-Kfm.
Frank Dupré**
C. Dupré Bau GmbH & Co. KG
Franz-Kirmeier-Str. 17
67346 Speyer
Tel. 06232 71061
Fax 06232 71066
wb@cdupre.de

**Dipl.-Math. Stuckateurmeister
Jürgen G. Hilger**
Finkenplatz 20
50735 Köln
Tel. 0221 7124496
Fax 0221 7124498
j.g.hilger@t-online.de

**Dipl.- Kfm.
Walter Derwald**
DERWALD GmbH & Co. KG
Postfach 10 08 42
44008 Dortmund
Tel. 0231 8407-0
Fax 0231 813258
info@derwald.de

**Dipl.- Ing. (FH)
Ullrich Huth**
Ullrich Huth Holzbau Dachbau Hausbau
Mauritiusstraße 48 - 50
55232 Alzey
Tel. 06731 7639
Fax 06731 44431
kontakt@ullrich-huth.de

**Dipl.-Ing. (FH)
Wolfgang Paul**
Ginsterhalde 25
71554 Weissach im Tal
Tel. 0171 3604747
w.e.paul@icloud.com

**Dipl.-Ing.
Rainer Lorenz**
Lorenz Bauunternehmen GmbH
Bogenstraße 12
30165 Hannover
Tel. 0511 93932-0
Fax 0511 9359291
rainer.lorenz@lo-bau.de

Dipl.-Ing.**Uwe Nostitz**

Nostitz & Partner
Bauunternehmung GmbH
Bautzener Straße 98
02692 Großpostwitz/OT Ebendörfel
Tel. 03591 35197-0
Fax 03591 35197-9
info@nostitz-bau.de

Maurermeister**Rüdiger Otto**

A. Otto & Sohn GmbH & Co. KG
Stixchesstraße 184
51377 Leverkusen
Tel. 0214 8750-0
Fax 0214 8750-20
info@ottobau.de

Dipl.- Ing.**Franz Xaver Peteranderl**

F. X. Peteranderl GmbH
Schleißheimer Straße 84
85748 Garching
Tel. 089 3202003
Fax 089 3207517
info@peteranderl-bau.de

Dipl.-Ing.**Thomas Sander**

Heinz Sander-Bau GmbH
Bei der Neuen Münze 11
22145 Hamburg
Tel. 040 210072-0
Fax 040 210072-18
sander.bau@t-online.de

Dipl.-Ing.**Hans-Georg Stutz**

Stutz GmbH Tief- und Straßenbau
Kemmeröder Straße 2
36275 Kirchheim
Tel. 06628 9210-0
Fax 06628 9210-90
hgstutz@stutz-bau.de

Kooptierte Mitglieder**Dipl.-Wirt.-Ing.****Christian Frölich**

August Frölich GmbH
Friedensstr. 21
37124 Rosdorf
Tel. 0551 78444
Fax 0551 782935
kontakt@baugeschaeft-froelich.de

Dipl.-Ing.**Laura Lammel**

Lammel Bau GmbH & Co. KG
Haderunstraße 4
81375 München
Tel. 089 896088-22
Fax 089 896088-60
l.lammel@lammel-bau.de

Rechnungsprüfer**Michael Kellner**

Michael Kellner Baugesellschaft mbH
Zeißstraße 79
30519 Hannover
Tel. 0511 831289
Fax 0511 831229
info@kellnerbau.de

Dipl.-Ing.**Helmut Oehler**

Ingenieurbüro für Straßen- und Tiefbau
Wüstenhöfer Straße 149
45355 Essen
Tel. 0201 86728-14
Fax 0201 86728-20
oehler-essen@arcor.de

Stellvertretender Rechnungsprüfer**Herr Dipl.-Ing. (FH)****Anton Aumer**

Anton Aumer Bau GmbH
Brunnhofstraße 7
93426 Roding-Obertrübenbach
Tel. 09461 9407-0
Fax 09461 9407-20
info@aumerbau.com

Daten und Fakten. Ehrenringträger.

Träger des Ehrenrings des Deutschen Baugewerbes

1. Baumeister **Carlos Blaschke** †, Hamburg
2. Baumeister **Peter Roos** †, Düsseldorf
3. Stukkateurmeister **Josef Späth** †, Gräfelfing b. München
4. Bau- und Zimmermeister **Karl Brill** †, Kassel
5. Baumeister **Wilhelm Rischmüller** †, Hannover
6. Präsident Diplom-Ingenieur **Ernst Liebergesell** †, München, Präsident 1951 - 1968
7. Baumeister **Alois Geiger** †, Kaiserslautern
8. Hauptgeschäftsführer i.R. **Dr. Hans Honigmann** †, Aachen
9. Verbandsdirektor i.R. **Dr. Erwin Gerland** †, Kassel
10. Bau-Ingenieur **Albert Baum** †, Düsseldorf
11. Präsident Diplom-Ingenieur **August Hackert** †, Bochum, Präsident 1968 - 1978
12. Straßenbauermeister **Hans Harms** †, Hamburg
13. Baumeister **Eduard Barghusen** †, Hamburg
14. Stv. Hauptgeschäftsführer i.R. **Dr. Wilhelm Klein** †, Bonn
15. Hauptgeschäftsführer **Dr. Otto Ettwein** †, Baden-Baden
16. Maurermeister **Robert Sieber** †, Mannheim
17. Baumeister **H. Thölken** †, Bremen
18. Baumeister **Ferdinand Becker** †, Altenkirchen/Westerwald
19. Zimmermeister **Heinz Philippen** †, Düsseldorf
20. Baumeister **Wilhelm Schäfer** †, Freiburg
21. Bauunternehmer **Kurt Lombard** †, Frankfurt a.M.
22. Stukkateurmeister **Wilhelm Flad** †, Freiburg
23. Verbandsdirektor i.R. **Dr.-Ingenieur Karl Plümecke** †, Wiesbaden
24. Hauptgeschäftsführer i.R. Diplom-Kaufmann **Wilhelm Brüggemann** †, Kiel
25. Hauptgeschäftsführer i.R. Diplom-Volkswirt **Dr. Hans Preute** †, Essen
26. Hauptgeschäftsführer Diplom-Volkswirt **Dr. Erich Rocholl** †, Hannover
27. Hauptgeschäftsführer i.R. **Dr. Karl Zeiger** †, Hamburg
28. Stv. Hauptgeschäftsführer i.R. Diplom-Kaufmann **Dr. Erich Peltz** †, Düsseldorf
29. Geschäftsführer i.R. Diplom-Volkswirt **Ludwig Rebholz** †, Mannheim
30. Diplom-Ingenieur **Friedrich Wieland** †, Singen
31. Straßenbauermeister **Gustav Ziegenhagen** †, Berlin
32. Stv. Hauptgeschäftsführer i.R. **Dr. Rudolf von der Blumensaat** †, Hamburg
33. Bau-Ingenieur **Georg Burghard** †, Kassel
34. Isoliermeister **Hans Röckelein** †, München
35. Diplom-Ingenieur **Walter Schäfer** †, Stuttgart
36. Diplom-Ingenieur **Otto H. Vogel** †, Mannheim
37. Hauptgeschäftsführer i.R. **Dr. Horst Petermann** †, Frankfurt a.M.
38. Ehrenvorstandsmitglied Bau-Ingenieur **Hans Langemann**, Köln, Vizepräsident
39. Bau-Ingenieur **Eduard Kähding** †, Kiel
40. Bau- Ingenieur **Hermann Borchard** †, Münster
41. Estrichlegermeister **Helmut Knöller** †, Nürnberg
42. Fliesenlegermeister **Karl Körner** †, Stuttgart
43. Straßenbauermeister **Erich Gelhausen** †, Kierspe
44. Bauunternehmer **Hans Bunk** †, Bad Homburg
45. Ingenieur **Heinrich Stade** †, Heide/Holstein
46. Verbandsdirektor i.R. **Karl Weber** †, Kaiserslautern
47. Diplom-Ingenieur **Hans Papenhoff** †, Bochum
48. Diplom-Ingenieur Architekt **Bruno Musolff**, Offenbach
49. Minister a.D. Zimmermeister **Karl Möller** †, Quakenbrück

50. Verbandsdirektor i.R. **Dr. Karl-Heinz Kleine**, Castrop-Rauxel
51. Bau-Ingenieur **Richard Wurbs** , Kassel
52. Geschäftsführer i.R. **Carl Brocksiepe**, Bonn
53. Zimmermeister **Donat Müller** †, Augsburg
54. Geschäftsführer i.R. **Friedhelm Bohn** †, Rheinbreitbach
55. Hauptgeschäftsführer i.R. Rechtsanwalt **Wolfgang Barke** †, Bonn
56. Diplom-Volkswirt **Franz Schmieder** †, Ilvesheim, Vizepräsident 1980 - 1993
57. Hauptgeschäftsführer i.R. Dr.-Ingenieur **Jörg Holzinger**, Bonn
58. Ehrenvorstandsmitglied Isoliermeister **Heinz Gass**, Freiburg
59. Betonstein und Terrazzoherstellermeister **Martin Ihle** †, Murrhardt
60. Bau-Ingenieur **Rolf Jacobs**, Düsseldorf
61. Ehrenpräsident Diplom-Ingenieur **Fritz Eichbauer**, München, Präsident 1978 - 2000
62. Maurermeister **Klaus Ewig** †, Hildesheim
63. Steinholzlegermeister **Alfred Chini**, Freudenstadt
64. Baumeister **Walter Derwald** †, Dortmund
65. Bauunternehmer **Günter Schirmer**, Oberhausen
66. Diplom-Ingenieur **Klaus Hochheim** †, Wuppertal, Vizepräsident 1986 - 1994
67. Hauptgeschäftsführer i.R. Rechtsanwalt **Prof. Ludwig Glatzel** †, Frankfurt a.M.
68. Verbandsdirektor i.R. Rechtsanwalt **Dr. Dieter Rummler**, Merzhausen
69. Stuckateurmeister **Georg Kopp** †, Nürnberg
70. Bau-Ingenieur **Rolf Hubert** †, Nürnberg
71. Hauptgeschäftsführer i.R. Diplom-Volkswirt **Klaus Schmidt**, Hannover
72. Hauptgeschäftsführer i.R. Dr. **Klaus Krämer**, Hamburg
73. Hauptgeschäftsführer i.R. Rechtsanwalt **Christian Holstein**, Kiel
74. Zimmermeister **Günter Kuhs** †, Freiburg
75. Diplom-Ingenieur **Heinz Freudenberg** †, Hamburg
76. Diplom-Ingenieur **Dieter Brauckmann**, Gladbeck
77. Hauptgeschäftsführer i.R. Rechtsanwalt **Dr. Nils Kleine-Möller**, München
78. Baumeister Diplom-Ingenieur **Dieter Horchler**, Hamburg
79. Diplom-Ingenieur Diplom-Volkswirt **Laurenz Börgel**, Ibbenbüren
80. Diplom-Ingenieur **Werner Kahl** †, Hamburg, Vizepräsident 2000 - 2004
81. Baumeister **Hubert Schlun**, Gangelt
82. Diplom-Ingenieur **Hans-Ulrich Greimel**, Herrsching, Vizepräsident 1994 - 1995
83. Hauptgeschäftsführer i.R. Rechtsanwalt **Dr. Olaf Hofmann**, München
84. Ehrenvorstandsmitglied Diplom-Ingenieur **Arndt Frauenrath**, Heinsberg, Präsident 2000 - 2006
85. Diplom-Kaufmann **Peter Huber**, Heidelberg, Vizepräsident 1996-1999
86. **Heinz Heiler**, Waghäusel, Vizepräsident 2004 - 2006
87. Diplom-Ingenieur **Heinrich Cordes**, Rotenburg
88. Diplom-Ingenieur (FH) **Helmut Hubert**, Nürnberg
89. Zimmermeister **Georg König**, Erlangen
90. Hauptgeschäftsführer i.R. Prof. **Dr. Karl Robl**, Wipperfürth

Daten und Fakten. Mitgliedsverbände.

Bundesland	Verband	Vorsitz	Geschäftsführung
Baden-Württemberg	Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V.	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Bernhard Sängner	Hauptgeschäftsführer RA Dieter Diener RA Michael Hafner
	Holzbau Baden e. V.	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Zimmermeister Rolf Kuri	Verbandsdirektor RA Michael Hafner
	Fachverband Ausbau und Fassade Baden e. V.	Vorsitzender Stuckateurmeister Michael Bleich	Verbandsdirektor RA Michael Hafner
	Holzbau Baden-Württemberg - Verband des Zimmerer- und Holzbaugewerbes	Präsident Zimmermeister Josef Schlosser	Hauptgeschäftsführer Dipl.- Bw. Joachim Hörrmann
	Verband Bauwirtschaft Nordbaden e.V.	Vizepräsident und Vorsitzender der Sparte Baugewerbe Dipl.-Ing. Gerhard Rudolph	Hauptgeschäftsführer RA Thomas Möller
	Fachverband der Stuckateure für Ausbau und Fassade Baden-Württemberg	Vorsitzender Stuckateurmeister Rainer König	Geschäftsführer RA Wolfram Kümmel
	Landesinnungsverband Fliesen Baden-Württemberg	Vorsitzender Fliesenlegermeister Karl-Hans Körner	Geschäftsführer RA Dieter Diener
	Fachverband Fußbodenbau Baden-Württemberg	Vorsitzender Dipl.-Ing. Rüdiger Ade	Hauptgeschäftsführer RA Michael Hafner
Bayern	Landesverband Bayerischer Bauinnungen/Verband baugewerblicher Unternehmer Bayerns e. V.	Präsident Dipl.-Ing. Franz Xaver Peteranderl	Hauptgeschäftsführer RA Andreas Demharter
	Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks/ Verband der Zimmerer- und Holzbauunternehmer in Bayern e. V.	Präsident Peter Aicher	Hauptgeschäftsführer RA Alexander Habla
Brandenburg/Berlin	Landesverband Bauhandwerk Brandenburg und Berlin e. V.	Vorsitzender Bernd Dieske	Geschäftsführerin Edeltraud Lüderitz
	Landesinnungsverband der Fliesen-, Platten- & Mosaikleger Brandenburg	Landesfachgruppenleiter Fliesenlegermeister Lothar Dobler	Geschäftsführerin Edeltraud Lüderitz
Bremen	Verband Baugewerblicher Unternehmer im Lande Bremen e. V.	Vorsitzender Bau-Ing. Jürgen Rotschies	Geschäftsführer Ass. jur. Dieter Smieja
Hamburg	Norddeutscher Baugewerbeverband e. V.	Vorsitzender Dipl.- Ing. Thomas Sander	Hauptgeschäftsführer RA Michael Seitz
Hessen	Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V.	Vorsitzender Dipl.-Ing. Michael Kellermann	Hauptgeschäftsführer RA Rainer von Borstel
	Holzbau Deutschland - Verband Hessischer Zimmermeister e. V.	Vorsitzender Zimmermeister Walter Maiß	Geschäftsführer Dipl.-Ing. Helmhard Neuenhagen

Adresse	Telefon/Fax	E-Mail/Internet
Geschäftsstelle Stuttgart Hohenzollernstraße 25 70178 Stuttgart	Telefon 0711 64853-0 Telefax 0711 64853-49	stuttgart@bauwirtschaft-bw.de www.bauwirtschaft-bw.de
Geschäftsstelle Freiburg Holbeinstraße 16 79100 Freiburg	Telefon 0761 70302-0 Telefax 0761 70302-30	freiburg@bauwirtschaft-bw.de www.bauwirtschaft-bw.de
Holbeinstraße 16 79100 Freiburg	Telefon 0761 70302-0 Telefax 0761 70302-30	holzbau@bausuedbaden.de www.bausuedbaden.de
Holbeinstraße 16 79100 Freiburg	Telefon 0761 70302-0 Telefax 0761 70302-30	stuck@bausuedbaden.de www.stukkateur-baden.de
Hellmuth-Hirth-Straße 7 73760 Ostfildern	Telefon 0711 23996-50 Telefax 0711 23996-60	info@holzbau-online.de www.holzbau-online.de
Bassermannstraße 40 68165 Mannheim Postfach 120253 68053 Mannheim	Telefon 0621 42301-0 Telefax 0621 42301-20	info@bau-nordbaden.de www.bau-nordbaden.de
Wollgrasweg 23 70599 Stuttgart	Telefon 0711 45123-0 Telefax 0711 45123-50	info@stuck-verband.de www.stuck-verband.de
Ressestraße 1 70599 Stuttgart	Telefon 0711 451035-30 Telefax 0711 451035-55	info@fliesen-bw.de www.fliesen-bw.de
Charlottenstraße 3 71032 Böblingen	Telefon 07031 71052-0 Telefax 07031 71052-1	info@fussbodenbau.de www.fussbodenbau.de
Postfach 20 13 16 80013 München Bavariaring 31 80336 München	Telefon 089 7679-0 Telefax 089 768562	info@lbb-bayern.de www.lbb-bayern.de
Postfach 40 20 64 80720 München Eisenacher Straße 17 80804 München	Telefon 089 36085-0 Telefax 089 36085-100	info@zimmerer-bayern.com www.zimmerer-bayern.com
Röhrenstraße 6 14480 Potsdam	Telefon 0331 2700233 Telefax 0331 2705633	buero@lv-bbb.de www.lv-bbb.de
Röhrenstraße 6 14480 Potsdam	Telefon 0331 6204658 Telefax 0331 2705633	buero@lv-bbb.de
Außer der Schleifmühle 53 28203 Bremen	Telefon 0421 339377 Telefax 0421 323081	info@vbu-bremen.de www.vbu-bremen.de
Semperstraße 24 22303 Hamburg	Telefon 040 2263255-0 Telefax 040 2263255-33	info@bau-innung.de www.bau-innung.de/ nbv
Postfach 50 02 51 60392 Frankfurt Emil-von-Behring-Straße 5 60439 Frankfurt	Telefon 069 95809-0 Telefax 069 95809-233	baugewerbe@bgvht.de www.bgvht.de
Werner-Heisenberg-Straße 4 34123 Kassel	Telefon 0561 95897-13 Telefax 0561 582923	info@zimmerer-hessen.de www.zimmerer-hessen.de

Bundesland	Verband	Vorsitz	Geschäftsführung
Niedersachsen	Baugewerbe-Verband Niedersachsen/Verband Baugewerblicher Unternehmer Niedersachsen e. V.	Präsident Dipl.-Ing. Rainer Lorenz	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Wirt.-Geograph Matthias Wächter
Nordrhein-Westfalen	Baugewerbe-Verband Nordrhein	Präsident Maurermeister Rüdiger Otto	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Fachverband Ausbau und Fassade Nordrhein-Westfalen, Stuck- Putz-Trockenbau-Farbe	Vorsitzender Stuckateurmeister Rolfgeorg Jülich	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Straßen- und Tiefbauverband Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender Dipl.-Ing. Joachim Selzer	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Zimmerer- und Holzbau- Verband Nordrhein	Vorsitzender Zimmermeister Johannes Schmitz	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Baugewerbeverband Westfalen	Präsident Dipl.-Kfm. Walter Derwald	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Ökonom Hermann Schulte-Hiltrop
	Stuck-, Putz- und Trockenbau Westfalen e.V.	Vorsitzender Stuckateurmeister Karl Weber	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Ökonom Hermann Schulte-Hiltrop
Rheinland-Pfalz	Baugewerbeverband Rheinland-Pfalz e.V.	Präsident Dipl.-Kfm. Frank Dupré	Hauptgeschäftsführer RA Dr. Harald Weber
	Landesverband Bauindustrie Rheinland-Pfalz e. V.	Vorsitzender Karl-Wilhem Faber	Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Dossmann
Saarland	Arbeitgeberverband der Bauwirtschaft des Saarlandes	Präsident Dipl.-Ing. Hans-Ludwig Bernardi	Hauptgeschäftsführer RA Claus Weyers
Sachsen	Landesverband Sächsischer Bau- innungen – Sächsischer Baue- gewerbeverband e. V.	Präsident Bauing. Andreas Baumann	Hauptgeschäftsführer RA Klaus Bertram
	Landesinnungsverband des Säch- sischen Straßenbaugewerbes	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Hans-Peter Zschoch	Geschäftsführer RA Steffen Hinz
Sachsen-Anhalt	Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Gerhard von Dehn Rotfelser	Hauptgeschäftsführer RA Giso Töpfer
Schleswig-Holstein	Baugewerbeverband Schleswig- Holstein	Vorsitzender Dipl.-Ing. Thorsten Freiberg	Hauptgeschäftsführer RA Georg Schareck
Thüringen	Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e. V.	Amt. Präsident Dipl.-Ing. Andreas Kley	Geschäftsführer RA Dr. Burkhard Siebert
	Landesinnung des Fliesenleger- handwerks Thüringen	Landesinnungsmeister Klaus Piezonna	Geschäftsführer Kay Goßmann
	Landesinnungsverband für das Zimmerer- und Holzbauhand- werk Thüringen	Landesinnungsoberrmeister Zimmermeister Klaus-Hubert Heinemann	Geschäftsführer Uwe Lübbert
Überregional	Deutscher Auslandsbau-Verband e. V.	Vorsitzender Dipl.-Ing. Baumeister Hubert Schlun	Geschäftsführer Dipl.- Ing. Dipl.- Kfm. Heinz G. Rittmann
	Deutscher Holz- und Bautenschutzverband e. V.	Präsident Dipl.-Ing. Horst Eickhoff	Bundesgeschäftsführer Dr. Friedrich W. Remes

Adresse	Telefon/Fax	E-Mail/Internet
Postfach 61 01 69 30601 Hannover Baumschulentallee 12 30625 Hannover	Telefon 0511 95757-0 Telefax 0511 95757-40	kontakt@bvn.de www.bvn.de
Postfach 10 14 53 40005 Düsseldorf Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Westfalendamm 229 44141 Dortmund	Telefon 0231 941158-0 Telefax 0231 941158-40	info@bauverbaende.de www.bauverbaende.de
Westfalendamm 229 44141 Dortmund	Telefon 0231 941158-0 Telefax 0231 941158-40	info@bauverbaende.de www.bauverbaende.de
Max-Hufschmidt-Straße 11 55130 Mainz	Telefon 06131 98349-0 Telefax 06131 98349-49	bgv@bgvmz.de www.bgv-rheinland-pfalz.de
Am Linsenberg 16 55131 Mainz	Telefon 06131 2617-0 Telefax 06131 2617-22	mainz@bauindustrie-rlp.de www.bauindustrie-rlp.de
Postfach 10 02 45 66002 Saarbrücken Kohlweg 18 66123 Saarbrücken	Telefon 0681 38925-0 Telefax 0681 38925-20	agv@bau-saar.de www.bau-saar.de
Neuländer Straße 29 01129 Dresden	Telefon 0351 21196-0 Telefax 0351 21196-17	info@sbv.nu www.sbv.nu
Turnerweg 6 01097 Dresden	Telefon 0351 56349170 Telefax 0351 56349172	strassenbau@liv-strassenbau-sachsen.de www.liv-strassenbau-sachsen.de
Lorenzweg 56 39128 Magdeburg	Telefon 0391 5322-180 Telefax 0391 5322-189	info@bgv-vdz.de www.bgv-vdz.de
Hopfenstraße 2e 24114 Kiel	Telefon 0431 53547-0 Telefax 0431 53547-77	info@bau-sh.de www.bau-sh.de
c/o Bauindustrieverband Hessen- Thüringen e.V. Blosenburgerstraße 4 99096 Erfurt	Telefon 0361 60056-0 Telefax 0361 60056-10	haase@bauindustrie-mitte.de www.tbgv.de
Stiller Gasse 2 98574 Schmalkalden	Telefon 03683 62117 Telefax 03683 62118	khs.schmalkalden-meiningen@t-online. de
Grietgasse 22 07743 Jena	Telefon 03641 442848 Telefax 03641 442851	info@khs.jetzweb.de
Graf-Recke-Str. 43 D-40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-14 Telefax 0211 91429-31	info@auslandsbau-verband.com www.auslandsbau-verband.com
Postfach 40 02 20 50832 Köln Hans-Willy-Mertens-Str. 2 50858 Köln	Telefon 02234 48455 Telefax 02234 49314	info@dhbv.de www.dhbv.de

Daten und Fakten. Publikationen.

Periodika

Geschäftsbericht

Erscheint jährlich

Baumarkt

Ergebnisse, Entwicklungen, Tendenzen
Erscheint jährlich

Analyse & Prognose

Bauwirtschaftlicher Bericht
Erscheint jährlich

ZDB-Direkt

Aktuelles über das Deutsche Baugewerbe
Erscheint 6-mal jährlich

ZDB-Infos Recht

Leitlinien zum Kartellrecht

(Dezember 2012)

VOB 2012

Sammlung der wesentlichen baurechtlichen
Vorschriften
(September 2012)

Verbraucherbauverträge

Hrsg. von ZDB und Haus&Grund
(Januar 2011)

Handwerkerrechnung absetzen - Steuern sparen

(Januar 2011)

Leitfaden Bauforderungssicherungsgesetz

Hinweise zum Umgang mit dem BauFordSiG
in der betrieblichen Praxis (September 2009)

Modernisierung des Vergaberechts

Für ein mittelstandsgerechtes und modernes
Vergaberecht (September 2008)

Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer

(Mai 2008)

ZDB-Infos Technik

Barrierefrei(es) Bauen und Wohnen

Leitfaden für mehr Komfort und Sicherheit
(August 2012)

Treppenkompass

(Januar 2013)

Merkblattsammlung Hochbau

(März 2010)

Energieeinsparverordnung EnEV 2009

Hinweise für die Praxis (November 2009)

Merkblatt „Toleranzen im Hochbau nach DIN 18202“

(August 2007)

Weitere Schriften

Ermittlung lohnbasierter

Kalkulationsansätze im Baugewerbe

Berechnungsschemata und Erläuterungen zu
Vergabeformblättern (August 2012)

Schwarzbuch Bau

(April 2012)

Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen für das Baugewerbe

(November 2011)

Krisenfrüherkennung

Krisenbewältigung und Insolvenz im
Bauunternehmen (April 2011)

ZDB-Schriftenreihe Betriebswirtschaft

Optimierung der Wertschöpfungskette Bau

(September 2005 / Schrift 51)

Qualität und Qualitätspolitik im Baumarkt

(Dezember 2006 / Schrift 52)

Erfolgsorientierte IT-gestützte

Bauunternehmensführung

(November 2008 / Schrift 53)

Personalentwicklung im Baugewerbe

(November 2009 / Schrift 54)

Finanzberichterstattung und Corporate Governance

(Mai 2011 / Schrift 55)

